



AIB

2V 7426 E

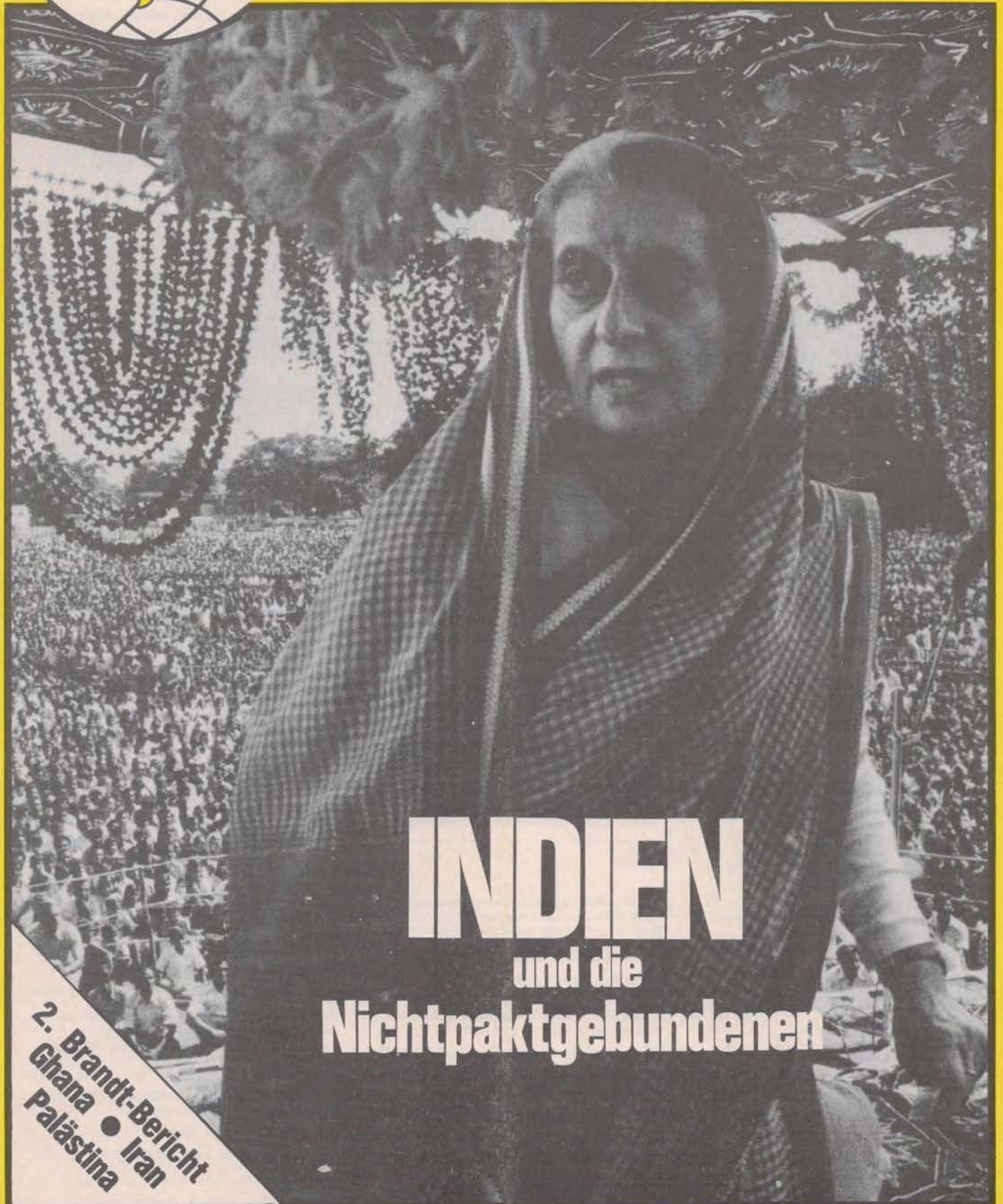
2,50 DM

April

4/1983

14. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin



INDIEN und die Nichtpaktgebundenen

2. Brandt-Bericht
Ghana • Iran
Palästina

Inhalt

AIB-Aktuell:

Bonn auf Konfrontationskurs
gegen die Dritte Welt? 3

Nichtpaktgebundene

Der 7. Gipfel von Delhi 4
Aus der Politischen Deklaration 7
Rede Indira Gandhi 8
Appell des Delhi-Gipfels 10

Indien

Mahatma Gandhis Ideale –
noch immer unerfüllt 12
Indiens freiwillige Schuldenfälle:
Kredite vom IMF 17

Afghanistan

Tendenzwende zugunsten
Karmals 19
Gespräch mit A. G. Lakanwal
über die Bodenreform 21

Palästina

Klarer PLO-Kurs in Alger
Politische Erklärung des
16. Palästinensischen
Nationalrats 30

Iran

Die Revolution auf dem
Rückmarsch 32
Gespräch mit Haidar F. und
Bijan B. über den Vormarsch
der Rechten 33

Guatemala

Ein strategisches Dorf in
Xejobinté 35

Nigeria–Ghana

Belastungsprobe für Rawlings 36

Entwicklungspolitik

Zum 2. Bericht der Nord-Süd-
Kommission 38

Solidaritätsbewegung

Diskussion „Dritte Welt und
Frieden“ 40

Kultur

Mahatma Gandhi im Film 42

Rückblick

Vor 15 Jahren:
Tod M. Luther Kings 43

Infodienst

44

Kurzinformationen

46

Kommentar

Zur Papstvisite in Mittelamerika 48



Indien/ Nichtpaktgebundene

S. 12

Indien war Schauplatz des 7. Gipfels der Nichtpaktgebundenen.kehrte die Staatenbewegung der Dritten Welt zurück zu ihren Quellen? Signalisiert der Wechsel von Fidel Castro zu Indira Gandhi einen ganz anderen Kurs in der Weltpolitik? Und wie steht es mit der Situation in Indien selbst, einer „Führungsmacht“ der Entwicklungswelt? Wir bringen Einschätzungen und Dokumente zum Delhi-Gipfel und zum Gastgeberland.

Palästina

S. 28

In Alger trat das Exilparlament der Palästinenser, der Palästinensische Nationalrat, zusammen. Auf ihm zog die PLO erstmals seit dem Libanonkrieg (Sommer 1982) gemeinsam Bilanz, steckte ihren künftigen Kurs ab. Der prophezeite „Aufstand gegen Arafat“, den PLO-Vorsitzenden, fand nicht statt. Sein Kurs wurde bestätigt, die Einheit der PLO bekräftigt. W. Burhani war in Alger dabei.



Ghana

S. 36

Die Ölmacht Nigeria suchte ihrer tiefen Wirtschaftskrise Herr zu werden, indem sie über 2 Mio Gastarbeiter aus dem Land jagte. Die größte Menschenflut traf Ghana, jenes Nachbarland, in dem J.J. Rawlings (seit 1981) progressive Veränderungen in Gang brachte. Ein Zufall?

A. Conchiglia schildert die Hintergründe dieser Menschenflut und ihre Auswirkungen auf Ghana.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,—DM, Luftpost Europa 35,—DM, übrige Länder 50,—DM; Förderabos 50,—DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (064 21) 246 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickreim, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Brönner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, M. Fey, I. Flach, P. Grund, L. Letsche, H. Mayer, D. Mies, U. Rupp, J. Ostrowsky, L. Schmitz, E. Schneider, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 16. 3. 1983

Anzeigen: Dietz Verlag, am, CounterSpy, ISSA, Solidaritätsshop Dritte Welt

Die Aussicht auf die Bestätigung der Bonner Rechtskoalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl durch die Wähler am 6. März 1983 hat den schillernsten unter Westdeutschlands konservativen Politikern kühn werden lassen: Gleich zwei Frontalangriffe startete der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß im ersten Quartal dieses Jahres gegen humanitäre Hilfsorganisationen, deren beste Absichten sonst kaum jemand in Zweifel zieht.

Dem Kinderhilfswerk Terre des Hommes warf er „wahrheitswidrige öffentliche Agitation und persönliche Hetze gegen mich“ vor. Das katholische Hilfswerk Misereor kochte er an: „Ich bin über so viel Unkenntnis, Verhetzung und Wahrheitsverletzung zutiefst empört.“

Pistolen für Marcos, Zia ul-Haq...

Den ambitionierten Außenpolitiker aus Bayern hatte in Rage gebracht, daß Terre des Hommes seinen kürzlichen Auftritt auf den Philippinen kritisiert, d.h. seine Übergabe einer Polizeipistole als Gastgeschenk an den philippinischen Diktator Marcos (wie zuvor für Pakistans Zia ul-Haq) als symbolische Billigung der dortigen Unterdrückungspraktiken bezeichnet hatte.

Misereor war für F.J. Strauß zum Angriffsziel geworden, weil es die Verhältnisse im Apartheidstaat Südafrika kritisch in den Mittelpunkt seiner diesjährigen Fastenaktion gestellt hatte.

Was F.J. Strauß in seinen Antworten an die beiden Hilfswerke wieder einmal zum besten gab, läßt in puncto Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik für die vor uns liegende Zeit einiges erwarten, auch wenn er selbst in der am 6. März bestätigten Rechtskoalition aus CDU/CSU und FDP kein Ministeramt bekleidet.

Für F.J. Strauß, dem „unsere Rohstoffinteressen wichtiger als Humanitätsduseleien“ sind, macht es „keinen Sinn“, „von Menschenrechtsverletzungen oder der Vorenthaltung von Menschenrechten in Süd-Afrika zu reden, wenn man andererseits zur Mißachtung der Menschenrechte in vielen schwarz-regierten Staaten schweigt oder sogar die Augen vor dort begangenen Scheußlichkeiten schließt.“ Der Versuch jedoch, „die Maßstäbe westlich-parlamentarischer Demokratie auf Entwicklungsländer zu übertragen, ist im Regelfall – so sehr das nach unseren Wertvorstellungen zu bedauern ist –“ für F.J. Strauß ohnehin „zum Scheitern verurteilt“. Also läßt man es lieber und unterstützt diejenigen Regimes, die wenigstens die strategischen und „Sicherheitsinteressen des Westens“ gebühlich respektieren. In Asien sind das z.B. die Diktaturregimes der Generale Zia ul-Haq oder Evren, in Lateinamerika das Pinochet- oder Montt-Regime. Auf dem „Schicksalskontinent Afrika“ (F.J. Strauß) ist das das rassistisch regierte Südafrika, wo die Einführung des gleichen Stimmrechts für alle Bevölkerungsgruppen „weder Freiheit noch Gerechtigkeit, sondern Chaos“ bringen würde.

Einige Weichenstellungen in diese diktatorenfreundliche Richtung, die so ganz nach dem Geschmack der Reagan-Leute in Washington ist, wurden schon vor der Märzwahl in Bonn vorgenommen. Geht es nach dem Willen der rechten Kräfte, so soll „die Wende“ jetzt auch gegenüber der Dritten Welt perfekt gemacht werden; etwa indem das der CSU zugefallene Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zur Schaltstelle konfrontativer Welt-politik umgebaut wird.

Der bisherige BMZ-Minister, Strauß-Intimus Jürgen Warnke, ließ nach seinem Washington-Besuch Anfang Februar d.J. – der „ersten umfassenden deutsch-amerikanischen Abstimmung auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik“ (BMZ-Informationsdienst Entwicklungspolitik, Nr. 2/25.2.1983) – verlauten, es habe eine „bemerkenswerte Übereinstimmung“ mit seinen Gesprächspartnern gegeben.

Kurz zuvor hatte J. Warnke gegenüber dem CSU-nahen Deutschland-Magazin (Nr. 2/1983) die neuen Kriterien bei der Vergabe von Entwicklungshilfe klargestellt: „Ein Land, das sich zur kommunistischen Staatengemeinschaft bekennt, kann nicht unser Entwicklungspartner sein. Unser Bestreben ist es vielmehr, Völker, die von kommunistischer Unterdrückung bedroht sind, durch Entwicklungshilfe in ihrem Freiheitsstreben zu unterstützen.“

Konkret bedeutet dies: Angola wird keine Entwicklungshilfe gewährt. Moçambique erhält keine neuen Zusagen mehr. Auch gegenüber Nicaragua, dessen Hilfe aus Bonn schon jetzt von 20 auf 5 Mio DM gekürzt wurde, ist mit einer härteren Gangart zu rechnen.

Die neue Devise aus Bonn lautet: Klare Unterscheidung zwischen „Freunden und Feinden“ bei der Hilfsvergabe, ganz nach dem Strickmuster der Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges! Und dies bei einem insgesamt um 28% gekürzten Gesamtrahmen für Entwicklungshilfe-Neuzusagen!



So wird man wachsam sein müssen, ob die Bundesregierung in der nächsten Zeit wieder mit Krediten und Zuschüssen für das Völkermordregime in El Salvador aufwartet. Mit der Türkeihilfe hat die Rechtskoalition schon jetzt keine Schwierigkeiten mehr, obwohl sie offiziell die Verwirklichung der „Menschenrechte“ zur Richtschnur bei der Vergabe von Finanzhilfe gemacht hat.

Und man darf gespannt sein, ob die verschlungenen Verbindungen, über die die CDU/CSU zu afghanischen Rebellenorganisationen verfügt, zur amtlichen Hilfsaktion „weiterentwickelt“ werden, wie der ehemalige entwicklungspolitische Sprecher der CDU, J.G. Todenhöfer, forderte.

Rainer Falk

Der 7. Gipfel von Delhi



Im Präsidium des Eröffnungsplenums: Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi, Kubas Staatsratsvorsitzender Fidel Castro und der Generalsekretär der Konferenz, Nataraj Singh (v. l. n. r.)

Wieder einmal durchzog das Kriterium „Sieg oder Niederlage Moskaus oder Washingtons?“ fast durchgängig die hiesigen Kommentare¹ zu einer Gipfelkonferenz der Bewegung nichtpaktgebundener Länder. Diesmal galten sie dem 7. Gipfel, der vom 7.-12. März 1983 in Delhi stattfand.

„Angesichts der atomaren Tragödie, die uns bedroht, des Dramas der Unterentwicklung und Ausbeutung, das uns bedrückt, und der wirtschaftlichen und sozialen Krise, die uns quält, ist für Resignation und Anpassung kein Platz“, sagte Fidel Castro in seiner Rede vor dem Konferenzplenum. „Die einzige Lösung, die dem menschlichen Charakter gerecht wird, ist zu kämpfen. Und das ist die Botschaft, die ich in meiner Eigenschaft als scheidender Vorsitzender der Bewegung nichtpaktgebundener Länder überbringe. Zu kämpfen!“²

Diese Position unterscheidet sich zwar hinsichtlich der ihr eigenen Radikalität, Konsequenz und Militanz von dem traditionellen Verständnis von Nichtpaktgebundenheit. Dieses begründete die Gastgeberin Indira Gandhi vor den Konferenzteilnehmern noch einmal im Rückgriff auf ihren Vater Jawaharlal Nehru, einen „Gründungsvater“ der Bewegung (siehe Kasten). Es entspricht wohl dem außenpolitischen Selbstverständnis der Mehrheit der Mitgliedsländer.

Danach hat Nichtpaktgebundenheit selbstverständlich nichts zu tun mit „gleichem Abstand“ von den beiden Großmächten („Äquidistanz“) oder Neutralität. Vielmehr orientiert sie sich positiv an den im anticolonialen Kampf geborenen Idealen von „nationaler Unabhängigkeit und Freiheit“, Friedenssicherung und Konfrontationsabbau in der Weltpolitik. Doch verbindet beide Grundpositionen – die traditionelle

Nichtpaktgebundenheit und deren konsequente antiimperialistische Ausformulierung durch den revolutionären Flügel der Bewegung – die Betonung der eigenständigen Rolle, die die Nichtpaktgebundenen in der Weltpolitik spielen müssen. Sie verbindet weiter das Streben nach Einheit der Bewegung bei gleichzeitiger Anerkennung ihrer Breite und Vielfalt sowie die selbstverständliche Inanspruchnahme des Rechts, auf der ausschließlichen Basis der Interessen der Mitgliedsländer in den entscheidenden weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragen selbständig Stellung zu beziehen. Gerade in diesen konkreten Fragen jedoch wiegen die Interessengegensätze zu den führenden entwickelten kapitalistischen Ländern schwerer als die verschiedentlichen Meinungsverschiedenheiten zu den sozialistischen Ländern oder die Konflikte zwischen einzelnen Mitgliedern der Bewegung.

Initiativreiches Gastgeberland Indien

So schätzte Indira Gandhi auf einer Pressekonferenz am Ende des Gipfels ein, die Zusammenkunft sei ein „voller Erfolg“ gewesen. Diejenigen, die eine Spaltung der Bewegung prophezeit hätten, seien wieder einmal enttäuscht worden.³

Zu einer solchen Bilanz gehört auch die Feststellung, daß die meisten Mitgliedsländer in der Behauptung Singapurs, die Bewegung sei im Begriff, einem „sich im Zeitlupentempo abspielenden Piratenakt der prosovjetschen Mitglieder“ zum Opfer zu fallen,⁴ wenig Realitätsgehalt erblicken konnten. Singapur exponierte sich in Delhi, stellvertretend

für die Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN), ebenso spektakulär wie erfolglos auf dem rechten Flügel der Nichtpaktgebundenen, als Verfechterin der Äquidistanzlinie (siehe Kasten).

Ein wesentliches Kennzeichen des 7. Gipfels in Delhi bestand indessen darin, daß es eine ausführliche Debatte über das ideologische Selbstverständnis der Nichtpaktgebundenen – anders als auf dem Gipfel in Havanna (siehe AIB 11-12/1979, S. 4-18) – diesmal nicht gegeben hat. Angesichts der Fülle konkreter und drängender Fragen, mit denen sich die Nichtpaktgebundenen konfrontiert sehen, hätte dies wohl auch allzuleicht in eine Sackgasse führen können. Die großen Themen des Delhi-Gipfels waren vielmehr: **erstens** die aus der aktuellen Konfrontationspolitik resultierenden Gefahren für den Weltfrieden und die Notwendigkeit, das Wettrüsten, insbesondere das atomare Wettrüsten zu beenden; **zweitens** die katastrophale wirtschaftliche und soziale Lage der Entwicklungsländer infolge der tiefsten Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft seit den 20er Jahren; und **drittens** die verschiedenen politischen Brennpunkte und Krisenherde in der Dritten Welt, darin eingeschlossen die wachsenden Konflikte zwischen einzelnen Mitgliedsländern der Bewegung.

Das Gastgeberland Indien hat auf allen drei Gebieten bemerkenswerte Initiativen und Akzente eingebracht. Seine auf Ausgleich und Vermittlung bedachte Position trug dazu bei, daß die Konflikte der Nichtpaktgebundenen, die in den letzten Jahren zuweilen ihre Handlungsfähigkeit einzuschränken drohten, nicht zu Sprengsätzen wurden. Eine Vermittlung im Krieg Irak-Iran ist zwar auch in Delhi nicht geglückt, vor allem weil der Iran dies strikt abgelehnt hat. Ob ein an die neue Präsidentin gegangener Vermittlungsauftrag mehr Erfolg hat, muß die Zukunft zeigen.

Aber in den beiden Streitfragen Afghanistan und Kambodscha hat sich die von Indien vertretene realistische Position voll durchgesetzt, daß ein Abzug der in diesen beiden Ländern stationierten ausländischen Truppen nur auf der Basis politischer Lösungen erwartet werden kann, die hinlängliche Sicherheitsgarantien für beide Länder beinhalten müssen. Der Versuch der ASEAN-Länder und der VR China, die Kampucheafrage zum bestimmenden Thema der Konferenz zu machen, war schon auf der dem Gipfel vorgeschalteten Außenministerkonferenz stecken geblieben. Es zeigte sich, daß die auf dem 6. Gipfel 1979 in Havanna begonnene Politik des „leeren Stuhls“, die den Sitz Kampuchreas bis zur Klärung der Vertretungsfrage vakant hält, richtig war.

Wer in diesen Konfliktfällen ein Stück mehr „Ausgewogenheit“ im Sinne des „gleichen Abstands“ zu den Großmächten in Ost und West erwartet hatte, der muß sich sagen lassen, daß dies – wie es treffend in einem Korrespondentenbericht formuliert wurde – „für die meisten südlichen Nationen kein Hauptanliegen ist; die Hauptproblempunkte in den Augen der Bewegung – Südafrika, Israel, Mittelamerika – hängen stark von Washington ab, das allgemein als die Hauptursache der Spannungen angesehen wird.“⁵

So weist die Politische Erklärung von Delhi gerade bei den heute wichtigsten Brennpunkten des Befreiungskampfs in eine antiimperialistische Lösungsrichtung, sei es im Südlichen Afrika, im Nahen Osten (Palästina), im Indischen Ozean, in der Westsahara oder in Lateinamerika und der Karibik (siehe Kasten). Ohne die Einlösung der dort formulierten Forderungen durch den Westen und insbesondere durch die USA bzw. ihre lokalen Statthalterregimes ist für keinen dieser regionalen Konflikte, die fast alle den Sprengsatz für einen globalen Konflikt in sich bergen, eine dauerhafte Lösung denkbar.

Neben dem immer noch starken politischen Antimperialismus erwies sich in Delhi erneut die Vertretung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen als wichtiger Integrations-

faktor der Bewegung. Fidel Castro und die neue Vorsitzende, Indira Gandhi, zeichneten beide ein erschreckendes Bild der wirtschaftlichen Krisenentwicklung der Dritten Welt seit der letzten Gipfelkonferenz.

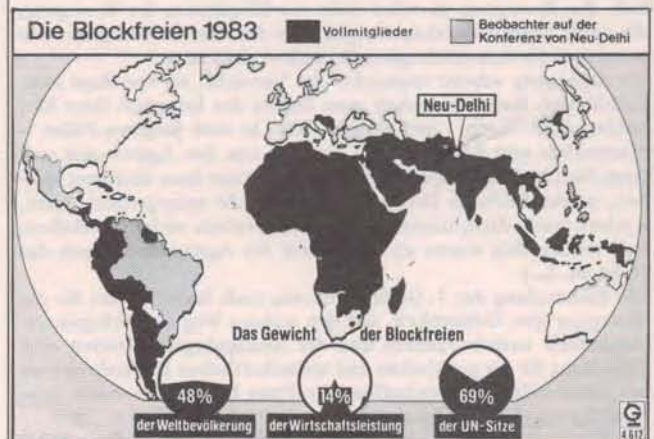
Auch hier liegen die Interessengegensätze des „Südens“ zum Westen auf der Hand.

So haben sich die Zahlungsbilanzdefizite der Entwicklungsländer seit 1979 auf 100 Mrd Dollar verdoppelt. Die Schuldenlast hat sich seither ebenfalls verzweifacht, und zwar auf mehr als 600 Mrd Dollar. Der Verfall der Rohstoffpreise (ohne Öl), die den niedrigsten Stand seit 50 Jahren erreicht haben, hat das Exporteinkommen der Dritten Welt um 40 Mrd Dollar verringert, wie Indira Gandhi den Delegierten darlegte.

Fidel Castro hatte den Konferenzteilnehmern in Delhi ein imponierendes Zahlenwerk zur wirtschaftlich-sozialen Krise von 224 Druckseiten mitgebracht.⁶ Der Report stützt sich ausschließlich auf international anerkannte Statistiken und ist eine vernichtende Bilanzierung der Entwicklungsperspektiven der Dritten Welt im kapitalistischen Weltwirtschaftssystem.

Während Indira Gandhi in ihrer Rede feststellte, daß der „Nord-Süd-Dialog“ trotz der Versprechungen der führenden westlichen Industriemächte auf den Gipfelkonferenzen in Ottawa, Cancún und Versailles noch nicht einmal begonnen

Die 101 Mitgliedsländer der Bewegung



Afrika (51)

Ägypten, Algerien, Angola, Äquatorial-Guinea, Äthiopien, Benin, Botswana, Burundi, Djibouti, Elfenbeinküste, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kapverden, Kenia, Komoren, Kongo, Lesotho, Liberia, Libyen, Madagaskar, Malawi, Mali, Marokko, Mauretanien, Mauritius, Moçambique, Niger, Nigeria, Obervolta, Ruanda, Sambia, Sao Tomé und Príncipe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tansania, Togo, Tschad, Tunesien, Uganda, Zaire, Zimbabwe, Swaziland, Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias (SWAPO), Zentralafrikanische Republik

Asien (30)

Afghanistan, Bahrein, Bangladesh, Bhutan, Indien, Indonesien, Irak, Iran, Nordjemen, Südjemen, Jordanien, Katar, Nordkorea, Kambodscha, Kuwait, Laos, Libanon, Malaysia, Malediven, Nepal, Oman, Pakistan, Saudi Arabien, Singapur, Sri Lanka, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate, Vanuatu, Vietnam, Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Lateinamerika (17)

Argentinien, Belize, Bolivien, Ekuador, Guyana, Grenada, Jamaika, Kuba, Barbados, Bahamas, Kolumbien, Nikaragua, Panama, Peru, St. Lucia, Surinam, Trinidad und Tobago

Europa (3)

Jugoslawien, Malta, Zypern

Singapur — Reagans trojanisches Pferd

Das war ein Novum, daß ausgerechnet US-Präsident Ronald Reagan in einer Grußbotschaft an die 7. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen seine „Zuversicht“ äußerte, die Bewegung möge zu ihren „ursprünglichen Prinzipien“ zurückkehren. Hatten nicht die Geistesverwandten des heutigen Präsidenten in der Ära des Kalten Krieges eben jene Prinzipien als „amoralisch und kurzsichtig“ (J.F. Dulles) gebrandmarkt?

Weniger neu war da schon, daß auch bei diesem Gipfel zahlreiche als Journalisten getarnte US-Diplomaten in den Wandelhallen des Konferenzgebäudes bereitstanden, um die „trojanischen Pferde des Imperialismus in der Bewegung“ (M. el-Gaddhafi) zu „beraten“. Mit dem turnusmäßigen Ende der kubanischen Präsidentschaft witterten die Reagan-Leute Morgenluft für ihr Unterfangen, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen in die Richtung eines unbestimmten Neutralismus zu drängen und ihr auf diese Weise ihre antiimperialistische Schlagkraft in der Weltpolitik zu nehmen.

Beispielhaft hierfür ist ein während des Gipfels gestarteter Irritationsversuch Singapurs, dessen Präsident Lee Kuan Yew ansonsten seine Geringschätzung für die Bewegung durch regelmäßiges Nichterscheinen auf ihren Gipfelkonferenzen zu demonstrieren pflegt.

In einem an die Konferenzteilnehmer verteilten Dossier beklagte Singapurs Präsident, daß die Bewegung zu keinem Zeitpunkt Vietnam oder Afghanistan verurteilt habe. Weiter hieß es darin:

„In den vergangenen Jahren ist nichtpaktgebundenen Mitgliedern klar geworden, daß die Bewegung unfähig ist, die Sicherheit ihrer Mitglieder zu gewährleisten, weder vor großen Räubern von außerhalb der Bewegung, ja selbst nicht vor Mitgliedern der Bewegung, die selbst imperiale Träume hegen oder die eher Gemäßigten stellvertretend für ihre mächtigeren Wohltäter ausnutzen.“

Die Bewegung scheint angesichts der Versuche, sie von ihrer Neutralität und Entschlossenheit zum Schutz der Integrität ihrer Mitglieder abzubringen, unschlüssig zu sein. In zwei jüngeren Fällen – Kambodscha und Afghanistan – sind wir von den Aggressoren und ihren Stellvertretern in der Bewegung nicht nur dazu überlistet worden, unsere helfende Hand den Opfern nicht entgegenzustrecken, sondern auch dazu, unsere Stimme des Protests nicht zu erheben, weil wir unfähig waren zu sehen, wer der Aggressor und wer das Opfer ist. (...)

Die Einberufung der 7. Gipfelkonferenz nach Indien bietet für die Bewegung eine Gelegenheit, auf den wahren Weg der Nichtpaktgebundenheit zurückzukehren und der Nichtpaktgebundenheit eine Bedeutung für die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit zu verschaffen. Die Frage ist, ob eine solche Neuorientierung real oder kosmetisch sein wird. (...)

Der Havanna-Gipfel (im Jahr 1979; d. Red.) war der Tiefpunkt der Erniedrigung, den die Bewegung bis dahin erreicht hatte. In Delhi können wir damit beginnen, die Achtung und Hoffnung, die die Bewegung einst attraktiv machten, zurückzuerobieren.

Indien hatte in den 60er Jahren, zusammen mit einigen anderen Mitgliedern der nichtpaktgebundenen Bewegung, eine Position vertreten, die im großen und ganzen im Zusammenhang mit dem Kampf zwischen den beiden Supermächten gesehen wurde. Indien half, die Einheit der Bewegung selbst zu einem Zeitpunkt aufrechtzuerhalten, als sein eigener Einfluß in den 70er Jahren zurückging. Die Gastgeberschaft für den 7. Gipfel signalisiert die indische Bereitschaft, sein Gewicht in die Bewegung einzubringen.

Die moralische Universalität, für die sich Indien im Kalten Krieg stark machte, ist mehr pragmatischen Einschätzungen des nationalen Interesses gewichen. Das ist nicht illegitim. Durch die Übernahme der Verantwortung der Präsidentschaft des Nichtpaktgebundenen-Gipfels hat Indien jedoch das Interesse anderer an seinem historischen Bekenntnis zu den nichtpaktgebundenen Prinzipien und den Idealen moralischen internationalen Verhaltens wiederbelebt. Kann Indien unparteiisch sein in den Fragen der Aggression, ausländischer Besetzung, Intervention und kolonialer Beherrschung, die gegen nichtpaktgebundene Mitglieder vorgetragen wurden? (...)

Nach dem 7. Gipfel werden die Mitglieder an Hand der Schlüsselfragen der Bewegung darüber urteilen können, ob der Delhi-Gipfel lediglich die Selbsterniedrigung von Havanna absegnet oder die Bewegung vor dem Bordell, in das sie abgewandert war, gerettet hat.“

(International Herald Tribune, Paris/Zürich, 24.2.1983)

hat (siehe Wortlaut der Rede in diesem Heft), unterstrich Fidel Castro: „Die unzureichenden und fast völlig nutzlosen Ergebnisse der Anstrengungen, eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung zu errichten – eine Maßnahme, die immer dringlicher wird angesichts der größeren, tieferen und drastischeren Verschlechterung, die die Weltwirtschaftslage in den letzten drei Jahren durchgemacht hat – stehen in deutlichem Gegensatz zu den energischen und ununterbrochen fortgesetzten Bemühungen der Nichtpaktgebundenen und aller unterentwickelten Länder während dieses Zeitraums.“⁷

Zum Stand der in Havanna geforderten globalen Verhandlungsrunde über die Verwirklichung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung im Rahmen des UN-Systems sagte der Vorsitzende der Gruppe der 77, des heute 125 Staaten umfassenden Wirtschaftszusammenschlusses der Entwicklungsländer, Farooq Sobhan: „Die Verantwortung für das Scheitern des Beginns globaler Verhandlungen ist vor allem



Gründungsväter G. A. Nasser, J. Nehru und J. B. Tito 1956 in Brioni (Jugoslawien)

darauf zurückzuführen, daß sie von einigen der industrialisierten Nationen, und besonders von einer, zurückgewiesen wurden.“⁸ Es ist klar, wer gemeint ist, die Reagan-Administration, deren im Verhältnis zu den Entwicklungsländern verfochtener Bilateralismus unvereinbar ist mit dem globalen Verhandlungsansatz.

Um ihre berechtigten Forderungen nach einer demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen doch noch in Gang zu bringen, und dies trotz der in der gegenwärtigen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise geringen Durchsetzungsmöglichkeiten, verfolgen die Nichtpaktgebundenen jetzt eine Strategie auf mehreren Schienen: Einmal wird an der Forderung nach einer globalen Verhandlungsrunde innerhalb des UN-Systems festgehalten, und zwar mit der Zielstellung, weitreichende Strukturveränderungen in den wichtigsten weltwirtschaftlichen Institutionen zugunsten der Dritten Welt durchzusetzen.

Dem vorgeschaltet werden soll – einem Vorschlag Indiens entsprechend – eine internationale Notkonferenz, die Sofortmaßnahmen besonders für die ärmsten und von der Krise am meisten betroffenen Entwicklungsländer, vor allem hinsichtlich ihrer Auslandsverschuldung beschließen soll. Zusammengenommen weisen diese beiden Strategieelemente eine unübersehbare Ähnlichkeit mit den neuesten Vorschlä-

Aus der Politischen Deklaration von Delhi



Blick auf die in Delhi versammelten Staatsoberhäupter der Dritten Welt

Südliches Afrika

Die Deklaration bekräftigte „das unveräußerliche Recht des namibischen Volkes auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit in einem einheitlichen Namibia, einschließlich der Walvis-Bay, der Pinguin-Inseln und der anderen vor der Küste gelegenen Inseln“. Die Teilnehmer bekräftigten ihre „Unterstützung für den heldenhaften Kampf, der unter der Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), der einzig legitimen und authentischen Vertreterin des namibischen Volkes, für die Befreiung des Landes und die Errichtung eines unabhängigen namibischen Staates geführt wird“. Die Konferenz wies „auf das Schärfste die Kopplung oder Parallele (zurück), die von den Vereinigten Staaten zwischen der Unabhängigkeit Namibias und dem Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola hergestellt wird“.

Sie verurteilte das „rassistische Regime Pretorias“ und seine andauernde geheime Zusammenarbeit mit bestimmten westlichen Ländern und Israel“.

Die Konferenz hat „mit großer Beunruhigung die Vervielfachung der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Destabilisierungsakte (festgestellt), die das südafrikanische rassistische Regime gegen die unabhängigen Nachbarstaaten Angola, Moçambique, Sambia, Botswana, Swaziland und die Seychellen begeht“. Sie hat „den Aggressionskrieg, den das rassistische südafrikanische Regime gegen die Republik Moçambique führt, und bei dem es sich – als verlängerter Arm der südafrikanischen Armee – bewaffneter Banditen und Söldner bedient, verurteilt“.

Westsahara

Die Teilnehmer haben „die Konfliktparteien inständig (gebeten), unverzüglich Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des OAU-Komitees aufzunehmen, um eine gerechte und dauerhafte Lösung des Westsaharakonflikts zu erreichen“.

Indischer Ozean

Die Konferenz hat „beunruhigt und besorgt die fortgesetzte Ausweitung der militärischen Präsenz der Großmächte in der Region des Indischen Ozeans eingeschätzt, insbesondere die Vergrößerung der bestehenden Stützpunkte, die Suche nach neuen Einrichtungen für Stützpunktinstallationen und die Errichtung neuer militärischer Kommandostrukturen durch die Großmächte“. Sie verlangte „die Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR, die zur Verringerung und schließlich zur Beendigung der militärischen Präsenz der betroffenen Mächte führen müssen“.

Die Nichtpaktgebundenen drückten ihre volle „Unterstützung für die Souveränität von Mauritius über das Chagos-Archipel unter Ein-schluß von Diego Garcia“ aus.

Naher Osten

Palästina: Die Konferenz „hat besonders Israel wegen der Völkermordhandlungen verurteilt, die es gegen das palästinensische Volk in den Lagern Sabra und Shatila begangen hat“ und „ebenfalls beschlossen, die internationale Gemeinschaft zur Einrichtung eines Kriegsverbrechertribunals aufzufordern, um Israel entsprechend internationalem Recht für die Verbrechen zu verurteilen, die es gegen das palästinensische Volk in allen seit seiner Gründung im Jahre 1948 besetzten Territorien begangen hat“.

Sie verurteilt „die Unterstützung, die die Vereinigten Staaten dem israelischen Gebilde auf allen Gebieten, insbesondere auf militärischem und politischem Gebiet, gewähren“.

Libanon: Die Konferenz hat „alle Staaten (eingeladen), die Anstrengungen Libanons zu unterstützen, um den Rückzug aller nicht-libanesischen Truppen zu erreichen, deren Präsenz nicht von den gesetzmäßigen libanesischen Behörden gebilligt wird“.

Nahostkonflikt: Die Nichtpaktgebundenen unterstrichen, daß „die Palästinafrage der Kern des Nahostproblems und der Ursprung des arabisch-israelischen Konflikts ist“. Sie erklärte, daß ein „gerechter Frieden in der Region nur auf den vollständigen und bedingungslosen Rückzug Israels aus allen besetzten palästinensischen und arabischen Territorien gegründet werden kann“ und daß „keine Lösung als umfassend, gerecht oder akzeptabel angesehen werden kann, an deren Ausarbeitung und Annahme die PLO nicht auf unabhängige Weise und gleichberechtigt mit den anderen betroffenen Parteien beteiligt war“. Die Konferenz hat sich den Friedensplan von Fes zu eigen gemacht und versichert, daß „dieser Plan, der auf internationalem Recht und den Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit beruht, die Grundlage für die Errichtung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten darstellt“.

Sie „lobte die fortschrittliche Haltung, die Europa zum Nahost- und Palästinafrage eingenommen hat,“ und lud die europäischen Länder ein, „ihre politische, diplomatische und materielle Unterstützung des palästinensischen Volkes und der arabischen Länder bei deren Bemühungen um die Wiederherstellung aller ihrer nationalen Rechte und der Rückgewinnung aller besetzten arabischen Territorien zu verstärken“.

Südostasien

Die Nichtpaktgebundenen erklärten, daß es „dringend notwendig ist, ein Mittel zu finden, um eine Tendenzwende durch eine umfassende politische Lösung zu erreichen, die den Rückzug aller ausländischen Truppen vorsieht, und die somit die volle Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Staaten der Region einschließlich Kampuchea garantiert“. Sie baten die Staaten Südasiens, „einen Dialog zu beginnen, der zur Regelung ihrer Meinungsverschiedenheiten und zur Herstellung eines Friedens und einer dauerhaften Stabilität in der Region sowie zur Beendigung der Intervention oder Interventionsdrohungen auswärtiger Mächte führt“.

Südwestasien

Die Nichtpaktgebundenen erneuerten den Dringlichkeitsappell der Ministertagung von 1981 in Delhi, um „eine politische Regelung (der Afghanistanfrage) auf der Basis des Rückzugs der ausländischen Truppen und der vollen Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität und des nichtpaktgebundenen Status' Afghanistans sowie der strikten Einhaltung des Prinzips der Nichtintervention und der Nichteinmischung“ zu erreichen. Sie drückten ihre Wertschätzung für die Bemühungen aus, die der Generalsekretär der UNO in diese Richtung unternommen hat.

Lateinamerika und Karibik

Die Nichtpaktgebundenen hoben „mit Befriedigung den Kampf der Völker Lateinamerikas“ hervor. Sie verurteilten „die neuen und täglich zunehmenden Einschüchterungsversuche gegen Nicaragua sowie die Gefährlichkeit und die zunehmende Zahl der Aggressionen, denen es ausgesetzt ist“. Sie „stellten mit Beunruhigung (fest), daß sich die Situation in El Salvador weiterhin verschlechtert, weil die sozialen und wirtschaftlichen Probleme nicht gelöst wurden und die Repression und ausländische Intervention nicht aufhört“. Sie „baten die Regierung der Vereinigten Staaten inständig, eine konstruktive Haltung, die zur friedlichen Lösung des Problems beitragen könne, einzunehmen“.

Sie erklärten ihre „Unterstützung für das unveräußerliche Recht des Volkes von Puerto-Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“ sowie für die „legitimen Forderungen der heute noch kolonialen Herrschaft und Abhängigkeit unterworfenen Völker Lateinamerikas und der Karibik nach Freiheit, Frieden und Unabhängigkeit“.

Schließlich bekräftigten die Nichtpaktgebundenen ihre Unterstützung Argentiniens bei der „Erlangung seiner Souveränität über die Malwinen auf dem Verhandlungsweg“. Die Konferenz erkannte an, daß die Malwinen, Südgeorgien und die Südsandwich-Inseln ein „integraler Bestandteil Lateinamerikas“ sind.

(Quelle: Le Monde, Paris, 15.3.1983, geringfügig gekürzt)

Rede Indira Gandhis

(...) Noch vor 35 Jahren lebten die meisten unserer Völker unter einem fremden Joch, ohne Mitspracherecht in ihren eigenen Angelegenheiten. Mit der Unabhängigkeit vom Kolonialismus entstand die Nichtpaktgebundenheit. Und Antiimperialismus bestimmt nach wie vor unsere Haltung. Wir können nicht die geringste Einschränkung unserer Entscheidungs- und Handlungsfreiheit riskieren. Wir haben mit keiner Gruppe von Nationen Streit. Aber wir beziehen Stellung gegen die Ungerechtigkeit.

Als mein Vater, Jawaharlal Nehru, 1946 die Regierungsgeschäfte übernahm, erklärte er die Entschlossenheit Indiens, „sich von den Machtblöcken, in denen sich Gruppen gegeneinander zusammengeschlossen haben, die zu den beiden vergangenen Weltkriegen führten und die zu noch größeren Katastrophen führen können, fernzuhalten.“

Später erläuterte er, daß „man in dem Ausmaß und in dem Grad, wie die auswärtigen Beziehungen aus den eigenen Händen in fremde Verantwortung übergehen, nicht unabhängig ist. Deshalb wird es nicht nur unsere Politik bleiben, eine Paktbindung zu vermeiden, sondern auch zu versuchen, freundschaftliche Zusammenarbeit zu ermöglichen. Wir wenden uns an die ganze Welt von einer freundschaftlichen Basis aus.“

Nichtpaktgebundenheit heißt nicht Neutralität

Je mehr Länder frei wurden, desto größer wurde die Zahl derjenigen, die an die friedliche Koexistenz glaubten und sich aus Militärbündnissen heraushalten wollten. Es war nur natürlich, daß diese nichtpaktgebundenen Länder zusammenkamen, nicht um einen weiteren Block zu bilden, sondern um der Stimme der ausgebeuteten Millionen durch eine moralische und politische Bewegung Ausdruck zu verleihen.

Das enorme Anwachsen der Mitgliedschaft in unserer Bewegung – 25 in Belgrad, 100 jetzt – beweist, daß die Nichtpaktgebundenheit dem Bedürfnis einer riesigen Zahl von Menschen auf den verschiedenen Kontinenten entspricht. Ihre Bedeutung ist nicht an der Zahl der Divisionen oder den Megatonnen zerstörerischer Macht, über die wir verfügen, zu messen, sondern an der Intensität, mit der wir Frieden und Freiheit, Entwicklung und internationale Gerechtigkeit wünschen.

Andere Regierungen mögen gegensätzliche Ansichten über Recht und Unrecht haben. Wir, die Nichtpaktgebundenen, haben den Frieden gewählt, sicherlich die richtige und einzig mögliche Wahl. Wir haben Freundschaft zu allen Regierungen gesucht und werden dies auch weiterhin tun, mit Ausnahme derjenigen Regierungen, die rassistisch sind oder die die schwer erkämpfte Freiheit anderer bedrohen. Nichtpaktgebundenheit ist nicht unbestimmt, nicht negativ, nicht neutral.

Nichtpaktgebundenheit ist nationale Unabhängigkeit und Freiheit. Sie steht für Frieden und Vermeidung von Konfrontation. Sie ist auf das Fernbleiben von Militärbündnissen gerichtet. Sie bedeutet Gleichheit unter den Nationen und Demokratisierung der internationalen Beziehungen, der wirtschaftlichen wie der politischen. Sie strebt auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils eine globale Zusammenarbeit zum Nutzen der Entwicklung an. Sie ist eine Strategie zur Anerkennung und Bewahrung der Mannigfaltigkeit der Welt. (...)

Trotz (der Gipfelkonferenzen von; d. Red.) Ottawa (1981), Cancún (1981) und Versailles (1982) hat der Dialog zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern noch nicht einmal begonnen. Nur wenige im Norden erkennen, daß die anhaltende soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Südens in ihrem eigenen Interesse liegt. Wir bitten somit nicht um Almosen und Nächstenliebe, sondern fordern ein gesundes wirtschaftliches Empfinden. Eine derartige Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd wird von gegenseitigem Nutzen sein.

Die nichtpaktgebundene Bewegung ist entschlossen für eine durchgreifende Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen eingetreten. Wir sind gegen Ausbeutung. Wir sind für das Recht jeder Nation auf ihre nationalen Reichtümer und eine eigene Politik. Wir wollen eine gleichberechtigte Stimme in den internationalen Organisationen. Wir bekräftigen unser Engagement für die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Gleichheit.

Auf diesem Treffen sollten wir auch ein zusammenhängendes Pro-

gramm von Sofortmaßnahmen entwickeln, die zu ergreifen sind, um den Entwicklungsländern auf den entscheidendsten Gebieten zu helfen. Wir sollten eine Strategie für die kommende 6. Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD, im Juni d.J.; d. Red.) und die anderen wichtigen internationalen Konferenzen entwerfen.

Eine internationale Konferenz über Währungsfragen und Entwicklungsfinanzierung, die nicht den Norden bevorzugt, ist dringend nötig. Währungs- und Finanzprobleme belasten auch die Staaten des Nordens und erfordern eine Lösung zum gegenseitigen Nutzen. Eine solche Konferenz könnte umfassende Reformen des internationalen Währungs- und Finanzsystems vorschlagen, das heute anerkannter Weise veraltet ist. Sie sollte die Beschaffung von Entwicklungsgeldern für Investitionen in lebenswichtigen Bereichen wie Ernährung, Energie und industrielle Entwicklung erleichtern.

Eine große Umschuldungsaktion muß in Angriff genommen werden. Das Schuldenproblem der Entwicklungsländer hat ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Allein der Schuldendienst verschlingt über 1/4 ihrer gesamten Exporteinnahmen.

Langfristige Lösungen brauchen Zeit und Vorbereitung. Dringende Probleme dulden keinen Aufschub. Einige Länder sind stärker betroffen als andere. Einige sind in einer verzweifelt finanziellen Notlage. Sie können nicht auf das Handeln der gesamten Weltgemeinschaft warten.

Unsere Bewegung hat ihnen gegenüber eine Verpflichtung, und dies übersteigt weder die menschlichen Ressourcen, die technologischen Fertigkeiten und die infrastrukturellen Kapazitäten, noch die Finanzkraft, die wir gegenwärtig besitzen. Die Eigenständigkeit (self-reliance) sollte bei den Schwächsten von uns beginnen, und Hilfe sollte auf Selbstentwicklung abzielen. (...)

Entwicklung, Unabhängigkeit, Abrüstung und Frieden sind eng miteinander verbunden. Kann es Frieden geben, wenn es Atomwaffen gibt? Ohne Frieden, sagte mein Vater, zerfallen alle unsere Träume von Entwicklung zu Asche. (...)

Für politische Konfliktlösungen

Aus Machtstreben und dem Wunsch heraus, dem anderen immer um eine Nasenlänge voraus zu sein, geht das Wettrüsten weiter und auch deshalb, weil viele Industrien und Interessen davon profitieren.

In letzter Zeit wurde die Vorstellung verbreitet, daß taktische Atomwaffen in „begrenzten Kriegen“ einsetzbar seien. Mächtige Staaten propagieren die unhaltbare Doktrin der Abschreckung. Neue Gebiete gelangen in die Reichweite von strategischen Gruppierungen, Militärblocken und -bündnissen. Neue Stützpunkte und Anlagen werden errichtet. Deshalb müssen unsere Antworten sicherer, schneller und schärfer sein.

Sogar in den Ländern, die selbst Atomwaffen produzieren, und in denjenigen, wo sie aufgestellt werden, besteht ein allgemeiner Wunsch nach Frieden. Die nichtpaktgebundene Bewegung ist die größte Friedensbewegung der Geschichte. Sie begrüßt diese spontanen Erhebungen der Völker. Aber die Regierungen beharren auf der Anerkennung, Ausübung und Verfolgung ihrer eigenen selbstsüchtigen strategischen Interessen und Einflußsphären, dem Gleichgewicht der Kräfte und den Bevormundungen, die an die einstige Theorie vom Gottesgnadentum erinnern.

Das Paradoxe unseres Zeitalters besteht darin, daß die Ansichten den Vorstellungen einfacherer Zeiten verhaftet bleiben, während die Waffen immer ausgeklügelter werden. Technisch ist das Kolonialzeitalter vorbei. Aber der Wunsch zu herrschen bleibt bestehen. Der Neokolonialismus begegnet uns in allen möglichen Verkleidungen – in Technologie und Kommunikation, in Handel und Kultur. Es braucht Mut und Integrität, ihm zu widerstehen.

Es wird starker politischer und wirtschaftlicher Druck ausgeübt. Die ohnehin beschränkte wirtschaftliche Lebensfähigkeit, ja sogar das Überleben vieler nichtpaktgebundener Staaten, insbesondere solcher mit niedriger Einwohnerzahl, ist durch künstliche Schranken im Handel, im Technologietransfer und beim Zugang zu Rohstoffen bedroht. Wir sollten in der Lage sein, Maßnahmen zu entwickeln, um diesen kleinen Staaten zu helfen, ihre Unabhängigkeit und Nichtpaktgebundenheit zu bewahren.

Nur durch Koexistenz kann es überhaupt eine Existenz geben. Wir



Indira Gandhi mit dem PLO-Vorsitzenden Y. Arafat (l.)

betrachten Nichteinmischung und Nichtintervention als die grundlegenden Gesetze internationale Beziehungen. In Asien, Afrika und Lateinamerika finden jedoch verschiedene Arten der Einmischung, offen oder verdeckt, statt. Sie alle sind unerträglich und nicht akzeptabel. Einmischung führt zur Intervention, und eine Intervention zieht oft eine andere nach sich.

Weder eine einzelne Macht noch eine Gruppe hat das Recht oder die moralische Autorität, sich so einzumischen oder einzugreifen. Man kann nicht einen Fall verurteilen, einen anderen aber entschuldigen. Jede Situation hat ihre spezifischen Ursachen. Welche dies auch immer sein mögen, es müssen politische und friedliche Lösungen gefunden werden.

Alle Staaten müssen nach dem Prinzip handeln, daß Gewalt oder die Androhung von Gewalt nicht gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates eingesetzt werden.

Was macht eine Einmischung möglich? Sicherlich unsere wirtschaftliche Schwäche, aber auch unsere Meinungsverschiedenheiten

und die Uneinigkeit innerhalb unserer Bewegung. Es ist eine Tradition, auf unseren Treffen Diskussionen über Konflikte zwischen Mitgliedsländern zu vermeiden. Wir versuchen, uns auf Dinge zu konzentrieren, die die Einheit herstellen, und diese Einheit zu vergrößern, anstatt uns in scharfen Auseinandersetzungen gegenseitig zu zerfleischen.

Aber so viele sind an mich herangetreten, und unsere Freundschaft mit dem Iran und dem Irak ist so aufrichtig, unser Wunsch so groß, daß ich an den Iran und den Irak appelliere, ihren tragischen Krieg zu beenden. Ich glaube, daß dies die einhellige Meinung aller ihrer Freunde ist, die ihr Bestes wollen.

Wir hoffen auf eine baldige Normalisierung in Afghanistan.

Wir sind uns einig in unserer Unterstützung für das heldenhafte, heimatlose und grausam verfolgte palästinensische Volk. Israel fühlt sich berechtigt, jedwedes Verbrechen zu begehen, unverfroren in seiner Aggression, ohne Reue über seine Verstöße gegen internationales Gesetz und Betragen. Aber kann es sich den legitimen Rechten des palästinensischen Volkes für immer entgegenstellen?

Der andere berühmte Verbrecher ist das südafrikanische Regime, das sich der internationalen Gemeinschaft ungestraft widersetzt. Es ist zurecht bemerkt worden, daß die bloße Existenz der Regierung von Pretoria, die den Rassismus institutionalisiert, die Gleichheit der Menschen verneint. Die Aggression gegen das eigene Volk, gegen das Volk Namibias und die Völker anderer Nachbarstaaten, ist ein Affront.

Ein dritter Punkt, in dem wir uns einig sind, ist der Widerstand gegen die verstärkte Militarisierung des Indischen Ozeans und den atomaren Ausbau des Stützpunktes auf Diego Garcia. Wir sollten unsere Bemühungen verdoppeln, um sicherzustellen, daß die Konferenz der Vereinten Nationen über den Indischen Ozean früher als beschlossen einberufen wird. Die Küstenstaaten, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen und die Vereinten Nationen haben immer wieder erklärt, daß der Indische Ozean eine Friedenszone sein sollte. (...)

Unsere Pläne für ein besseres Leben für jedes unserer Völker hängen vom Weltfrieden und der Umkehrung des Rüstungswettlaufs ab.

Nur eine allgemeine und vollständige Abrüstung kann glaubhafte Sicherheit gewährleisten. Die auf einen geschlossenen Kreis von Atommächten beschränkten Verhandlungen haben nur geringe Fortschritte gemacht. Wir sind Staaten ohne Atomwaffen, die die ausschließliche friedliche Nutzung der Atomenergie wollen. Aber auch wir haben ein Recht zu leben und gehört zu werden.

Appell an die Atommächte

Im Namen der Menschheit und in unser aller Namen fordere ich die Atommächte auf, Schluß zu machen mit der Politik der Drohungen, sei es durch Atomwaffentests, durch die Produktion und Stationierung von Atomwaffen, und die Abrüstungsverhandlungen mit der festen Absicht, eine Übereinkunft zu erzielen, fortzusetzen.

Die Augen der Welt sind auf uns gerichtet. Die Menschen in Indien und in allen unseren Ländern haben hohe Erwartungen an unsere Beratungen. Laßt uns deshalb hier beschließen:

- zweckmäßigere Schritte zu fordern, um die Demokratisierung des internationalen Systems voranzutreiben und eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung herbeizuführen;

- eine internationale Konferenz über Währungsfragen und Entwicklungsfinanzierung zu fordern, auf der Methoden entwickelt werden, um Finanzmittel für die kritischen Bereiche Ernährung, Energie und industrielle Entwicklung zu beschaffen;

- unser Engagement für die kollektive Eigenständigkeit zu bekräftigen.

- Vor allem wollen wir erneut unserer Überzeugung Ausdruck verleihen, daß Unabhängigkeit, Entwicklung, Abrüstung und Frieden unteilbar sind und unseren unerschütterlichen Glauben an die fünf Prinzipien, welche die Grundpfeiler der Nichtpaktgebundenheit sind, bekräftigen, nämlich Souveränität und territoriale Integrität, Nichtangriff, Nichteinmischung, Gleichheit und gegenseitiger Vorteil sowie friedliche Koexistenz. Wir wollen unsere Unterstützung für die heldenhaften Palästinenser und Namibier sowie für alle Opfer der Aggression Israels und Südafrikas wiederholen und uns verpflichten, die Vereinten Nationen zu stärken und das Jahr 1985 diesem Zweck zu widmen. (...)

(Quelle: India News, Bonn, Nr. 9/9.3.1983)

gen der Nord-Süd-Kommission auf (siehe den Beitrag von Hans Mayer).

Wesentlich mehr Gewicht wollen die Nichtpaktgebundenen zukünftig aber auf die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit untereinander, auf der Basis der Prinzipien kollektiver Eigenständigkeit (collective self-reliance), legen. Damit soll langfristig ihr Verhandlungsgewicht in der Auseinandersetzung um die Neue Internationale Wirtschaftsordnung erhöht werden. Gegenwärtig würde es allenthalben schon als Fortschritt eingeschätzt, wenn Vorschläge durchgesetzt werden könnten, die letztlich auch im aufgeklärten und langfristigen Eigeninteresse des kapitalistischen Systems lägen.

Mit ihrem Appell an die Atomkräfte (siehe nachstehenden Wortlaut) haben die Nichtpaktgebundenen eine Kontinuitätslinie wieder aufgenommen, die bereits während der 1. Gipfelkonferenz mit einem ähnlichen Appell angesichts der Kubakrise begründet wurde.⁹ Seit dieser Zeit war vielleicht niemals mehr so deutlich wie heute, daß ohne eine Beendigung der Konfrontationspolitik, des Wettrüstens insbesondere auf atomarem Gebiet, ohne konkrete Abrüstungsmaßnahmen die Lösung der Lebensfragen von Hunger, Unterentwicklung und die Verwirklichung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung nicht vorstellbar sind.

Dieses Bewußtsein über den Zusammenhang von Frieden und Entwicklung ist unter den Nichtpaktgebundenen heute stärker denn je, obwohl sich unter ihnen auch eine ganze Reihe von Ländern befinden, die einen hohen Anteil ihrer Haushalte für Rüstungszwecke aufwenden, sei es, weil sie sich gegen Aggressionen von außen zur Wehr setzen müssen

(z.B. Angola, Vietnam, Nikaragua, Kuba), sei es aber auch, weil sie regionale Vorherrschaftsambitionen verfolgen oder Gebietsansprüche gegen andere Mitgliedsländer notfalls auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen bereit sind (z.B. Somalia, Irak, Marokko).

Daß die imperialistischen Rüstungsexporte gerade in letztere Länder zu einer Verschärfung des Konfliktpotentials innerhalb der Dritten Welt führen, liegt auf der Hand. Es ist deshalb geradezu heuchlerisch, wenn Politiker hierzulande meinen, mit dem Verweis auf die Rüstungsanstrengungen der Dritten Welt die dort erhobenen Forderungen nach einem Einfrieren der Atomwaffenrüstung und ihrer anschließenden Verschrottung als belanglos abtun zu können.

Die moralische Integrität der Nichtpaktgebundenen reicht allemal hin, um – wie die neue Vorsitzende der Bewegung, Indira Gandhi – die abenteuerliche Vorstellung der Pentagon-Strategen vom Sieg in einem sog. regional begrenzten Atomkrieg zurückweisen zu können.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. u.a.: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 12. und 14.3.1983
- 2) Zit. nach: Granma. Weekly Review, Havanna, 13.3.1983
- 3) Le Monde, Paris, 15.3.1983
- 4) Vgl. Le Monde, 13.-14.3.1983
- 5) Latin America Weekly Report (LAWR), London, 18.3.1983
- 6) Fidel Castro, The World Economic and Social Crisis. Its impact on the underdeveloped countries, its somber prospects and the need to struggle if we are to survive. Report to the 7th Summit Conference of Non-Aligned Countries, Havanna 1983
- 7) Ebenda, S. 23 f.
- 8) Zit. nach: LAWR, a.a.O.
- 9) Vgl. Dokumente der Nichtpaktgebundenen, Köln 1981, S. 32ff.

Appell des Delhi-Gipfels

1. Unsere Welt wird immer unruhiger und unsicherer. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind weiterhin von Ungleichheit, Herrschaftsstreben und Ausbeutung gekennzeichnet. Der Ernst der Situation wird an der Intensivierung des Wettrüstens, am Widerstand des Starken gegen Initiativen für Veränderungen zugunsten des Schwachen, an der Verwicklung von Großmächten in regionale Konflikte und an der Gefahr einer weltweiten nuklearen Katastrophe deutlich.
2. Frieden und friedliche Koexistenz, Unabhängigkeit, Abrüstung und Entwicklung sind die zentralen Probleme unserer Zeit. Doch Frieden muß sich auf Gerechtigkeit und Gleichheit gründen, weil die unzulässige Ungleichheit und Ausbeutung, hervorgerufen durch Kolonialismus und Imperialismus, die wichtigsten Ursachen für Spannungen, Konflikte und Gewalt in der Welt bleiben.

Einen Kernwaffenkrieg verhindern!

3. Wir, die Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder, appellieren an die Großmächte, das Wettrüsten einzustellen, das im ständig wachsenden Maße die knappen materiellen Ressourcen verschlingt, das ökonomische Gleichgewicht zerstört und viele unserer besten wissenschaftlichen Talente für unnütze und destruktive Zwecke vergeudet. Diese Ressourcen sollten für die Wiederbelebung und Umstrukturierung der Weltwirtschaft eingesetzt werden. Die durch Abrüstungsmaßnahmen freigesetzten Ressourcen sollten für die Förderung der Entwicklung in den Entwicklungsländern verwendet werden.

4. Die nichtpaktgebundenen Länder, die für die Mehrheit der internationalen Staatengemeinschaft sprechen, verlangen eine unverzügliche Beendigung des Abgleitens in einen nuklearen Konflikt, der nicht nur das Wohl der Menschheit in unserer Zeit, sondern auch künftige Generationen bedroht. Die Kernwaffenmächte müssen diese Stimme der Völker der Welt beachten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß 1983 ein entscheidendes Jahr für die nukleare Abrüstung sein könnte.

Wir fordern die Kernwaffenmächte auf, dringende und praktische Maßnahmen zur Verhinderung eines Kernwaffenkrieges zu ergreifen. Sie sollten sich auf eine internationale Konvention einigen, die den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen unter allen Umständen verbietet, und die weitere Produktion und Stationierung von Kernwaffen stoppen. Wichtig ist auch, daß sie bestehende Abkommen über die Rüstungsbegrenzung einhalten und sich zugleich darum bemühen, umfassendere und wirksamere Programme auszuhandeln, die zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, besonders zur nuklearen Abrüstung unter internationaler Kontrolle führen.

5. Die Weltwirtschaftskrise, in einigen großen Industrieländern hervorgerufen, hat jetzt wirklich globalen Charakter und ein weltweites Ausmaß angenommen. In den entwickelten Ländern hat sie zu wirtschaftlicher Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit geführt, worauf diese mit der Einführung einer protektionistischen und nach innen gekehrten Politik reagiert haben.

In den Entwicklungsländern, deren Wirtschaft besonders verwundbar ist, hat sie enorme Zahlungsbilanzdefizite, steigende Schuldenlasten und die Verschlechterung der Handelsbedingungen mit sich gebracht, was auf den steilen Abfall der Rohstoffpreise und den drastischen Anstieg der Preise für jene Industrieerzeugnisse, die sie importieren müssen, zurückzuführen ist. Das alles hat viele dieser Länder an den Rand der Katastrophe gebracht.

6. Nie zuvor waren die wirtschaftlichen Geschicke der entwickelten Staaten und der Entwicklungsländer so eng miteinander verbunden. Doch viele reiche Nationen der Welt wenden sich inmitten dieser allgemeinen Krise mehr dem katastrophalen Bilateralismus der 20er und 30er Jahre als einem klugen Multilateralismus zu. Sie weigern sich immer noch einzusehen, daß die wirtschaftliche Wiederbelebung des Nordens ohne das wirtschaftliche Überleben des Südens einfach nicht möglich ist. Lösungen für die Probleme müssen unbedingt globaler Natur sein.

7. Die gegenwärtige Krise hat die Unzulänglichkeit der bestehenden

internationalen Wirtschaftsordnung demonstriert, die Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Eine gründliche Umstrukturierung dieser Ordnung durch einen Prozeß globaler Verhandlungen ist notwendig. Alle Hindernisse müssen jetzt überwunden werden, damit diese Verhandlungen ohne Verzug beginnen können. Die nichtpaktgebundenen Länder setzen sich für Bemühungen und die Schaffung der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Gleichheit ein.

8. Gleichzeitig müssen unverzüglich Maßnahmen getroffen werden, um einen Prozeß der Wiederbelebung einzuleiten und der Weltwirtschaft wieder zu anhaltendem Wachstum zu verhelfen. Die Aktivierung und Stimulierung des Wachstumsprozesses in den Entwicklungsländern müssen ein Hauptziel dieser Bemühungen sein. Auf mehreren Gebieten sind sofortige Maßnahmen notwendig.

Solidarität mit Palästina, Namibia, Südafrika, Mittelamerika

Besonderes Gewicht muß darauf gelegt werden, die Entwicklungsländer, besonders die am wenigsten entwickelten unter ihnen, in die Lage zu versetzen, ihre akuten Zahlungsbilanzprobleme zu lösen, ohne daß ihr Entwicklungsprozeß gestört wird. Gleichzeitig müssen die Deckung ihres Grundbedarfs an Nahrungsgütern und Energie, erweiterter Zugang zu anderen Märkten und gerechte Rohstoffpreise gewährleistet werden.

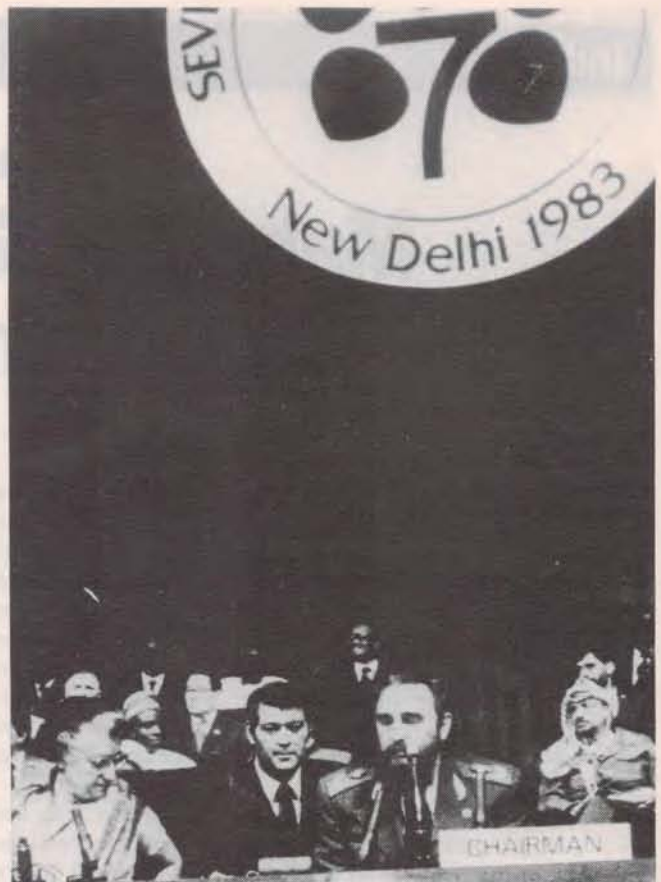
Die protektionistischen Tendenzen müssen umgekehrt und unverzügliche Maßnahmen zum Abbau der Handelsschranken verwirklicht werden. Es ist notwendig, dem ungleichen Austausch zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern ein Ende zu bereiten. Außerdem sind viele Entwicklungsländer wegen ihrer Unfähigkeit zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen in einer tragischen Situation. Dieses ernste Problem sollte eilig in Angriff genommen werden.

9. Wir schlagen die unverzügliche Einberufung einer internationalen Währungs- und Finanzkonferenz für Entwicklung unter universeller Beteiligung und eine umfassende Umstrukturierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems vor.

10. Wir sind tief besorgt über die Spannungen und Konfrontation zwischen den Großmächten und ihre beunruhigende Auswirkung auf die nichtpaktgebundenen Länder. Wir sind entschlossen, dem wirtschaftlichen und politischen Druck standzuhalten, der von einer Großmacht gegen kleine und verwundbare Staaten ausgeübt werden könnte.

11. Drängende politische Probleme erfordern aufrichtige Anstrengungen aller Länder der Welt, sie im Einklang mit den Prinzipien des Friedens und der Gerechtigkeit, der Unabhängigkeit und der Gleichheit zu lösen: die dringende Notwendigkeit, das unveräußerliche Recht des tapferen palästinensischen Volkes, das einen heldenhaften Kampf gegen die israelischen Kräfte führt, auf einen eigenen nationalen souveränen Staat im Einklang mit UNO-Resolutionen anzuerkennen, der Abzug Israels aus Jerusalem, Palästina, den besetzten arabischen Territorien und aus dem Libanon; die Herbeiführung der Unabhängigkeit Namibias durch die rasche Verwirklichung der Resolution 435 des Sicherheitsrates; die Notwendigkeit, in Mittelamerika durch politische Verhandlungen zwischen den betroffenen Seiten Frieden zu erreichen; sowie die Probleme in Südostasien, Südwestasien, dem Indischen Ozean, im Mittelmeerraum sowie in anderen Gebieten der Welt.

Nicht weniger dringlich ist die gemeinsame Verantwortung, die wir alle haben, um zu sichern, daß unsere Mitmenschen überall ein würdevolles Leben führen können. Auf dem afrikanischen Kontinent und an seinen seit langem leidenden Völkern wurde viel Unrecht begangen. Das Volk Südafrikas kämpft tapfer gegen das verhaßte Unterdrückungssystem des Rassismus und der Apartheid. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit den afrikanischen Völkern und ihrer edlen Sache. Es gibt einige Großmächte, die in der Lage sind, dazu beizutragen, dieses Ziel schneller und, so hoffen wir, mit weniger Leid zu erreichen. Wir fordern sie ernstlich dazu auf.



Indira Gandhi (l.) und Fidel Castro im Konferenzpräsidium

12. Wir haben uns verpflichtet, auf der 38. Sitzung der UN-Vollversammlung auf die Behandlung dieser und anderer entscheidender Probleme zu drängen. Wir fordern die Staats- und Regierungschefs aller Länder der Welt auf, sich uns anzuschließen. Wir sind bereit, bei der Suche nach fairen, schnellen und gerechten Lösungen für diese Probleme mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wir haben ein gemeinsames Schicksal.

13. Die Krise, mit der unsere Zivilisation heute konfrontiert wird, ist beispiellos in der Geschichte. Große Aufgaben erfordern kluge Entscheidungen. Wir appellieren an die Großmächte, das Mißtrauen aufzugeben, aufrichtige und vorwärtsweisende Verhandlungen aufzunehmen, um im Geiste gemeinsamen guten Willens Einigung über verschiedene Abrüstungsmaßnahmen zu erzielen und einen Ausweg aus der sich vertiefenden Wirtschaftskrise zu finden, die uns alle bedroht. Vereint sind die Mitglieder der nichtpaktgebundenen Bewegung bereit, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diesen Prozeß zu fördern. Die Erde gehört uns allen – hegen und pflegen wir sie in Frieden und wahrer Brüderlichkeit auf der Grundlage der Würde und Gleichheit des Menschen.

(Quelle: ADN, Berlin, 14.3.1983)



Verlag
Dietz
Nachf.

für das
Selbstbestimmungs-
recht der
Palästinenser

Raja Shehadeh
**Aufzeichnungen
aus einem Ghetto**
Leben unter israelischer
Besatzung



Raja Shehadeh: Aufzeichnungen aus einem Ghetto. Leben unter israelischer Besatzung

174 Seiten. 24,- DM

Raja Shehadeh, Rechtsanwalt auf der besetzten Westbank, notiert nach dem Massaker im Libanon:

„Die Israelis werden jetzt noch gezielter darangehen, sich unser Land anzueignen und uns ins Exil zu treiben. Noch nie war die doppelte Gefahr, in blinden Haß oder bedenkenlose Kollaboration abzurutschen, so groß wie heute... Doch wir werden unbeirrt Widerstand leisten.“

„Die Welt wird nicht hinschauen, wenn man mein Volk langsam stranguliert.“

in Ihrer Buchhandlung

Andreas Krajczek

Mahatma Gandhis Ideale — noch immer unerfüllt

„Es ist ein Grundsatz der blockfreien Nationen, daß alle als Gleiche betrachtet werden. Niemand ist Führer, und wir wollen auch niemanden führen, Indien zuletzt. Und ich persönlich wünsche keine Führerrolle. Aber wir spielen eine wichtige Rolle... Wir sind nicht bereit, von irgendeinem Land oder Block dirigiert zu werden.“¹ So kennzeichnete Indiens Premierministerin Indira Gandhi den weltpolitischen Standort ihres Landes. Tatsächlich ist Indiens führende Rolle unter den Anliegerstaaten der Region Südasien und bei ihren Bestrebungen um eine Friedenszone im Indischen Ozean unumstritten.

Daß am 7. März d.J., zu Beginn des 7. Gipfeltreffens der Nichtpaktgebundenen in Delhi, die Rolle des Sprechers der Nichtpaktgebundenen von Kubas Fidel Castro an Indira Gandhi übergang, trug Indien neuerliches internationales Prestige ein.

Wegen seiner außenpolitischen Haltung wird Indien derzeit zur Zielscheibe von Destabilisierungsversuchen seitens der

Reagan-Administration. Die indische Zeitung Patriot enthielt am 25.1.1983 einen Balkanisierungsplan der USA gegen Indien und weitere „widerspenstige“ Länder der Dritten Welt (siehe Kasten). Ihm zufolge soll Indien durch „Spezialoperationen“ des CIA, d.h. durch das Schüren ethnischer, kommunaler und rassischer Konflikte, Wirtschaftssabotage und die Organisation politischer Umsturzaktionen, „neutralisiert“ werden.

Vor diesem Hintergrund erhalten die verheerenden Ausschreitungen, die sich während der Wahlen im nordostindischen Bundesstaat Assam im Februar d.J. ereigneten, besonderes Gewicht. Über 3.000 Menschen wurden Opfer von Pogromen, die assamesische Nationalisten an Einwanderern verübten, die überwiegend aus dem Gebiet des heutigen Bangladesh stammen.

Entzündet hatten sich die Unruhen daran, daß die Zentralregierung in Delhi gegen den Widerstand assamesischer Nationalisten Regionalwahlen ansetzte und durchführte. Die Opponenten forderten eine Lösung der „Ausländerfrage“, d.h. den „Stopp der Überfremdung“ Assams durch Zuwanderer (sie machen rund 14% der Gesamtbevölkerung aus) und den Entzug des Wahlrechts für sie noch vor den Wahlen. Nach der Ablehnung dieser Forderungen durch Delhi riefen sie zum Boykott der Wahlen auf, der die Wahlbeteiligung auf — Schätzungen zufolge — unter 10% sinken ließ. Der Wahlsieg des regierenden Indischen Nationalkongresses (INC), der 2/3 der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte, wird damit zur Farce.²

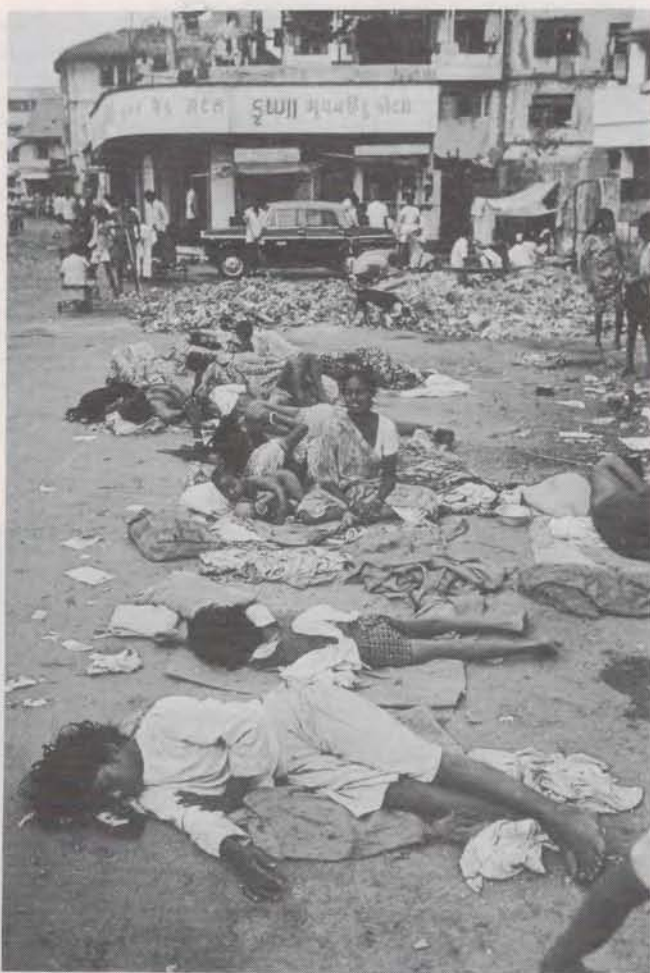
Die Kampfansage oppositioneller Kräfte an die in Assam neugebildete Regierung macht einen weiteren Dauerkonflikt auf dem indischen Subkontinent, wieder einmal bedingt durch Nationalitäten- und Regionalisierungsprobleme, wahrscheinlich. Sie wirft zugleich die Frage nach der wirtschaftlichen Lage Indiens auf.

Wirtschaftlich ein Mehr an Unabhängigkeit...

Über 35 Jahre nach seiner Unabhängigkeit und 3 Jahre nach dem erneuten Amtsantritt der Ministerpräsidentin Indira Gandhi bietet Indiens Wirtschaft ein widersprüchliches Bild.

Einerseits erreichte Indien mittlerweile den 10. Platz in der Weltindustrieproduktion, andererseits gehört es nach der Prokopf-Produktion mit seinen über 600 Mio Einwohnern zu den zehn ärmsten Nationen der Erde. Die Industrieproduktion ist breit gefächert, besonders die der Konsumgüterindustrie, aber nur 10-15% der Bevölkerung sind an den Markt für Industrieprodukte angeschlossen. Für den größten Teil der Bevölkerung bleiben beispielsweise der Erwerb von Farbfernsehern oder Kühlschränken Wunschenken.

Das in Indien angewandte Wirtschaftskonzept verfolgt eine beschleunigte Industrialisierung, die in den jeweiligen Fünfjahresplänen mit konkreten Zielsetzungen ausformuliert



Obdachlose — Massenerscheinung in den Straßen der indischen Großstädte

liert ist. Durch einen starken Staatssektor besonders in der Grund- und Schlüsselindustrie soll eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung gewährleistet, zugleich einer monopolistischen Unternehmenskonzentration vorgebeugt werden.

Tatsächlich wuchs die Industrieproduktion in den 60er Jahren um durchschnittlich 5,4%, in den 70er Jahren um 4,5%. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in den Vergleichszeiträumen um 3,4 bzw. 3,6% an. Gezielte Diversifizierungsmaßnahmen sorgten dafür, daß es heute kaum ein Industrieprodukt gibt, das nicht in Indien hergestellt würde. Mitte der 70er Jahre entfielen mehr als 40% der gesamten Industrieproduktion und 15% des Gesamtexports auf die rund 1/2 Mio Unternehmen der indischen Kleinindustrie.

Ebenso gezielt sollte die Entwicklung in der Landwirtschaft verlaufen, die jedoch über ein Wachstum von jährlich 1,9% in den 60er/70er Jahren nicht hinauskam. 1950-55 war die Abschaffung des alten Pachtsystems (Zamindari) eingeleitet worden, um die Grundlage für rationellere Produktionsmethoden zu schaffen, aber auch um großen Bauernaufständen wie jenen von Telangana (1945-51) künftig vorzubeugen.

Die ursprüngliche Idee der Landreform, nämlich eine gerechtere Verteilung des Bodens, wurde durch den Widerstand der Großgrundbesitzerschicht unterbunden (sie stellte annähernd 40% der für die Landreform zuständigen Beamten). Folglich besitzen heute 15% der Wirtschaften, d.h. die etwa 8,5 Mio Großgrundbesitzer und Großbauern, etwa 2/3 des Bodens, während die 80 Mio Mittel- und Kleinbauern 48% des Bodens bearbeiten, wovon 26,3% Pachtland sind.

In der ersten Hälfte der 60er Jahre wurden Programme entwickelt, mit denen eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft erreicht werden sollte.

Die sog. „grüne Revolution“, d.h. die Einführung moderner Technologien bzw. Anbaumethoden, ermöglichte den Anstieg der Getreideerzeugung von 70 Mio t im Jahr 1965/66 auf 131 Mio t im Jahr 1978/79. 1966/67 wurden 1,89 Mio ha mit ertragreichen Getreidesorten bebaut, 1977/78 bereits 38 Mio ha. Damit wurde Indien von Getreideimporten aus den USA weitgehend unabhängig.

...aber nicht an Gleichheit

Ein Wachstum der Industrieproduktion kennzeichnet nach der Krise von 1979/80, als es einen Produktionsrückgang um 1,4% gab, die wirtschaftliche Entwicklung Indiens in den letzten Jahren. 1980/81 betrug das industrielle Wachstum 3%. Allerdings gerät Indien durch eine ständig steigende Auslandsverschuldung, die 1981 von 11 auf 15% des Nationaleinkommens stieg, immer mehr unter den Einfluß internationaler Finanziers, vorab des Internationalen Währungsfonds (siehe IMF-Beitrag).³

Noch heute trägt Indien an seinem kolonialen Erbe. Seit der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht im Jahr 1947 unternahm die Republik Indien große Anstrengungen, um den Konfliktstoff mit dem abgespaltenen Pakistan und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten vom „Mutterland“ abzubauen.

Die von Großbritannien hinterlassene Wirtschaftsstruktur, welche im Sinne der Kolonialmacht exportorientiert war (Rohstofflieferant!), mußte den nationalen Interessen und Bedürfnissen angepaßt werden. Die von Mahatma Gandhi geführte Befreiungsbewegung formulierte den Anspruch, eine von imperialistischen Mächten unabhängige Wirtschaft aufzubauen und dies mit der Verwirklichung der ökonomischen Gleichheit der Bevölkerung zu verknüpfen:

„Ökonomische Gleichheit ist der Meisterschlüssel zu gewaltloser Unabhängigkeit. Ökonomische Gleichheit bedeutet die



Indischer Kleinbauer an einem Ziehbrunnen

Abschaffung des ewigen Konflikts zwischen Arbeitern und Kapital. Sie bedeutet, die wenigen Reichen, in deren Händen die Masse des nationalen Reichtums konzentriert ist, auf das gleiche Niveau zu bringen wie die halb verhungerten, nackten Millionen, deren Niveau erhöht werden muß.“⁴ Diesen Satz prägte der „Vater der indischen Nation“, Mahatma Gandhi, bereits 1944.

Nach der Unabhängigkeit formulierte der regierende Indische Nationalkongreß (INC), der unter Führung solcher Persönlichkeiten wie M. Gandhi und Jawaharlal Nehru zur staatstragenden Organisation wurde, daß in der Beseitigung der sozialen Widersprüche, der Ausbeutung und der wirtschaftlichen Ungleichheit das Mittel zu sehen sei, um den angestrebten Fortschritt wahrzumachen.

Doch der INC gab, wie seit seiner Gründung im Jahr 1885, den Interessen der indischen Bourgeoisie, die sich im Zuge der kolonialen Integration Indiens in die kapitalistische Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert herausbildete, stets den Vorrang. Er stand vor dem Problem, die Erwartungen der Massen zu erfüllen, ohne die Führungsrolle der (liberalen) Bourgeoisie abzugeben. Und er hatte dabei Einflüssen von rechten Kräften innerhalb der Bourgeoisie, die eine Zwei-Nationen-Theorie realisieren wollten (d.h. Hindus und Muslims sollten zwei getrennte Nationen bilden), entgegenzuwirken.

Deshalb und um separatistischen Bestrebungen regionaler Gruppierungen, auch im Zusammenhang mit sozialen Auseinandersetzungen, vorzubeugen, vertritt der INC seit 1947 das reformistische gesellschaftspolitische Konzept der „nationalen Integration“:

- Um der Vielfalt der kulturellen Besonderheiten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen Rechnung zu tragen, wurde die Indische Union mit föderativer Struktur gebildet.
- Allen Staatsbürgern werden gleiche Rechte und Pflichten zugestanden.
- Bindungen an traditionelle Gemeinschaftsorganisationen (z.B. Kastenwesen) sollen überwunden werden.



Indien-Daten

Territorium: 3.287.590 qkm (etwa ein Drittel der Fläche Europas)
Bevölkerung: 691 Mio (Ende 1981); 72% indoarische (z.B. Hindi, Bengali), 25% Drawida-sprachige Bevölkerungsgruppen, 3% mongolischer Herkunft; jährliches Bevölkerungswachstum (1960-80): 1,4%

Hauptstadt: Delhi mit 6,2 Mio Einwohnern; größte Städte sind Kalkutta und Bombay mit je 9 Mio

Währung: Indische Rupie (IR): 1 IR = 0,26 DM (Stand Ende Dezember 1982)

Religion: 82,7% Hindus, 11,2% Muslime, 2,6% Christen, 1,9% Sikhs, 0,47% Jainas, 0,7% Buddhisten; ferner gibt es etwa 200.000 Parsen und 12.000 Juden (Stand 1971)

Staatsform: Laut Verfassung von 1950 eine souveräne, demokratische Republik. Das Staatsoberhaupt, der Präsident, wird auf 5 Jahre von dem aus Abgeordneten des Parlaments und der Unionsstaaten bestehenden Wahlkollegium gewählt. Seit Juli 1982 bekleidet Zail Singh dieses Amt. Premierministerin ist Indira Gandhi.

Wirtschaft/Soziales: Agrar-Industrie-Land mit kapitalistischem Entwicklungsweg. 69% der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, 13% in der Industrie, 18% im Dienstleistungssektor (1980). Die Landwirtschaft trägt 37%, die Industrie 26% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei (1980). Indien ist der größte Produzent und Exporteur von Glimmer und verfügt über etwa 22,4 Mrd t Eisenerz, 1/4 der gesamten Weltreserven. Daneben besitzt es große Stein- und Braunkohlevorkommen. Ferner ist Indien reich an Kupfer, Wolfram, Gold, Zink, Nickel, Zinn und Magnesium.

30% der Industrieproduktion werden in staatlichen Betrieben erzeugt. Im privaten Sektor beträgt der Anteil des Auslandskapitals bis zu 74%. Hauptquellen der ausländischen Kapitalinvestitionen sind Großbritannien und die USA. Bundesdeutsche Unternehmen hatten 1980 über 190 Mio DM in der indischen Industrie investiert (Maschinenbau, Chemie, Automobilindustrie).

Die wichtigsten Außenhandelspartner sind die USA (12,5%), die UdSSR, Großbritannien, Japan (je ca. 10%), BRD (ca. 8,3%), Saudi Arabien (rd. 5%), Iran und Irak (Öleinfuhren).

Das Pro-Kopf-Einkommen Indiens ist mit 240 Dollar eines der niedrigsten auf der Welt. Die durchschnittliche Inflationsrate belief sich 1970-80 auf 8,5%. Die Analphabetenrate liegt bei 64% (1977), die Lebenserwartung bei 52 Jahren (1980).

Geschichte:

1658-1740 Größte Ausdehnung und Niedergang des Mogulreiches

1858 Die englische Krone übernimmt die Verwaltung Britisch-Indiens

1945 Aufnahme in die UNO am 30. Oktober

1947 Nach Teilung in die Dominien Indien und Pakistan wird das Gesetz über die Unabhängigkeit Indiens am 15. August angenommen

1964 Tod J. Nehrus am 27. Mai

1965 Indisch-pakistanischer Kaschmir-Konflikt

1971 Militärische Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan im Dezember

1974 Generalstreik am 15. Mai

1975 Verkündung des Ausnahmezustandes am 26. Juni

1977 6. allgemeine Wahlen. Die Janata-Partei übernimmt erstmals die Regierung

1979 Rücktritt der Janata-Regierung unter M. Desai am 15. Juli

1980 7. allgemeine Wahlen, überwältigender Sieg der Kongreßpartei. Regierungsbildung durch I. Gandhi

● Durch Industrialisierung und technologischen Fortschritt und den Aufbau einer leistungsfähigen, international konkurrenzfähigen Wirtschaft und einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnung soll eine Modernisierung der Gesellschaft erreicht werden.

● Die nationalen Interessen sollen Richtschnur des gesellschaftlichen Handelns aller Staatsbürger sein.⁵

Mit dem Aufbau eines starken staatlichen Wirtschaftssektors und zentralisierter nationalstaatlicher Machtorgane sollte dieser Integrations- bzw. Vereinheitlichungsprozeß vorangetrieben werden.

Ganz ging jedoch das Konzept des INC nicht auf. Zwar erreichte der Staatssektor eine hohe Produktivität, doch der größte Teil, fast 75% der mehr als 20 Mio Arbeiter und Angestellten der Industrie, sind heute im privaten Sektor beschäftigt. Zudem umfaßt er mehr als 90% der Industriebetriebe.

Es bildeten sich über 100 Monopolgruppen heraus, von denen die zehn größten, z.B. Tata, Birla, Mafatlal, Singhanian, Thapar und ICI, mehr als 50% des Privatkapitals auf sich vereinen. Den 75 größten Konzernen gehören 16.000 der 34.000 Kapitalgesellschaften bzw. 56% der Aktiva aller Kapitalgesellschaften, den drei größten Konzernen sogar 1/3 der Gesamtaktiva der 100 größten Privatunternehmen.

Ein Großteil der Konzerne ist mit dem Auslandskapital eng verflochten, in Form von Investitionsbeteiligungen oder als Juniorpartner multinationaler Konzerne. Dies trifft besonders auf die Bereiche der Pharmaindustrie, der Elektronik, Elektrotechnik und Chemie zu.

Die Monopolbourgeoisie vermochte längst die beherrschende Position innerhalb der indischen Bourgeoisie zu erlangen, was ihr einen bedeutenden Einfluß auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung ermöglicht.⁶

Darüber hinaus begünstigten die 1982 ausgehandelten Kreditbedingungen des IMF (siehe nachstehenden IMF-Beitrag) in außerordentlichem Maße die Interessen der aus- und inländischen Monopole, während die Ansätze in der bisherigen Sozialpolitik zu einer Anhebung des Lebensstandards der unterprivilegierten Massen unterbunden werden sollen.

Im Jahr 1977 gelang es diesem Flügel der Bourgeoisie im Verbund mit der reaktionären Landoligarchie, die liberalen Kräfte um den INC aus der Regierung zu drängen. Doch 1980 kehrte Indira Gandhi als Premierministerin zurück (siehe AIB 3/1980, S. 16-17).

Auch die Lage der Bevölkerung vermochte der INC durch Reformmaßnahmen, wie z.B. die Pachtreform (nach welcher die Pachtabgaben 1/4 des Ernteertrages nicht übersteigen dürfen) oder das Fabrikgesetz, das den Arbeitstag auf höchstens 10 Stunden begrenzt, nicht grundlegend zu verbessern. Anders als im noch volkreicheren China ist in Indien das Überleben der 691 Mio Menschen nach wie vor nicht gesichert.

290 Mio, das sind 46% der indischen Bevölkerung, leben unterhalb der offiziellen Armutsgrenze (1978). 1961 waren es noch 39%. Nur 33% der Bevölkerung sind ausreichend mit Trinkwasser versorgt, nur 89% des täglichen Pro-Kopf-Kalorienbedarfs können gedeckt werden. 64% sind Analphabeten (1977).

Die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten beträgt offiziell 75 Mio, das sind etwa 20% der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (1978).⁷ Manche Maßnahmen, wie die „grüne Revolution“, verschlechterten noch die Situation der Bevölkerung, da das Geld für eine kapitalistische Umgestaltung (Maschinen-, Kunstdüngereinsatz u.ä.) nur die Großgrundbesitzer bzw. Großbauern aufbringen konnten. Viele kleine Pächter wurden zu Landarbeitern auf technologieintensiv betriebenen Wirtschaften gemacht oder vertrieben. Aufgrund der desolaten Lage der Bevölkerungsmehrheit gewinnen außerparlamentarische Bewegungen für viele Betrof-

fene an Bedeutung. Dies obgleich die einflußreiche hinduistische Religion die Gläubigen zum Ausharren und Erleiden der menschenunwürdigen Verhältnisse, in denen die niedrigkastigen Massen leben, auffordert und dafür ein besseres „zweites Leben“ in Aussicht stellt.

Häufig ist das Aufbegehren gegen soziale Mißstände mit regionalistischen und rassistischen Ressentiments verknüpft. Ein Paradebeispiel dafür liefern die Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Februar-Wahlen d.J. in Assam.

Die eingewanderten Nepalis und Bengalen dominieren in Assam den Finanzverkehr sowie das Mittel- und Kleinhandwerk. Die einheimische Bevölkerung wird auf diese Weise immer mehr aus ihren traditionellen Arbeitsbereichen und obendrein aus Bereichen des öffentlichen Dienstes verdrängt. Besonders betroffen von der Einwanderung ist somit der assamesische Mittelstand. Daher ist nicht zufällig der Hauptträger der Unruhen in Assam der Studentenverband Allassamesische Studentenunion (ASSU), in dem vorwiegend Studenten aus dem Mittelstand organisiert sind.

Wirtschaftliche Gründe für den Ausländerkonflikt wären leicht auszuräumen, wenn das durch die Ölproduktion und den intensiven Teeanbau erzeugte Kapital der regionalen Wirtschaft zugute käme. Stattdessen wandert es in andere Bereiche der indischen Wirtschaft ab, so daß auch regionalistische Bestrebungen, angetrieben durch den Verdruß über die Politik der Zentralregierung, eine Basis haben.⁸

Zudem wird die Unzufriedenheit noch geschürt durch das repressive Vorgehen der Zentralregierung gegen regionalistische, separatistische und soziale Bewegungen (z.B. Polizei- und Militäreinsätze gegen Demonstranten und Streikende). Die Zentralregierung wiederum steht vor der Schwierigkeit, regionalistische Bestrebungen richtig einzuschätzen und angemessen darauf zu reagieren.

Viele repressive Maßnahmen und auch Exzesse haben nämlich ihre Ursache im ständigen Machtkampf mit den reaktionärsten Kräften. Dahinter verbirgt sich ihr Streben nach Erhaltung ihrer feudalen Privilegien, z.B. über das Kastensystem, wofür sie separatistische Bewegungen instrumentalisieren sowie deren Unterstützung durch imperialistische Staaten fördern.

Beispielhaft hierfür ist der Fall der extremen Nationalisten der Sikhs, die rund 10 Mio zählen und etwa 1,5% der indischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Sikhs stellen eine kleine, aber privilegierte Minderheit dar, die stark in den Bereichen Polizei, Militär und Verwaltung vertreten ist. Die Forderung nach einem unabhängigen Staat „Khalistan“ durch die nationalistische Sikh-Partei Akali-Dal wird von der Terrororganisation Dal Khalsa, die u.a. bei konservativen Kreisen der USA Unterstützung findet, mit Anschlägen begleitet.⁹

Wahlschuppen der Regierung Gandhi

Ein weiteres Signal des Protestes gegen die Politik der Regierung Gandhi gab es bei den Wahlen vom Januar d.J. in den Bundesstaaten Andhra Pradesh und Karnataka, bislang zwei INC-Wahlhochburgen.

Hier mußte die Partei Indira Gandhis schwere Niederlagen hinnehmen. In Andhra Pradesh konnte die Regionalistenpartei Telugum Desam eine Zweidrittelmehrheit erlangen. In Karnataka errang die konservative Janata-Partei im Verein mit der lokalen Kranthi-Ranga-Partei einen eindeutigen Wahlsieg. Beide vermochten mit dem Versprechen, die Korruption zu beenden eine „saubere Regierung“ zu bilden und mehr politisch-kulturelle Eigenständigkeit für die Telugu-Bevölkerung zu gewähren, an regionalistische Tendenzen unter der indischen Bevölkerung anzuknüpfen.

Rund 15% des indischen Wählerpotentials, d.h. etwa 50

US-Balkanisierungsplan gegen Indien



I. Gandhi (M.) zu Besuch bei R. Reagan im Weißen Haus im Juli 1982

Seit dem März 1982 liegt den Planern der Reagan-Administration ein streng geheimer Generalplan zur Destabilisierung Indiens vor, den die US-amerikanische UN-Botschafterin Jeane J. Kirkpatrick erstellte. Am 25.1.1983 wurde er von der in Delhi erscheinenden Zeitung Patriot veröffentlicht.

Diese Leitlinien rechnen Indien dem Dutzend Hauptgegnern der USA in „strategischen Schlüsselzonen“ der Dritten Welt zu. Dieses, weil das Land großen Einfluß bei unterentwickelten Staaten, besonders in der Bewegung nichtpaktgebundener Länder, habe und bei den Initiativen zur Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean eine führende Rolle spiele.

Indiens außenpolitische Stärke sollte nach den Empfehlungen J. Kirkpatricks durch das Provozieren innenpolitischer Schwierigkeiten, insbesondere durch die separatistische Auflösung des staatlichen Zusammenhalts, untergraben werden. „Die Schwäche Indiens besteht in dessen vielen ungelösten inneren und internationalen Problemen. Neben der Armut im Lande gibt es ein beträchtliches Wachstum separatistischer Bewegungen in solch einem Ausmaß, daß die Balkanisierung Indiens eine reale Möglichkeit ist. Dieses würde seinen Einfluß in der Dritten Welt und anderswo zerstören.“

Auch wenn die Verfasserin selbst bezweifelt, daß die von ihr vorgeschlagenen entsprechenden geheimdienstlichen Operationen tatsächlich die Auflösung Indiens als Staat erzwingen könnten, verspricht sie sich von ihnen hinreichende andere Vorteile: „Selbst wenn Indien der Balkanisierung nicht unterliegen sollte, könnte die nichtkommunistische Opposition zu Indira Gandhi ihre Positionen konsolidieren, und bessere Chancen für die Entstehung einer realistischen, alternativen Regierung könnten begünstigt werden.“

Was auch immer dabei herauskäme, das Vorhaben mindere vor allem die „Gefahr“ einer Entmilitarisierung der Region, die „ernste Probleme für unsere Schnellen Eingreiftruppen schaffen“ würde: „Aus diesen lebenswichtigen Gründen kommt die Entmilitarisierung des Indischen Ozeans nicht in Frage. Im Gegenteil ist unsere militärische Präsenz im Indischen Ozean nicht nur per se wichtig, sondern sie muß auch schnell verstärkbar sein.“

Dabei wird die besonders vorteilhafte Rolle Pakistans hervorgehoben: „Es ist ein Land von strategischer Wichtigkeit und bestens gelegen, um die US-amerikanischen Anstrengungen zur Beeinflussung der Politik im Iran, Afghanistan und Indien zu unterstützen.“

Mio, haben sich in den Wahlen gegen die Regierungspartei ausgesprochen. Im Bundesstaat Tripura konnte sich die Linkskoalition unter Führung der Kommunistischen Partei Indiens/Marxisten (KPI/M) behaupten.

Auch der Achtungserfolg des INC bei den Stadtratswahlen in Delhi kann nicht über die schwere Krise des Nationalkongresses hinwegtäuschen. Der von Premierministerin I. Gandhi veranlaßte Rücktritt ihres Kabinetts und die fast geschlossene Wiederaufnahme der alten Kabinettsmitglieder in die neue Regierung ist nicht mehr als Kosmetik.¹⁰

Furore machte in letzter Zeit der seit über einem Jahr andauernde Streik von 200.000 Textilarbeitern in Bombay. Die Arbeiter fordern höhere Löhne und die Festanstellung der Tagelöhner (etwa 40% der Textilarbeiter sind Tagelöhner), ihr Streik wurde jedoch für illegal erklärt, da die nicht als Tarifpartner anerkannte Gewerkschaft MGKU ihn organisiert.

Jeden Tag gibt es in irgendeinem Teil Indiens Streikämpfe von Arbeitern für ihre Rechte, ohne daß dies die Weltöffentlichkeit zur Kenntnis nimmt. Der indischen **Gewerkschaftsbewegung** kommt, trotz ihrer fortdauernden Zersplitterung, eine wachsende Bedeutung zu.

Der Allindische Gewerkschaftskongreß (AITUC), der 1920 gegründet wurde und ca. 1,5 Mio Mitglieder zählt, ist der älteste indische Gewerkschaftsdachverband mit einer langen revolutionären Tradition. Er gehört dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) an. Im Gegensatz zum AITUC verfolgt der Indische Nationale Gewerkschaftskongreß (INTUC), der im Mai 1947 von reformistischen Kräften gegründet wurde und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angeschlossen ist, eine am Prinzip der Sozialpartnerschaft orientierte Politik.

Ebendies gilt auch für den im Dezember 1948 von Anhängern der sozialdemokratischen Sozialistischen Partei ins Leben gerufene Hind Mazdoor Sabha (HMS). 1949 wurde der autonome Vereinigte Gewerkschaftskongreß (UTUC) von kleineren Linksparteien geschaffen. Seit 1970/71 gibt es den von der Kommunistischen Partei Indiens/Marxisten (KPI/M) geführten Kongreß der Indischen Gewerkschaften (CITU).

Gewerkschaftlichen Erfolgen stehen nicht selten restriktive Maßnahmen der Regierung gegenüber. Die Verhaftung des AITUC-Generalsekretärs im Jahr 1970, als die AITUC gemeinsam mit der Kommunistischen Partei Indiens (KPI) eine Landnahmebewegung organisierte, fand häufig Nachahmung.¹¹

Annäherung der Linksparteien

Von großer Bedeutung ist ferner die **indische Friedensbewegung**. Im September und Oktober 1982 folgten über 3 Mio Menschen einem gemeinsamen Aufruf von sechs indischen Parteien, der KPI, der KPI(M), der Revolutionären Sozialistischen Partei (RSP), des Allindischen Vorwärtsblocks, der Demokratischen Sozialistischen Partei und der Bauern- und Arbeiterpartei, zu einer nationalen Friedenskampagne. In dem Aufruf werden der US-Imperialismus und seine Verbündeten als Schuldige an der derzeitigen globalen Kriegsgefahr bezeichnet und die Friedensvorschläge der UdSSR unterstützt.

In einem an den Vizepräsidenten Indiens überreichten Memorandum erklärten die sechs Parteien, daß die Aktivitäten der Friedensbewegung den Kurs der Nichtpaktgebundenheit, wie er von der Regierung Gandhi verfolgt wird, unterstützen. Außerdem forderten sie u.a. die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone, den Abbau der US-Militärstützpunkte auf Diego Garcia sowie die Rückgabe dieser Insel an Mauritius.¹²

Seit der Spaltung der Kommunistischen Partei 1964 gibt es in Indien zwei marxistisch-leninistische Parteien, die KPI und die KPI(M). In den letzten Jahren können beide Parteien einen anhaltenden Mitgliederzuwachs verzeichnen. 1978 betrug die Mitgliederzahl der KPI 546.732, die der KPI(M) dürfte 1982 bei etwa 270.000 gelegen haben.

Seit 1967 kommt es wieder zu einer Annäherung der beiden Parteien, so daß mittlereweile Aktions- und Wahlbündnisse keine Besonderheit mehr sind. Beide Parteien unterstützen die Politik der Nichtpaktgebundenheit I. Gandhis und sehen die Ursache für den kümmerlichen Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit im kapitalistischen Entwicklungsweg, der bis jetzt noch keine soziale Gerechtigkeit zugelassen habe.

Die KPI nannte auf ihrem 12. Parteitag vom März 1982 die von der Regierung seit 1980 verfolgte „neue Industriepolitik“ — sie beinhaltet größere Zugeständnisse an den Privatsektor, besonders an das Monopolkapital, sowie die Annahme eines Kredits von 5,7 Mrd Dollar beim IMF — eine Gefahr für die wirtschaftliche Selbständigkeit. Ihr gegenwärtiges Anliegen ist es deshalb, dieser Gefahr ein umfassendes Aktionsprogramm „für die Durchsetzung grundlegender antiimperialistischer, antimonopolistischer und antifeudaler Maßnahmen“ entgegenzusetzen.¹³

„Jeder Mensch hat das Recht, zu leben, und damit auch das Recht, genügend für Nahrung, Kleidung und Unterkunft zu erwerben... Jeder muß in der Lage sein, genügend Arbeit zu haben, um leben zu können. Dieses Ideal kann nur allgemein verwirklicht werden, wenn die Produktionsmittel für die elementaren Notwendigkeiten des Lebens in der Kontrolle der Massen bleiben“, schrieb Mahatma Gandhi im Jahre 1928.¹⁴

Sein Ideal ist noch immer weit von der Wirklichkeit entfernt, aber dennoch in den Hoffnungen und Kämpfen von Millionen unterprivilegierten Indern lebendig geblieben.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Deutsche Volkszeitung (DVZ), Düsseldorf, 8.7.1982
- 2) Daten nach: Newsweek, New York, 28.2.1983; Die Tageszeitung (TAZ), Westberlin, 20.1. und 23.2.1983; Le Monde, Paris, 25.2.1983; Time, New York, 28.2.1983
- 3) Daten nach: Weltentwicklungsbericht 1982, Hrsg. von der Weltbank, Washington 1982, S. 120 ff.; J. Oesterheld, Bemerkungen zur kapitalistischen Entwicklung in der Industrie und Landwirtschaft Indiens nach Erlangung der staatlichen Selbständigkeit und ihren Auswirkungen auf die Struktur der Bourgeoisie, in: Asien, Afrika, Lateinamerika (AAL), Berlin, Nr. 1/1982, S. 57-69; G. Freitag, Zu einigen außenwirtschaftlichen Aspekten des Industrialisierungsprozesses in Indien, in: AAL, Nr. 4/1977, S. 575-587; E. Schmitt, Indien — Politik, Ökonomie, Gesellschaft, Westberlin 1982, S. 101ff.; Länder der Erde, Köln 1981, S. 247-256; Asia Yearbook 1983, Hongkong; Afrique Asie, Paris, Nr. 290/28.2.1983
- 4) Zit. nach: H. Fischer, Mahatma Gandhi, Berlin 1981, S. 116
- 5) Vgl. J. Heidrich, „Nationale Integration“: gesellschaftspolitisches Konzept der bürgerlich-demokratischen Kräfte in Indien, in: AAL, Nr. 5/1982, S. 845-861
- 6) Wie Anmerkung 3
- 7) Zahlen nach: Weltentwicklungsbericht 1982, a.a.O.
- 8) Wie Anmerkung 2
- 9) Daten nach: Time, 25.10.1982; TAZ, 28.10.1982
- 10) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 8.1 und 2.2.1983; Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 20.1.1983; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 7.1.1983 und 29./30.1.1983
- 11) Siehe ausführlich: E. Schmitt, Indien..., a.a.O., S. 169ff. und W. Hundt, Der Kampf der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Indiens um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt sowie um Aktionseinheit der Gewerkschaften und aller demokratischen Kräfte, in: AAL, Nr. 4/1977, S. 605-614
- 12) Laut: Horizont, Berlin, Nr. 1/1983
- 13) Zit. nach: H.L. Lederer, Die kommunistische Partei Indiens im Kampf für die Freiheit der linken und demokratischen Kräfte und für eine fortschrittliche gesellschaftliche Alternative, in: AAL, Nr. 6/1982, S. 995-1004, hier: S. 1002
- 14) Zit. nach: H. Fischer, Mahatma Gandhi, a.a.O., S. 116



Slum am Rande Bombays (l.); demonstrierende Arbeiter in Bombay

Arjun Makhijani

Indira Gandhis freiwillige Schuldenfalle

Als der indischen Regierung im November 1981 vom Internationalen Währungsfonds (IMF) eine Anleihe von 5,9 Mrd Dollar zugesagt wurde, zählten sich jahrelange Geheimverhandlungen aus.

Diese Anleihe (die in verschiedenen Raten bis 1984 ausgezahlt wird; d. Red.) ist die größte, die der IMF jemals gewährte. Es ist darüber hinaus der größte Geldbetrag, der jemals von einer indischen Regierung aufgenommen wurde. Die Anleihe wird die Auslandsschuld von 11% auf 15% des Nationaleinkommens erhöhen und die mit Indiens Schuldendienst verbundenen Lasten verdoppeln.

Wie gewöhnlich wurde die IMF-Anleihe unter der Voraussetzung gewährt, daß die Regierung gewissen Bedingungen und „Ausführungs-tests“ zustimmte. Diese laufen darauf hinaus, die Interessen der multinationalen Konzerne und der indischen Monopolisten (d.h. einiger großer indischer Konglomerate, die einen Großteil der Industrieproduktion Indiens kontrollieren) zu fördern, mit denen diese Konzerne eng zusammenarbeiten.

IMF-„Medizin“: eine Hungerkur

Das wird auf Kosten der Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen gehen, die jetzt schon arm sind. Es wird noch mehr Hunger und Elend geben. Eine ähnliche Anleihe an Bangladesch fordert schon heute ihren Tribut an Menschenleben in diesem Land.

Das IMF-Paket fordert keine Beschränkung der Militärausgaben. Auch das ist normal – vielleicht erwartet der IMF Proteste, und die Unterdrückung der Proteste durch die Regierung ist ein Bestandteil der IMF-„Medizin“.

Die Bedingungen der Anleihe an Indien und die Interessen, denen die Anleihe dient, sind eine moderne Version der Bedingungen, unter denen die britischen Imperialisten im 19. Jahrhundert Hunger in Indien erzeugten. „Indien muß ausgeblutet werden“, rief Lord Salisbury im Jahre 1875 im britischen Parlament aus. Die Multis Großbritanniens (und nach der Unabhängigkeit die indischen Monopole)

wurden auf den Trümmern der einheimischen indischen Produzenten und auf den Knochen der Millionen geschaffen, die hungerten und immer noch hungern – ein Ergebnis der gründlichen Zerstörung dessen, was in vorbritischer Zeit eines der Zentren der Weltfabrikation war. Heute ist der IMF das Werkzeug der Ausblutung Indiens. (...)

Die allgemeinen Bedingungen, die für die Dauer der gesamten Anleihe gelten, sind folgende:

- Verbot von Einschränkungen im Zahlungsverkehr und laufender internationaler Transaktionen;
- Verbot von Einfuhrbeschränkungen aus Gründen des Zahlungsbilanzausgleichs;
- Verbot von Geschäftsvorgängen in multipler Währung (gemeint sind Währungen außer dem Dollar; d. Red.);
- Verbot von bilateralen Wirtschaftsvereinbarungen, die nicht vom IMF genehmigt sind.

Jede einzelne dieser Bedingungen zielt darauf, es den multinationalen Konzernen zu erleichtern, ihre Märkte in Indien zu erweitern und ihre Profite in den Heimatstaat zurückzuführen. Diese Bedingungen werden dazu beitragen, das Problem des Zahlungsbilanzausgleichs zu verschärfen, und zu einem Abzug von Ressourcen aus Indien führen. Besonders „Ausführungsbestimmungen“, die bis zum 30. Juni 1982 in Kraft waren, umfaßten:

- eine Obergrenze der inländischen Nettokreditaufnahmen von 19,4% in den Jahren 1981-82;
- Beschränkungen des Wachstums der Gesamtliquidität (d.h. des Geldangebots) im Zeitraum 1981-82 auf 15,7% und Beschränkungen der Bankkredite an die Regierung;
- eine Obergrenze von 1,7 Mrd Dollar während der Jahre 1981-82 für die nichtvertragsgebundenen (d.h. die kommerziellen) Regierungsanleihen mit einer ursprünglichen Laufzeit von 1-12 Jahren.

Über diese besonderen Bedingungen und „Ausführungsbestimmungen“ hinaus hat die indische Regierung dem IMF in einem geheimen Memorandum zusätzliche Zusicherungen gemacht. Sie hat sich verpflichtet, „Maßnahmen zu ergreifen, um Investition und Produktion im privaten Sektor zu ermuntern“, übermäßige Reglementierungen



"So, you see, the entire future of the financial system hinges on your capacity for quick recovery."

IMF: „Du mußt einsehen, daß die gesamte Zukunft des Finanzsystems von Deiner Fähigkeit zu einem schnellen Aufschwung abhängt.“ (Aus: International Herald Tribune)

abzubauen, „die Preisstruktur“ von Gütern des staatlichen Sektors und landwirtschaftlichen Erzeugnissen „zu reformieren“ (d.h. die Preise zu erhöhen), die „Subventionierung der staatlichen Brotgetreideverteilung einzuschränken“, „zur Investitionsförderung“ die direkten Steuern zu senken und in Bezug auf die Wechselkurse eine „realistische Politik“ zu verfolgen.

Diese Bedingungen, „Ausführungsbestimmungen“ und Zusicherungen ergeben zusammengenommen offensichtlich die von der Reagan-Administration verfolgte „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik. (...)

Nach den Worten von Prof. Patnaik von der Jawaharlal-Nehru-Universität wird die vom IMF festgelegte Kreditbeschränkung eine „starke Beschneidung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung“ zur Folge haben.

Die Kreditbeschränkung gefährdet kleine und mittlere Unternehmen; viele von ihnen schließen ganz einfach und entlassen ihre Arbeiter. Knappes Geld führt darüber hinaus zu verzögerten Lohnzahlungen, zur Verweigerung von Prämien und Lohnerhöhungen und sogar zu Lohnkürzungen. Die Kreditknappheit zwingt die Regierung, sich durch die Erhöhung der indirekten Steuern und der Preise von Waren und Dienstleistungen des staatlichen Sektors Geld zu beschaffen. Auch die Ausgaben der öffentlichen Hand müssen eingeschränkt werden, was zu verminderten Gehaltserhöhungen und niedrigeren Wohlfahrts- und Unterstützungszahlungen führt. (...)

Während das dürftige Einkommen der Arbeiter auf diese Weise angegriffen wird, wird den multinationalen Konzernen und den indischen Monopolisten mehr Geld zur Verfügung stehen, und zwar sowohl wegen einer „beträchtlichen Liberalisierung“ der Geldtransaktionen mit dem Ausland und der Zahlungen von Lizenzgebühren, als auch wegen der „liberalisierten“ Einfuhrregelungen, denen die Regierung, dem Bericht eines IMF-Mitarbeiter zufolge, zugestimmt hat.

In einer geheimen Denkschrift an den IMF unterstrich der indische Finanzminister Venkataraman, daß er antimonopolistische Verordnungen und inländische Lizenzbestimmungen aufheben und eine Ausdehnung der „Einfuhr ausländischer Technologie“ zulassen wolle. Diese Bedingungen stellen ein unverhülltes „Sesam, öffne dich“ zu höheren Profiten für multinationale Konzerne und indische Monopolisten auf Kosten der Allgemeinheit dar. (...)

„Sesam, öffne dich“ für die Multis

Exporte sollen sogar auf Kosten des inländischen Verbrauchs „gefördert“ werden. Es gibt keine Bedingungen, die Subventionen an Exporteure begrenzen. Zusätzlich zu denjenigen Bedingungen, die die gewöhnliche „Medizin“ des IMF zur Förderung multinationaler Konzerne ausmachen, hat der IMF ein Verbot für bilaterale Zahlungsabkommen aufgestellt. Solche Abkommen sind ein grundlegendes Instrument Indiens im Handel mit den sozialistischen Ländern.

Das Verbot unterläuft sowohl die Wahrungshoheit als auch die Außenpolitik der indischen Regierung, da es zur Verwendung von US-Dollar als Zahlungsmittel in allen indischen Außenhandelstransaktionen zwingt. Dieses Verbot wird auch einen Rückschlag für den beiderseitig vorteilhaften, unabhängigen Handel mit Ländern der Dritten Welt bedeuten.

Das fällt für Indien besonders ins Gewicht, da es, was seine Industrieproduktion insgesamt (wenn auch nicht seine Pro-Kopf-Produktion) betrifft, ziemlich hoch industrialisiert ist.

Eine solche Lücke, die durch den Rückgang dieser bilateralen Abkommen im Markt hinterlassen wird, würde natürlich durch die multinationalen Konzerne ausgefüllt werden. (...)

Die Ausrede der indischen Regierung für die Annahme der IMF-Anleihe bestand darin, daß das gegenwärtige Zahlungsbilanzdefizit, das im Jahre 1981 1,4 Mrd Dollar erreichte, abgebaut werden müsse. Die Bedingungen der IMF-Anleihe sind jedoch so abgefaßt, daß sie

mittel- und langfristig die Zahlungsbilanzprobleme erschweren wird, selbst wenn sie eine Sofortmaßnahme zum Abbau der laufenden Defizite darstellt.

Eine langfristige Strategie zum Abbau der Zahlungsbilanzdefizite erfordert, daß die Einfuhren im Verhältnis zu den Ausfuhren gesenkt werden. Die IMF-Bedingungen fordern jedoch eine gleichzeitige Steigerung der Ein- und der Ausfuhren. Mehr noch, die ohnehin schon mangelhaften Terms of Trade (Austauschbedingungen im internationalen Handel; d. Red.) werden sich unter den auferlegten Bedingungen weiter verschlechtern.

Schließlich war der Protektionismus in den kapitalistischen Ländern einer der grundlegenden Faktoren, die eine Verlangsamung des Exportzuwachses verursachten. All das bedeutet, daß Einfuhren und Profitrückführung in der Tendenz schneller wachsen werden als die Ausfuhren, eine Entwicklung, die noch durch diejenigen IMF-Bedingungen verstärkt wird, die kleine und mittlere Industrien in Indien schwer benachteiligen.

Der Umfang der Ausfuhren wird kaum mit den Einfuhren und den enormen zusätzlichen Schuldendienstleistungen Schritt halten können, die die IMF-Anleihe selbst nach sich zieht.

Alles in allem wird sich Indien bei Beginn der Rückzahlungen der IMF-Anleihe aller Wahrscheinlichkeit nach in größeren Zahlungsbilanzschwierigkeiten befinden, und zwar als eine Folge der Anleihe und ihrer Bedingungen.

Weitere Kapitalanleihen (mittel- und langfristig) werden zweifellos auf die angewachsenen Defizite folgen. (...) Der IMF sieht das voraus und wartet nur darauf, neue Bedingungen aufzustellen, eine Tatsache, die durch die vom IMF verfügten Einschränkungen für Indiens kommerzielle Kreditaufnahme veranschaulicht wird. Diese hindern die Regierung Indiens wirkungsvoll daran, den IMF-Bedingungen durch Zuflucht zu solchen Handelskrediten zu entgehen.

Das Verbot stellt praktisch sicher, daß die Regierung Kredite beim IMF aufnimmt und sich seinen Bedingungen unterwirft. So gesehen ist das Argument von Finanzminister Venkataraman, daß Indien von den IMF-Bedingungen nichts zu befürchten habe, da es ja auf kommerzielle Kreditaufnahmen zurückgreifen könne, auf absehbare Zeit falsch. (...)

(Quelle: CounterSpy, Washington, 6. Jg., Nr. 4/September-November 1982, S. 46-49)

CounterSpy magazine

P.O. Box 647, Ben Franklin Station, Washington, DC 20044

CounterSpy broke the stories first — then the Wall Street Journal, Washington Post, Kabul New Times, Far Eastern Economic Review, TASS, UPI, Barricada and UnoMasUno picked them up.

WHY? See for yourself: SUBSCRIBE!

\$10 one year (five issues) U.S.; \$13 Canada, Mexico; \$25 foreign airmail. Back issues: \$2.60 (add \$1.10 for overseas airmail).

MARCH-MAY 1983: Foreign Intelligence Operations in the U.S.? — The Assassination of Two Seattle Unionists; IRA Gunrunning and the CIA; Soviet "Slave Labor" Charges Examined; Guatemala Interviews; IMF and Vietnam; Eddie Carthan; NATO Nuclear War Plans.

DECEMBER 1982-FEBRUARY 1983: Haiti and the IMF; Secret U.S. Report on Marcos; Reagan's "Protracted Nuclear War" Strategy; AirLand Battle; CIA Lies About El Salvador; CIA Documents on East Timor; U.S. War Plans Against the Soviet Union.

SEPTEMBER-NOVEMBER 1982: Special Supplement on IMF and World Bank; U.S. Army Manuals on Nuclear War; Space Warfare; Chad; Human Experiments for Nuclear War Data.

JULY-AUGUST 1982: Documentary History of U.S. Nuclear War Threats; Secret British Document on IRA; CIA and African Economies.

MAY-JUNE 1982: Reprint of Secret CIA Report About Israeli Intelligence.

Wolfram Brönner

Tendenzwende zugunsten der Regierung Karmal

Im Vorfeld des 27. April 1983, des 5. Jahrestages der Machtübernahme durch die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA), zeichnete sich im Afghanistan-Konflikt eine Tendenzwende zugunsten der Regierung Karmal ab. Die Weichen für die erste Verhandlungsrunde zwischen den Regierungen Afghanistans, Pakistans und des Iran scheinen gestellt. Eine Entwicklung, die von den Anrainermächten Indien und Sowjetunion nachdrücklich unterstützt wird, nicht aber von der VR China und den USA.

Die härtesten Gegenspieler eines Entspannungsprozesses am Hindukusch kommen zweifelsohne aus den Reihen der Reagan-Administration. Immerhin hat sie dem Regime des General Zia ul-Haq für die nächsten sechs Jahre gerade 3,2 Mrd Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe zugesagt, die Lieferung von 40 der modernsten US-Kampfflugzeuge des Typs F-16 inbegriffen.

Reagans „Stachel im Fleisch der UdSSR“

Als Entgelt verlangt Washington, daß der „Frontstaat“ Pakistan seinen wichtigsten Auftrag erfüllt, der ihm im Rahmen des globalen US-Konfrontationskurses zugewiesen ist: Er hat den Spannungszustand an der afghanisch-pakistanischen Grenze aufrechtzuerhalten, um – so der offizielle Sprachgebrauch der Regierung Reagan – für die mit Truppen engagierte Sowjetunion (derzeit geschätzte 105.000 Mann) den weltpolitischen „Preis der Intervention in Afghanistan hochzutreiben“.

Auf 20-30 Mio Dollar werden allein die Rüstungsgüter geschätzt, die Washington jährlich über ägyptische Kanäle an die afghanischen „Freiheitskämpfer“ (R. Reagan) liefern läßt. Außerdem stellten die USA seit 1979 rund 217 Mio Dollar (für die Jahre 1982 und 1983 jeweils 27,15 Mio Dollar) für die afghanischen Flüchtlingslager in Pakistan bereit, welche unmittelbar von den Rebellen kontrolliert werden. Aus Beständen der USA, Ägyptens und der Volksrepublik China erhielten diese im vergangenen Jahr zunehmend auch moderne Waffen, von panzerbrechenden Granatwerfern bis hin zu Luftabwehrraketen des Typs SAM 7.

Pakistan fördert nicht nur diese Waffenströme durch sein Territorium, sondern duldet auch rund 80 Ausbildungslager der Rebellen im Grenzbereich zu Afghanistan, ihre Zentrale im ostpakistanischen Peschawar, wo US-Militärberater ein- und ausgehen, sowie ihren schwunghaften Drogenhandel. Der „Frontstaat“ erhält dafür, abgesehen von Ronald Reagans offiziellem Hilfspaket, jährlich 1 Mrd Dollar von Saudi Arabien und – für das Jahr 1983 – die stattliche Summe von 1,4 Mrd Dollar vom Internationalen Währungsfonds (IMF).¹

Im Vorjahr hat R. Reagan mit der Proklamierung des 21. März zum „Afghanistan-Solidaritätstag“ seine Entschlossenheit unterstrichen, den afghanischen Rebellen zu erhöhter Schlagkraft und Salonfähigkeit zu verhelfen. Seinem Anliegen, die US-Militärhilfe für die afghanischen Verbündeten noch zu erhöhen, wurde im Herbst 1982 durch einen Senats-Entscheid stattgegeben. Ende Dezember 1982 bekräftigte der US-Präsident, seine Regierung werde weder in ihrer „Unterstützung nachlassen noch dieses Volk und seine Sache der Freiheit im Stich lassen“.²

Um das Festhalten an einer militärischen Lösung zu rechtfertigen und den Afghanistan-Konflikt als „Stachel im Fleisch der UdSSR“ (F. Mitterrand) zu bewahren, setzt Washington ferner unverdrossen seine Kampagne über eine angebliche chemische Kriegsführung der Sowjetunion auf afghanischem Boden fort: „Wir haben überzeugende Beweise“, so insistierte R. Reagan am 26. Dezember 1982, „für den Einsatz chemischer Waffen seitens der Sowjets gegen Afghanistan.“

Und dies wenige Tage nach dem Urteilspruch des Afghanistan-Tribunals von Paris, das den in Afghanistan stationierten sowjetischen Truppen zwar „fortgesetzte Kriegsverletzungen“ zur Last legte, aber jene dort vorgelegten „überzeugenden Beweise“ – darunter drei sowjetische Gasmasken – für die sowjetische Anwendung von Gift oder bakteriologischen Kampfstoffen als nicht ausreichend be-



200 000 demonstrieren im Januar d. J. in Kabul gegen Reagan, für die Regierung Karmal

fand.³

Ebenso beharrlich hält die Reagan-Administration an ihrem Trugbild von der Gesamtlage in Afghanistan fest. Laut einem Bericht des State Department soll sich die „Aktivität der Freiheitskämpfer ... in den letzten Monaten selbst in der Hauptstadt Kabul ... und außerhalb der Stadt in dramatischer Weise verstärkt“ haben. Behauptet wird weiter, die Regierung Karmal habe sich als „unfähig“ erwiesen, Volksmilizen und „die afghanische Armee wieder aufzubauen“.⁴ In Wirklichkeit gibt es eher gegenteilige Anzeichen und Beobachtungen, die Besucher unterschiedlichster Schattierungen vermehren. Sie zeichnen ein Bild, das eine Kräfteverschiebung zugunsten der VDPA-Regierung signalisiert.

Stärkezuwachs der Rebellen – eine Fiktion

Schwedische Reporter der Svenska Dagbladet, die im Herbst 1982 das Land am Hindukusch besuchten, registrierten: „Obgleich es Explosionen, Schüsse und Artilleriefeuer während der Nacht und gelegentlich am Tag gab“, machte der zentrale Landesteil „einen verhältnismäßig ruhigen Eindruck“. Auffällig fanden sie weiter, daß die Regierung Waffen und Munition an „zivile Selbstverteidigungsgruppen“ (Volksmiliz) ausgab, welche sich „aus der Zivilbevölkerung bildeten, die sich gegen die oft unerhörten Forderungen der Rebellen an Geld, Obdach und Nahrung auflehnte... Eine allgemeine Sicht – auch in westlichen Kreisen in Kabul – ist die, daß die kriminelle Verhaltensweise unter den Guerilla-Gruppen in den letzten Monaten beträchtlich zugenommen hat.“ Alles zusammengenommen, so meinen die skandinavischen Beobachter, „gibt es keine Anzeichen dafür, daß das Regime Babrak Karmals nicht fest im Sattel sitzt.“⁵

Auch zur Jahreswende (1982/83) gab es vereinzelte Anschläge bis in städtische Zentren hinein. Beispielsweise registrierte man am 25. und 27. Dezember 1982 Raketenangriffe auf die sowjetische Botschaft, in der zweiten Februarhälfte d.J. einen Sabotageakt auf das Stromnetz in Kabul. Aber alles in allem hat sich der Trend verstärkt, den pakistanische wie westliche Nachrichtendienste schon im Frühjahr 1982 feststellten, nämlich „daß der afghanische Widerstand allmählich schwächer wird. Man spricht von hier und da aufflackernden 'Buschfeuern'. Zu mehr sind die Mudschahedin offenbar nicht mehr in der Lage.“⁶

Indische und britische Beobachter berichten übereinstimmend, daß die afghanische Armee allein (zu ihr kommen Zehntausende Milizionäre hinzu) wiederum eine Stärke von 50.000 bis 80.000 Mann erreicht habe, daß sie funktioniere und eine deutlich verbesserte Kampfmoral erkennen lasse. Das zeigen im übrigen auch der Rückgang von Desertionen und die wachsende Zahl militärischer Erfolge gegen die Rebellen im vergangenen Jahr an.

Im strategisch wichtigen Pandjshir-Tal, einer Rebellen-Hochburg rund 80 km nördlich von Kabul, wurde den Rebellen im Herbst 1982 in ausgedehnten Kämpfen von afghanisch-sowjetischen Einheiten eine empfindliche Niederlage beigebracht, ihre Stützpunkte weitgehend zerstört. Im Oktober 1982 gelang es den Regierungstruppen bei einem Rebellen-Angriff auf die Festung Balahissar im Zentrum Kabuls, deren bekanntesten städtischen Anführer Abdul H. Khair-Khawa, einen ehemaligen Polizeioffizier, zu töten.⁷

Auch in der östlichen Grenzprovinz Paktia zogen die Rebellen bei Kämpfen, die um Regierungsposten an der Nachschublinie zu Pakistan entbrannten, den Kürzeren. Gazan Gul, der dort 200 Rebellen kommandiert, bestätigte, man habe die bislang größten Verluste erlitten, und schlußfolgerte: „Die Russen greifen schärfer an als je zuvor. Wir können sie zwar mürbe machen, aber nicht militärisch besiegen. Darum wird der Krieg noch lange dauern.“⁸

In der angrenzenden Südostprovinz Kandahar sieht die Lage kaum besser für die „Moslemkrieger“ aus. „Der Widerstand hat in dem Gebiet einen Rückschlag erlitten“, berichtet der britische Korrespondent John Fullerton. „Die Kämpfe dauern an, aber die Sicherheitskräfte sind umsichtig und haben die Lage zu einem gewissen Grad stabilisiert, indem sie 60 oder mehr Posten in und um die Stadt (Kandahar) errichtet haben. Drei sowjetisch-afghanische Basen wurden entlang der Hauptnachschubroute der Guerilleros in diesem Raum, bekannt als Argashtan, geschaffen. Diese haben eine doppelte Funktion: die Verbindungen der Guerilla zu unterbrechen, und, was noch wichtiger ist, die Guerilleros von lukrativen Angriffszielen abzubringen und in fruchtlosen Einzelgefechten aufzureiben – weit ab von den Straßen und Bevölkerungszentren. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kontrollieren die Guerilleros nur jene Gebiete, welche die Sicherheitskräfte wahlweise nicht besetzen.“

Keine Region ist wie die andere in Afghanistan, aber die Lage in der Provinz Kandahar gibt wichtige Aufschlüsse für den Krieg als Ganzes. Trotz der auffälligen Zunahme seines Waffenbestandes hat sich der Widerstand als nicht fähig erwiesen, den Krieg über ein instinktives und örtliches Reagieren auf die Sicherheitskräfte hinaus weiterzuentwickeln. Die Guerillaoperationen sind nach drei Jahren irregulärem Krieg in keiner Weise entscheidend.⁹

Unter den Ursachen für diese Rückschläge ist zunächst einmal das Andauern großer Rivalitäten und Uneinigkeit unter den Rebellen-Gruppierungen zu nennen. Eine gemeinsame politische Plattform brachten sie nicht zustande. Immer wieder kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen untereinander, die besonders von G. Hekmatjars fundamentalistischer Islamischer Partei ausgehen. Die sechs Exilführungen



Afghanistans Bauern brachte die Aprilrevolution die Befreiung von Fron und Schuldknechtschaft und eigenen Boden

Gespräch mit Abdul Ghafar Lakanwal

Die Agrarreform geht weiter



Im bettelarmen Afghanistan, in dem über 80% der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, kommt der Agrarreform eine ausschlaggebende Rolle im revolutionären Veränderungsprozeß zu. Zu ihrem Stand und den nächsten Schritten befragte Harald Meinke Ende 1982 den afghanischen Minister für Landwirtschaft und Bodenreform, Dr. Abdul Ghafar Lakanwal, der Mitglied des Revolutionsrates und des Exekutivrates der Nationalen Vaterländischen Front Afghanistans ist.

FRAGE: Keine schlechte Überraschung. Ausgerechnet ein Absolvent einer bundesdeutschen Hochschule „macht“ in Afghanistan jetzt Revolution. Das paßt so gar nicht in das Bild, das man sich im Westen von der Regierung Karmal in Kabul macht.

A.G. LAKANWAL: Ja, das ist richtig, ich habe in der Bundesrepublik Deutschland studiert, an der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim in Stuttgart. Während dieses Studiums hatte ich die Möglichkeit, mich intensiv mit der landwirtschaftlichen Entwicklung in Afghanistan zu beschäftigen.

Die Frage lautete für mich: Welche Chancen gibt es, die Verhältnisse auf dem Land in Afghanistan zugunsten der kleinen Bauern, der Landlosen und der Nomaden zu verändern.

FRAGE: Wie sahen denn die Verhältnisse auf dem Land vor der April-Revolution (1978) aus?

A.G. LAKANWAL: Hemmend für die weitere Entwicklung wirkten folgende Faktoren: die feudalistischen und präfeudalistischen Besitzverhältnisse, dann die Stammesbedingungen, Formen traditioneller Bewirtschaftung in der Landwirtschaft und die insgesamt ungünstige Agrarstruktur.

Wir mußten uns also zunächst die Frage stellen: Mit welchen Strategien wollen wir welche Ziele erreichen, um diese Verhältnisse zu ändern. Das Ziel: die Ungerechtigkeit in den Produktionsverhältnissen muß beseitigt werden. Daraus folgt, daß man sich Gedanken über eine wirkliche Agrarreform machen muß und Gedanken über die Organisation der Bauern auf dem Lande.

FRAGE: Soweit das Ziel. Wie sahen die ersten konkreten Schritte auf dem Weg zu diesen Vorstellungen aus?

A.G. LAKANWAL: In der ersten Etappe der demokratischen Bodenreform wurden insgesamt 600.000 Hektar (ha) Land an 269.000 Familien Landloser, Landarbeiter und Nomaden verteilt. Weitere 40.000 ha Land wurden in Staatsfarmen umgewandelt, damit wir endlich auch in Afghanistan Großbetriebe mit Nutzflächen haben, die den Einsatz moderner Technik wirtschaftlich machen. Von diesen Staatsbetrieben gibt es zur Zeit etwas mehr als 30.

FRAGE: Man könnte zynisch sagen: Hat Ihre Regierung nicht schon Probleme genug in Afghanistan, muß sie durch die Enteignungen auch noch die Landbesitzer gegen sich aufbringen?

A.G. LAKANWAL: Mit der Bodenreform haben wir die Klassenauseinandersetzung auf dem Land verschärft. Das ist für eine Übergangszeit sicher richtig.

Man sah es daran, daß während der Durchführung der Bodenreform von denjenigen, die ihre Privilegien und ihre Macht verloren haben, den Großgrundbesitzern, verstärkte Aktivitäten durchgeführt worden sind, konterrevolutionäre Aktivitäten gegen die Bodenreform.

FRAGE: Sie sprechen von feudalistischen Verhältnissen in Afghanistan, von Großgrundbesitzern. Können sie uns Zahlen nennen, die dieses Bild illustrieren?

A.G. LAKANWAL: In unserem Land sind 4,5 Mio ha in Privatbesitz. Vor der Bodenreform waren mehr als 30% dieses Bodens in der Hand von nur 3% Landbesitzern (derzeit bewirtschaftet: 4,9 Mio ha, insgesamt bewirtschaftbar: 7,5 Mio ha).

FRAGE: Nun hat sich ja in anderen Ländern gezeigt, daß alleine mit der Umverteilung des Bodens keine Bodenreform zu verwirklichen ist. Welche Maßnahmen hat Ihre Regierung unternommen, um den Bauern nach der Landvergabe auch die Möglichkeit zu schaffen, den Boden zu bewirtschaften?

A.G. LAKANWAL: Es ist ohne Zweifel notwendig, daß wir die Landwirtschaft stärker mechanisieren. Dafür bauen wir Mechanisierungs-Stationen, die mit Traktoren ausgerüstet werden, wenn Sie wollen Traktorenstationen. Insgesamt sieben solcher Großstationen haben wir bis heute mit Hilfe der Sowjetunion in den Provinzen aufgebaut.

Dort können private Bauern Traktoren und Combines ausleihen, die sie für die Ernte und die Bestellung brauchen. Für uns stellt sich aber auch gerade die Frage nach Genossenschaften. Für die effektivere Nutzung des Bodens ist es einfach notwendig, daß diese Leute, die Land erhalten haben, sich in Genossenschaften organisieren, ganz auf freiwilliger Basis.

1.222 Genossenschaften gibt es schon, mit 193.000 Mitgliedern. Diese Bauern arbeiten mit der revolutionären Regierung zusammen und verteidigen die Revolution. 15.000 dieser Bauern haben inzwischen zu den Waffen gegriffen und sich in Komitees zur Verteidigung der Revolution organisiert.

FRAGE: Machen Sie sich über die Verbesserung der Erträge Gedanken? Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen?

A.G. LAKANWAL: Im vergangenen Jahr konnten wir über 100.000 Tonnen (t) Stickstoffdünger an die Bauern verteilen und gleichzeitig auch über 10.000 t qualitativ hochwertiges Saatgut, Weizensaatgut. Die Erträge konnten erhöht werden.

Die Frühjahrsbestellung 1982 war erfolgreicher als wir erwartet hatten. Wir konnten 3,5% mehr Flächen bewirtschaften, als im Plan vorgesehen waren. In der Herbstkampagne lieferten wir den Bauern noch einmal 60.000 t Dünger und weitere 7.000 t Weizensaatgut.

FRAGE: Ein teures Programm für Ihre Regierung.

A.G. LAKANWAL: Zunächst, wir bekommen jährlich 5.000 t Weizensaatgut und 15.000 t Dünger aus der Sowjetunion, ohne dafür zu bezahlen. Man sollte das einmal erwähnen.

Wir jedenfalls sind der Sowjetunion für diese Hilfe sehr dankbar.

FRAGE: Die Bodenreform ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. In Ihrem Büro türmen sich die Unterlagen von Projekten und Plänen für die Zukunft. Mit Ihrem Amtsantritt im September 1982 wurde die zweite Phase der Bodenreform eingeläutet. Wie geht es weiter mit der Landreform in Afghanistan?

Enteignung der restlichen Großgrundbesitzer

A.G. LAKANWAL: Wir wollen zunächst die technische Basis der Genossenschaften verstärken.

Dann haben wir uns in dieser Etappe der demokratischen Bodenreform das Ziel gesetzt, für 100.000 Familien landloser Arbeiter und Landarbeiter etwa 100.000 ha Land zu vergeben. Wir werden jetzt die Großgrundbesitzer, die bislang noch nicht enteignet worden sind, entschädigungslos enteignen.

FRAGE: Wieviele sind davon betroffen?

A.G. LAKANWAL: Ungefähr 7.000.

FRAGE: Wie funktioniert die Bodenreform eigentlich praktisch?

A.G. LAKANWAL: Wir haben im Moment etwa 30 operative Gruppen in 12 Provinzen unterwegs, die Landvermessungen usw. durchführen. Dann gibt es in den Tälern etwa 230 revolutionäre Bauernkomitees, die sich mit der Landverteilung beschäftigen.

D.h. diese Komitees, in denen die Vertreter der verschiedenen sozialen Schichten mitarbeiten, Bauern, Kleinlandbesitzer, Landarbeiter, Landlose, Vertreter der Geistlichen und der Stammesführer, diese Komitees werden demokratisch gewählt und auch demokratisch geführt. Diese Komitees arbeiten zusammen mit Männern vom Katasteramt und den operativen Gruppen des Ministeriums.

Weitere 300 bäuerliche Komitees haben sich gegründet, die ausschließlich für die Wasservergabeberechtigte verantwortlich sind. Denn wir möchten in dieser Phase der Landreform nicht nur das Problem Boden lösen, sondern wir betrachten als wichtigen Faktor bei der Erhöhung der Produktion auch das Problem der Wasserrechte.

in Peschawar tragen erbitterte Kämpfe um ihre Anteile am internationalen Hilfskuchen aus.

Sie behindern so zusätzlich, aus Gründen der Bereicherung oder des Gruppenegoismus, eine militärische Koordination der Rebellen im Innern Afghanistans. Aus denselben Gründen beeinträchtigen die Führer in Peschawar den Nachschub mit – reichlich vorhandenen – Waffen und Nahrungsmitteln an die Rebellenverbände im Kampfgebiet.

Eine weitere Ursache besteht darin, daß die Regierung Karmal mit ihrer Politik der nationalen Aussöhnung und des Bemühens um eine politische Verhandlungslösung sichtlich vorankommt. Seit der Gründung der Nationalen Vaterländischen Front im Juni 1981 ist ihre Zusammenarbeit mit der Geistlichkeit ebenso gediehen wie mit den kriegerischen Stämmen der Paschtunen, die in den Grenzabschnitten zu Pakistan heute weitgehend militärische Kontrollfunktionen gegenüber einfallenden Rebellen übernommen haben. Hinzu kommt, daß sich in den Städten und ihren Einzugsgebieten unter der Bevölkerung eine allgemeine Kriegsmüdigkeit und Befürwortung einer politischen Lösung breitmacht, gepaart mit einer loyaleren Haltung gegenüber den Reformschritten der Regierung Karmal.

Infolgedessen schwindet die Basis der ohnedies verhandlungsunwilligen „heiligen Krieger“. Die Tatsache, daß sie ihre Anschläge gerade gegen Reformsymbole wie Schulen, Lehrer, landwirtschaftliche Genossenschaften, Industriebetriebe oder medizinische Einrichtungen richten und weiterhin schweren wirtschaftlichen Schaden verursachen, dürfte auf Dauer diesen Trend noch verstärken.

Der Wunsch nach Wiederherstellung des Friedens und sozialen Veränderungen erfaßt zusehends breitere Kreise der afghanischen Bevölkerung, was eine erhöhte Bereitschaft zur Selbstverteidigung unter Arbeitern und Bauern, deren Unterstützung für die Agrarreform (siehe Interview mit Abdul G. Lakanwal) oder das Vorankommen bei der Alphabetisierung veranschaulicht.

Die Zahl der Menschen, die sich auf freiwilliger Basis an den Alphabetisierungskursen beteiligen, erhöhte sich von 500.000 im Jahr 1980 auf 632.000 im Jahr 1982. Und das, obgleich 1981/82 mehr als 1.200 Schulen bei Rebellenüberfällen zerstört wurden.

Von wachsendem Zuspruch für die Regierung Karmal zeugt schließlich die Demonstration vom 2. Januar d.J. in Kabul, bei der rund 200.000 Menschen vor der US-Botschaft gegen den „Reagan'schen Interventionismus“ protestierten. Am Tag zuvor hatte VDPA-Generalsekretär Babrak Karmal erklärt, daß es der Regierungspartei nun, nachdem sie eine schwierige Phase hinter sich gebracht habe, gelungen sei, ihre Einheit wiederherzustellen, sowie ihre soziale Basis und die Gesamtlage im Lande verhältnismäßig zu stabilisieren.¹⁰

Obwohl die Mordanschläge der Rebellen bevorzugt gegen VDPA-Parteimitglieder gerichtet sind, hat sich ihre Zahl von 18.000 zur Zeit der Aprilrevolution auf mittlerweile über 80.000 erhöht.

Schritte hin zu einer Verhandlungslösung

Das pakistanische Militärregime unter Zia ul-Haq macht im übrigen kein Hehl daraus, daß seine Bereitschaft, in Vorverhandlungen mit der Regierung Karmal einzutreten, sich wesentlich aus seiner Enttäuschung über die afghanischen Rebellen ergab.

Angesichts ihrer militärischen Rückschläge im vergangenen Jahr werden die rund 2,2 Mio afghanischen Flüchtlinge in Pakistan (laut Angaben der UN-Flüchtlingshilfeorganisation) zu einer schweren inneren Belastung, die von der demokratischen Opposition gegen das Zia-Regime gewendet wird. Die pakistanischen Opponenten machten Druck, um Zia ul-Haq

zu einer Einwilligung in einen Dialog mit Kabul zu bewegen. Im Juni 1982 waren, unter Vermittlung des kolumbianischen UN-Sonderbeauftragten Diego Cordovez, in Genf Gespräche zwischen den Außenministern Pakistans und Afghanistans über eine politische Verhandlungslösung eröffnet worden. Der Iran, der sich bis dahin allen Kontakten verschlossen hatte, die ohne Beteiligung der afghanischen Rebellen stattfanden, ist inzwischen gleichfalls an den Cordovez-Vermittlungsgesprächen über eine gemeinsame Konfliktlösung beteiligt.

Für die Regierung Karmal ist die Verpflichtung der Gegenseite zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans die Schlüsselfrage des Diskussionsprozesses. Der pakistanisch-iranischen Seite geht in erster Linie um den Abzug der sowjetischen Truppen und um die Rückführung der afghanischen Flüchtlinge (im Iran sollen es ca. 1 Mio sein) in ihre Heimat.¹¹

Der von D. Cordovez ausgehandelte Entwurf, der beim bevorstehenden Übergang zu offiziellen Verhandlungen als Grundlage dienen soll, umfaßt vier Punkte:

1. gegenseitige Garantien für die Beendigung der Einmischung in militärischer und anderer Hinsicht;
2. internationale Garantien hierfür seitens der USA, der UdSSR und anderer Länder;
3. freie Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge und Sicherheiten für ihre Rechte;
4. einen Zeitplan für den Abzug der sowjetischen Truppen auf der Grundlage einer Übereinkunft zwischen Afghanistan und der Sowjetunion, der begänne, sobald die drei ersteren Punkte eingelöst sind.¹²

Freilich gibt es eine Reihe von Unbekannten, die baldige Fortschritte einer solchen politischen Verhandlungslösung durchkreuzen könnten. Da wäre zum einen die Gegensteuerung der Reagan-Administration; die um ihres globalen Konfrontationskurses willen nicht ernsthaft an einer Beilegung der Afghanistankrise interessiert ist. Sie vermag, allein schon aufgrund ihres Milliarden-Pakets an Wirtschafts- und Militärhilfe für den „Frontstaat“ Pakistan, Zia ul-Haq Regime mächtig unter Druck zu setzen.

Zum anderen muß auf eine einflußreiche Gruppierung innerhalb des pakistanischen Offizierskorps verwiesen werden, die auf eine Kriegeskalation gegen die Demokratische Republik Afghanistan drängt und eine direktere Anleitung der afghanischen Rebellen durch die pakistanische Armee anstrebt. Es versteht sich, daß dieser ultrarechte Flügel der pakistanischen Militärs die in greifbare Nähe gerückte politische Verhandlungslösung entschieden bekämpfen wird.

Ein schneller Frieden steht demnach kaum zu erwarten.

Anmerkungen:

- 1) Daten nach: Afrique Asie (AA), Paris, Nr. 289/14.2.1983; Amerika Dienst (AD), Hintergrundmaterial, Bonn, 5.1.1983; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 21.12.1982; Time, New York, 13.12.1982
- 2) Zit. nach: AD, Dokumentation, 5.11.1982
- 3) Ebenda und Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.12.1982
- 4) So ein Bericht des US-Außenministeriums vom Januar 1983, in: AD, Hintergrundmaterial, 5.1.1983
- 5) Zit. nach: CounterSpy, Washington, Jg. 7, Nr. 2, Dezember 1982 – Februar 1983, S.29
- 6) Nach: Le Monde (LM), Paris, 4.1. und 26.2.1983; FAZ, 6.3.1983
- 7) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 24.12.1982; TAM, Nr. 28/17.7.1982; IHT, 19.11.1982; Croissance, Brüssel, Nr. 245/Dezember 1982; Patriot, Delhi, 2.11.1982
- 8) Stern, 6.1.1983
- 9) FEER, 24.12.1982
- 10) Daten nach: TAM, Nr. 28/17.7.1982; Sowjetunion heute, Nr. 12/1982; IHT, 21.12.1982; LM, 4.1.1983
- 11) Daten nach: LM, 26/27.12.1982; IHT, 8.12.1982; FEER, 10.2.1983
- 12) Laut: AA, Nr. 289/14.2.1983

Absender:

Ich fordere Sie auf, die sechs zum Tode verurteilten Freiheitskämpfer unverzüglich zu begnadigen und ihnen den Status von Kriegsgefangenen entsprechend der Genfer Konvention zuzuerkennen.

I urgently demand to reverse the death sentences for the six South African freedom fighters and to grant them Prisoner of war status according to the Geneva Conventions.

.....
(Unterschrift)

90 Pf

Luftpost
Airmail

P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten geworben

Mein Name:

Meine Adresse:

Mein Prämienwunsch:

.....

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

.....
Name

.....
Adresse

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg



Bestellliste

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
—	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
—	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
—	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
—	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
—	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
—	Silberkettchen, dazu passend	7,00	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
—	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
—	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
—	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“
mit 15 Plakaten aus dem freien
Nicaragua, DIN A3, alle Plakate
mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadoriani-
schen Künstlers Rafael Cabrera,
5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Ge-
dichten von Neruda, Cardenal,
Vega, DIN A4 Überformat, s/w,
Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhängerkette ASK-Taube aus Silber,
Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber,
an Kettchen mit Stecker,
Paar 27,50 DM

Anhängerkette ASK-Taube aus Ton,
braun oder blau, Stück 5,— DM

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1

AIB-Prämienangebot

Abonnenten werben Abonnenten

Wir bitten unsere Leser um Unterstützung bei der Werbung neuer Abonnenten. Jeder AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bekommt von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl aus dem unten aufgeführten Titelangbot. Erfolgreiche Werber erhalten die gewünschte Prämie umgehend zugesandt, wenn sie selbst Abonnenten sind und der neue Abonnent das Abo bezahlt oder die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt hat.

Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Brönner/Heinz-Jürgen Nieth
Der Kampf um El Salvador.
Volkserhebung und Intervention
260 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

Guatemala.
Der lange Weg zur Freiheit
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing
Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)
Der Reagan Report.
Weltmacht USA in Nöten
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei — Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt
Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld
Land der Reisfelder.
Vietnam, Laos, Kampuchea
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ana Guadalupe Martínez
Die geheimen Kerker El Salvadors.
Das Zeugnis der Comandante Guerillera
205 Seiten, Lamuv 1982

Marianne Cornevin
Apartheid
Mythos und Wirklichkeit
192 Seiten, Hammer 1981

Aufstehn!
Für den Frieden
158 Seiten, Lamuv 1982

Dieter Boris/Renate Rausch (Hg.)
Zentralamerika
Guatemala, El Salvador, Honduras
Nicaragua, Costa Rica
405 Seiten, Pahl-Rugenstein 1983

Ernesto Cardenal
In Kuba. Bericht von einer Reise
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
Befreiungsbewegungen in Afrika.
Politische Programme . . .
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Fritz Noll/Lionel van der Meulen (Hg.)
Buenos Dias Cuba
Reiseführer
190 Seiten, Lamuv 1982

AKAFRIK/DEAE (Hg.)
Südafrika-Handbuch
Südafrika, Namibia und Zimbabwe
437 Seiten, Jugenddienst 1982

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika.
Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Frederik Vahle
Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
240 Seiten, Lamuv 1981

Horst-Eckart Gross/Klaus-Peter Wolf
CHE. Meine Träume kennen keine Grenzen
218 Seiten, Weltkreis 1982

Gabriel García Márquez
Die Geiselnahme
112 Seiten, Hammer 1982

Prämien für 2 geworbene Abonnenten:

Peter Krieg
Der Mensch stirbt nicht am Brot allein.
Lesebuch zum Film „Septemberweizen“
192 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen die wir lieben
Gedichte. Mit Bildern aus Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

C. Rincon/K. Tebbe (Hrsg.)
Nicaragua.
Vor uns die Mühlen der Ebene
224 Seiten, Hammer Verlag 1982

Autorenkollektiv
Länder der Erde.
Politisch-ökonomisches Handbuch
7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

AKAFRIK und Zentrale Arbeits- und Studienstelle der DEAE (Hg.)
SÜDAFRIKA
HANDBUCH



SÜDAFRIKA · NAMIBIA · ZIMBABWE

POLITISCHES LEXIKON
BAUSTEINE FÜR AKTIVE SCHULE UND ERWACHSENENBILDUNG
FILME, MUSIK, SPIELE, LITERATUR
Jugenddienst Verlag



Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein

DER MOHR Gibt es
Rassismus
in der
Bundes-
republik?
HAT SEINE
SCHULDIGKEIT
GETAN

Eine Streitschrift von
Peter Schütt



Walid Burhani

Klarer PLO-Kurs in Algier

Knapp ein halbes Jahr nach der Schlacht um Beirut, die mit dem ehrenvollen Abzug der Guerilleros der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu Ende gegangen war, beriet am 14.-22. Februar 1983 in Algier das palästinensische Exilparlament über die künftige Marschroute der PLO. Daß die rund 350 Delegierten, die sich zu dieser 16. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates einfanden, alle palästinensischen Organisationen repräsentierten, war an sich schon von Bedeutung. Denn im Anschluß an den israelischen Libanonkriegszug vom Juni-August 1982 war es in den Reihen der PLO zu kontroversen Strategiediskussionen und zu verschiedenen Initiativen gegen den Kurs gekommen, den der Vorsitzende des PLO-Exekutivkomitees, Yassir Arafat (Al Fatah), eingeschlagen hatte.

Die Kritik hatte sich gegen Y. Arafats Kompromißbereitschaft gegenüber politischen Lösungsvorschlägen zum Nahostkonflikt vom September 1982 gerichtet. Dies betraf sein Ja zu den Initiativen des Arabischen Gipfels in Fes, des sowjetischen Staatsoberhauptes Leonid Breschnew sowie zu neuen Momenten im Reagan-Plan (Möglichkeit einer jordanisch-palästinensischen Föderation); Wortlaut all dieser Vorschläge in: AIB 11-12/1982, S. 6-9.

Y. Arafat – Symbol der Eigenständigkeit

Kurz vor der Tagung von Algier waren sechs palästinensische Organisationen, darunter die Volksfront (PFLP, Vorsitz G. Habbash), die Demokratische Front (DFLP, Vorsitz N. Hawatmeh) und das PFLP-Generalkommando (Vorsitz A. Jibril), in Tripolis/Libyen zusammengetroffen. Dort hatten sie mehrere maximalistische Erklärungen verabschiedet, einschließlich einer Ablehnung des Friedensplans von Fes. Die prosyrischen Gruppierungen Al Saikah und PFLP-Generalkommando zogen gleichzeitig die Person Y. Arafats als PLO-Führer in Zweifel. Diese Herausforderung Yassir Arafats veranlaßte westliche Beobachter zu der Prognose, der 16. Palästinensische Nationalrat (PNC) werde mit einer Spaltung der palästinensischen Dachorganisation enden.

Doch es kam ganz anders. Die PNC-Tagung von Algier brachte nicht nur eine Festigung der nationalen Einheit, sondern auch eine Bestätigung der Person des Kurses Yassir Arafats. Mehr noch, es muß von der Stärkung seiner Position ausgegangen werden, da er zum ersten Mal direkt vom Forum des PNC zum Vorsitzenden des 14köpfigen PLO-Exekutivkomitees gewählt wurde.

Yassir Arafat war und bleibt die Symbolfigur der palästinensischen Einheit und – was angesichts der veränderten Ausgangslage nach dem Abzug der Guerilla aus Beirut und dem Südlibanon von erhöhter Bedeutung ist – der unabhängigen Entscheidungsfähigkeit, der wirklichen Eigenständigkeit der PLO.

Seit dem Libanonkrieg 1975/76 war der Druck insbesondere Syriens, dessen Truppen im Libanon weitgehend das Sagen



Führer der stärksten PLO-Organisationen in Algier (v.l.n.r.): Y. Arafat, G. Habbash, N. Hawatmeh

hatten, auf die Führung der PLO eigentlich das Moment, das ihrer Eigenständigkeit die empfindlichsten Wunden schlug. Der Libanonkrieg 1982 bewirkte, da Syrien faktisch die PLO in ihrem Verteidigungskampf alleine ließ und PLO-Kämpfer nun nur noch im ostlibanesischen Bekaa-Tal auf die Loyalität syrischer Truppen angewiesen sind, daß sich der objektive Spielraum der PLO gegenüber dem baathistischen Assad-Regime eher vergrößert hat.

Insofern schrieb die Tagung von Algier den geschwundenen Einfluß Syriens auf den palästinensischen Widerstand fest,

wenngleich die PLO Syrien weiterhin als wichtigsten verbündeten Frontstaat im Nahostkonflikt ansieht.

Hinter Yassir Arafat stellten sich in Algier erwartungsgemäß die PLO-Organisationen Al Fatah und die unabhängigen Delegationen des „radikalen“, marxistisch orientierten Flügels, die FPLP und DFLP. Georges Habbash betonte die „kategorische Ablehnung“ des Reagan-Plans und meldete Bedenken gegen Punkt 7 des Friedensplans von Fes an, der die implizite Anerkennung Israels beinhaltet. Nayef Hawatmeh kritisierte ihn als Frucht „des Bankrotts und der Widersprüche der arabischen Welt“. Und zum Umgang mit dem jordanischen Hussein-Regime fügte er an: „Wir sagen Nein zu jeglicher jordanisch-palästinensischen Delegation und wir sagen 1.000 Neins dazu, Jordanien oder irgendjemand anderem ein Mandat zu geben, in unserem Namen zu sprechen.“

Dennoch unterstrichen beide Palästinenserführer die Notwendigkeit, die „Einheit der palästinensischen Revolution“ und, angesichts äußerer Einmischungsversuche, ihre „unabhängige Entscheidungsfähigkeit“ zu bewahren.

PLO-Schwerpunkt besetzte Gebiete

Im Politischen Bericht des PLO-Exekutivkomitees an den Nationalrat kam Faruk Khaddumi (Al Fatah, de facto PLO-„Außenminister“) ihrem Anliegen entgegen. Er verwarf den Reagan-Plan in gleicher Schärfe, gerade auch, weil er „Jordanien als Ersatz für Palästina“ ansehe. Der Plan zielt auf die „Liquidierung der palästinensischen Revolution“. Die US-Nahostpolitik hebe auf die Stärkung Israels und die Schwächung des sowjetischen Einflusses ab.

In Übereinstimmung mit N. Hawatmeh und G. Habbash stellte F. Khaddumi ferner heraus, daß das enge Bündnis der PLO mit der Sowjetunion bzw. dem sozialistischen Lager und mit Syrien auch künftig Gültigkeit haben müsse. Und schließlich pflichtete er ihnen bei, daß sich die PLO-Führung nach dem Abzug aus Beirut einer gründlichen Selbstkritik unterziehen und vor allem dem Widerstand im palästinensischen Westjordan- und Gazagebiet mehr Aufmerksamkeit widmen sollte.

Im Ergebnis der Debatte kam man zu folgenden wichtigen gemeinsamen Positionen, die auch in die Politische Erklärung (Wortlaut nachstehend), das Abschlußdokument der 16. Palästinensischen Nationalratstagung, Eingang fanden:

- der Fes-Plan wurde als Minimalplattform für das gemeinsame Vorgehen von PLO und arabischen Staaten akzeptiert, der Breschnew-Plan ausdrücklich unterstützt;
- den Reagan-Plan wies man als Grundlage für eine politische Verhandlungslösung hingegen zurück;
- obwohl Jordanien keine Befugnis zuerkannt wurde, das palästinensische Mandat mit wahrzunehmen, hielt der PNC die Möglichkeit einer perspektivischen palästinensisch-jordanischen Staatenkonföderation und damit einen hinreichenden Verhandlungsspielraum für Y. Arafat gegenüber König Hussein offen;
- dem PLO-Exekutivkomitee wurde außerdem freie Hand gegeben, um jeder Möglichkeit, Ägypten vom Separathandel mit Israel und den USA (Camp-David-Prozeß seit September 1978) abzubringen, nachzuhelfen;
- das PLO-Exekutivkomitee wurde weiter beauftragt, auf die Wiederbelebung bzw. Effektivierung der Arabischen Front der Standhaftigkeit (gegründet Ende 1977 als Antwort auf Camp David von Syrien, Libyen, Algerien, dem Südjemen und der PLO) hinzuwirken, die sich im Libanonkrieg 1982 als handlungsunfähig erwiesen hatte;
- der Dialog mit progressiven jüdischen Kräften aus Israel soll nunmehr ausgeweitet werden – so Y. Arafat – auf „alle Israelis, die unsere Rechte anerkennen“;

● im Libanon sollen die patriotischen Kräfte im Widerstandskampf gegen die israelischen Okkupanten unterstützt werden;

● den Schwerpunkt bei der Entwicklung des palästinensischen Volkswiderstandes, die Entfaltung von Guerillaoperationen inbegriffen, will die PLO künftig auf das okkupierte Westjordan- und Gazagebiet legen.

Die PLO-Führung ist sich dessen bewußt, daß sie sich, schon wegen der Umgruppierung ihrer Kräfte nach dem Abzug aus Beirut, diesen Zielen nicht im Eilverfahren nähern wird. Sie braucht aber unbedingt einen Stärkezuwachs gerade in den besetzten Gebieten, weil ansonsten ihr politisches Gewicht in denkbaren Nahostkonflikt-Verhandlungen nicht hinreichen dürfte, weil ansonsten die Reagan-Administration nicht zur geforderten Anerkennung der PLO gezwungen werden kann.

Die PLO tut gewiß gut daran, keine Chance zur Eröffnung politischer Verhandlungsschritte auszulassen. Aber sie muß sich auch vor Illusionen hüten. Diplomatisch-politische „große Sprünge“ oder Geschenke sind angesichts des derzeitigen regionalen Kräfteverhältnisses kaum zu erwarten. Die Administrationen Ronald Reagans und Menachim Begins verharren nach wie vor in Unnachgiebigkeit. Das antiimperialistische arabische Lager ist seit dem Libanonkrieg kaum handlungsfähiger geworden.

Abu Iyad, Stellvertreter Y. Arafats und Fatah-Redner in Algier, scheint frei von Illusionen zu sein. Er glaubt nicht, „daß wir zu einer schnellen Lösung kommen. Aber wir können nur weiter auf diese eine politische Lösung hinarbeiten, d.h. einen unabhängigen Staat fordern, in dem die Palästinenser ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben können.“

Zeitschriftenschau

Informationsdienst südliches Afrika, Nr. 1-2/1983

Schwerpunktthema: Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika ● Südafrika: Angriffsziel Lesotho ● Bericht über das Massaker ● Aufrüster der Apartheid ● Hermeskredite ● Europaparlament zu Südafrika ● Staatssekretär Grüner in Südafrika ● Hafentarbeiterstreik ● Automobilarbeiterstreik ● Reform und Repression ● Namibia: Wende in der Namibia-Politik? ● Deutsche Schulen ● Zimbabwe: Ausländische Investitionen ● Aktion: Tourismusbörsen in Berlin ● Rezension ● Kurznachrichten
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

istmo, Nr. 3/Februar 1983

Schwerpunktthema: Ideologie und Praxis der „neuen deutschen“ Entwicklungspolitik der Konservativen ● Desweiteren: Die NATO: Kriegsbündnis zur Durchsetzung der Welt Herrschaft des Kapitals ● Wirtschaftsinteressen der BRD in Zentralamerika? ● Zur Rolle Westeuropas in Zentralamerika und der Karibik
Einzelpreis 9 DM
Bezug: SSZ, Coerdestr. 42 (im Hof), 4400 Münster

Mittelamerika-Magazin, Nr. 25/Februar 1983

Guatemala: Flüchtlinge in Guatemala; Flüchtlinge in Mexiko; Oma Xib und die Revolution in Guatemala ● US-Politik: US-Militärhilfe an Guatemala wieder aufgenommen ● Nicaragua: Arbeitererfinder: Schrott zu neuem Leben erwecken ● Es geht auch ohne die Standard Fruit; Brief aus Nicaragua: Nur die Armen stellen die Toten ● El Salvador: Die Männer der Macht ● Honduras: Volksorganisationen in Honduras
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 bzw. 25 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

ila-info, Nr. 64/März 1983

Schwerpunktthema: Costa Rica – Gescheitertes Entwicklungsmodell und Abbrückeln der demokratischen Fassade ● Berichte und Hintergründe: „In meinem Fleische verspürt“ ich Deine Armut“ – Papstbesuch und Kirchenverfolgung in Mittelamerika; Grenada-Frauenkonferenz – Die Nationale Frauenorganisation plant ihre Zukunft; Peru – Die parlamentarische Linke und „Sendero Luminoso“; Brasilien – Der Genosse Bürgermeister von Diadema ● Ländernachrichten: Chile; El Salvador; Guatemala; Panama; Peru ● Solidaritätsbewegung: „Militär und Liberale sind Verbündete“ – Gespräch mit dem Präsidenten der honduranischen Menschenrechtskommission zur wachsenden Repression in Honduras; Kritik der unpolitischen Ökonomie-Vorstellungen: Zu den „Wahlprüfsteinen 1983 zur Entwicklungspolitik“; Biedermann wählt Biedermann – Kommentar zur Wahl in der BRD; Wahlergebnisse: Kardinal Höfner schließt Bonner Studentengemeinde; Paraguay – Bald Farmland für die Bundesregierung?; Top-Renditen und Hunger – Agro-Business in Brasilien; Gründung der Landes-AG „Ökologie und Dritte Welt“ der Grünen; Täglich sterben die Kinder – Hungertode in mexikanischen Elendslagern; Prost, Herr Botschafter – Die Bundesregierung setzt auf Rios Montt; Seminar „Dritte Welt und Frieden“ – Eine Bilanz
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Paraguay-Rundbrief, Nr. 40/Februar 1983

Schwerpunktthema: Stroessner: Siebente Amtsperiode? ● 1. Vorgeschichte der Machtgreifung Stroessners ● 2. Eine kleine Biografie Stroessners ● 3. Die Rolle der USA ● 4. Säuberung ● 5. Konsolidierung: Die „politische Öffnung“ ● 6. Der sogenannte Aufbruch ● Weitere Themen: Waffenhilfe für Diktator Stroessner ● Wahlen à la Paraguay: Die 6. Wiederwahl A. Stroessners 1983 ● Gejagte Jäger – Hinweise auf eine Ausstellung ● Gespräch mit Umberto Rubin anlässlich des Verbots, Fernsehsendungen über Behinderte auszustrahlen ● Über die Situation der Behinderten in Paraguay ● Ökologisches Ungleichgewicht in Paraguay ● Dissertationen über Paraguay
Einzelpreis 2,50 DM; Abo 15 DM
Bezug: PAG, c/o I. Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt

16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats

Politische Erklärung

I. Auf palästinensischer Ebene

Die palästinensische Einheit

Die heroische und standhafte Schlacht im Libanon und Beirut hat die palästinensische nationale Einheit aufs deutlichste verkörpert. Ausgehend von der führenden kämpferischen palästinensischen Erfahrung bekräftigt der Palästinensische Nationalrat (PNC) die Konsolidierung der nationalen Einheit zwischen den Organisationen der Revolution im Rahmen der PLO sowie die Entwicklung der organisatorischen Beziehungen in allen Institutionen und Körperschaften der PLO, auf der Basis der Einheitsfront und der kollektiven Führung, entsprechend dem organisatorischen und politischen Programm des 14. Nationalrats.

Der unabhängige nationale Beschluß

Der PNC bekräftigt sein Festhalten an der unabhängigen nationalen Beschlußfassung, schützt sie und widersetzt sich jedem Druck, der diese Unabhängigkeit unterlaufen will, woher auch immer er kommen mag.

Der palästinensische bewaffnete Kampf

Der PNC bekräftigt die Notwendigkeit, den bewaffneten Kampf gegen den zionistischen Feind zu entwickeln und zu verstärken. Er bekräftigt das Recht der Streitkräfte der palästinensischen Revolution, den militärischen Kampf gegen den zionistischen Feind von allen arabischen Fronten aus zu führen. Der PNC bekräftigt die Notwendigkeit der Vereinigung aller Streitkräfte der palästinensischen Revolution im Rahmen einer vereinigten nationalen Befreiungsarmee.

I. Das besetzte Heimatland

1. Der PNC begrüßt unser standhaftes Volk in den besetzten Gebieten in seinem Widerstand gegen die Besatzung, die Siedlung und die Entwurzelung. Er lobt auch seinen einheitlichen nationalen Willen und seinen vollständigen Zusammenschluß um die PLO, die einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat.

2. Der PNC mißbilligt und verurteilt alle verdächtigen amerikanischen und israelischen Versuche, die palästinensische nationale Einheit zu zerschlagen und ruft unser Volk auf, diesen Versuchen entgegenzutreten.

3. Der PNC bekräftigt, die Einheit der nationalen, sozialen, gewerkschaftlichen und Volksinstitutionen zu festigen und die Notwendigkeit, die nationale Front in den besetzten Gebieten aufzubauen und zu entwickeln.

4. Der PNC bekräftigt die Notwendigkeit, die Anstrengungen zu vervielfachen, um die Standhaftigkeit unseres Volkes in der besetzten Heimat zu stärken und alle Anforderungen für diese Standhaftigkeit bereitzustellen, um die erzwungene Emigration zu beenden, den Boden zu bewahren und die nationale Wirtschaft zu entwickeln.

5. Der PNC lobt die Standhaftigkeit unseres Volkes in den seit 1948 besetzten Gebieten und bringt seinen Stolz auf seinen Kampf zur Bewahrung der nationalen Identität als untrennbarer Teil unseres palästinensischen Volkes gegen den rassistischen Zionismus zum Ausdruck. Der PNC bekräftigt die Notwendigkeit, alle Anforderungen unseres Volkes in den seit 1948 besetzten Gebieten, seine Einheit, die Einheit seiner Körperschaften und seiner nationalen Kräfte zu unterstützen.

6. Der PNC bringt seinen Stolz und seine Achtung für die palästinensischen Gefangenen und Internierten in den Gefängnissen des Feindes im besetzten Heimatland und im Südlibanon zum Ausdruck.

II. Unser Volk in der Diaspora

Der PNC bekräftigt die Notwendigkeit, die Kräfte unseres Volkes überall zu mobilisieren, sowohl innerhalb als auch außerhalb unseres besetzten Heimatlandes und sein Festhalten an der PLO als einzig legitime Vertretung, zu stärken. Der PNC empfiehlt dem Exekutivkomitee, Maßnahmen zu ergreifen, um seine sozialen und ökonomischen Interessen zu bewahren und seine erworbenen Rechte und Grundfreiheiten und seine Sicherheit zu verteidigen.

III. Die Kontakte mit den jüdischen Kräften

Ausgehend von Punkt 14 der politischen Erklärung der 13. Sitzung

des PNC vom 12.3.1977 ruft der PNC das Exekutivkomitee auf, die Aktivitäten in diesem Rahmen zu studieren, entsprechend den Interessen der palästinensischen Frage und des palästinensischen nationalen Kampfes.

Auf arabischer Ebene

Der PNC fordert die Stärkung des Bündnisses zwischen der palästinensischen Revolution und den nationalen Befreiungsbewegungen in der gesamten arabischen Welt, damit sie sich effektiv zionistisch-imperialistischen Verschwörungen und den Liquidierungsplänen entgegenstellen, insbesondere den Camp-David-Vereinbarungen, dem Reagan-Plan und um die zionistische Besetzung der arabischen Gebiete zu beenden.

I. Der PNC definiert die Beziehungen zwischen der PLO und den arabischen Staaten auf folgender Grundlage:

a) Verpflichtung gegenüber den Fragen des arabischen Kampfes, an dessen Spitze die Palästinafrage und der Kampf für sie steht.

b) Festhalten an den Rechten des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechtes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung seines unabhängigen Staates unter Führung der PLO, die durch die Beschlüsse arabischer Gipfelkonferenzen bekräftigt wurden.

c) Wahrung der Ausschließlichkeit der Vertretung, Wahrung der nationalen Einheit und Respektierung des unabhängigen palästinensischen nationalen Beschlusses.

d) Zurückweisung aller Pläne, die das Recht der PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes verletzen, sei es in der Form von Bevollmächtigung, Stellvertretung oder Teilhabe am Recht der Vertretung.

e) Der PNC fordert die Verstärkung arabischer Solidarität auf Grundlage der Beschlüsse arabischer Gipfelkonferenzen und im Lichte der oben genannten Grundlagen.

II. Die Beschlüsse des Gipfels von Fez, der arabische Friedensplan

Der PNC betrachtet die Beschlüsse des Gipfels von Fez (Wortlaut siehe in: AIB 11-12/1982, S. 8; d. Red.) als Minimum für politische Aktivitäten der arabischen Länder. Diese Aktivitäten sollten durch die militärische Seite mit all ihren Anforderungen vervollständigt werden, um das Kräfteverhältnis zugunsten des palästinensischen und arabischen Kampfes und ihrer Rechte zu verändern. Der Rat bekräftigt, daß sein Verständnis dieser Beschlüsse nicht in Widerspruch steht zu seinen Verpflichtungen gegenüber dem politischen Programm und den Beschlüssen des Nationalrats.

III. Jordanien

Der PNC bekräftigt die speziellen und besonderen Beziehungen, die das palästinensische und jordanische Volk verbinden. Er bekräftigt die Notwendigkeit, diese Beziehungen im Einklang mit den nationalen Interessen beider Völker und der arabischen Nation zu entwickeln, um die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu verwirklichen, einschließlich des Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung seines unabhängigen palästinensischen Staates.

b) Festhalten an den Nationalratsbeschlüssen in Bezug auf die Beziehungen mit Jordanien ausgehend davon, daß die PLO die einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete ist. Der PNC zieht in Betracht, daß die Beziehungen mit Jordanien auf der Grundlage einer Konföderation zweier unabhängiger Staaten etabliert werden können.

IV. Libanon

Der Palästinensische Nationalrat fordert:

a) die Vertiefung der Beziehungen zum libanesischen Volk und seinen nationalen Kräften und die Unterstützung dieser Kräfte in ihrem mutigen Kampf gegen die zionistischen Besatzer und ihre Handlanger;

b) an erster Stelle der jetzigen Aufgabe der palästinensischen Revolution die Zusammenarbeit mit dem libanesischen Volk und seinen nationalen und demokratischen Kräften im Kampf für die Beendigung der zionistischen Besatzung;

c) das Exekutivkomitee auf, Gespräche zwischen der PLO und der libanesischen Regierung zu führen, um die Sicherheit und Unversehrtheit der im Libanon lebenden Palästinenser zu gewährleisten und ihr Recht auf Aufenthalt, Bewegungsfreiheit, Arbeit und soziale und politische Freiheit zu garantieren;
d) Maßnahmen zur Beendigung der willkürlichen Einzel- und Massenverhaftungen, die auf politischer Grundlage ausgeführt werden, und zur Freilassung aller Inhaftierten in den Gefängnissen der libanesischen Behörden.

V. Beziehungen zu Syrien

Die Beziehungen zum brüderlichen Syrien basieren auf den Beschlüssen aufeinanderfolgender Sitzungen des Palästinensischen Nationalrats, die die Bedeutung der strategischen Beziehung zwischen der PLO und Syrien bekräftigen im Dienste der nationalen, kämpferischen Ziele und in der Konfrontation mit dem zionistisch-imperialistischen Feind. Die PLO und Syrien stehen in der vordersten Front gegen diese gemeinsame Bedrohung.

VI. Front der Standhaftigkeit und Konfrontation

Der Palästinensische Nationalrat ermächtigt das Exekutivkomitee der PLO, mit den Parteien der nationalen Front der Standhaftigkeit und Konfrontation (gegr. Ende 1977 mit der PLO, Syrien, Libyen, Algerien und dem Südemen als Mitgliedern; d. Red.) Gespräche zu führen, mit dem Ziel, diese Front auf einer neuen effektiven und klaren Basis wiederaufleben zu lassen. In Anbetracht dessen, daß die Front während der zionistischen Invasion im Libanon (vom Sommer 1982; d. Red.) nicht auf der Ebene der von ihr geforderten Aufgaben gehandelt hat.

VII. Ägypten

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt seine Ablehnung des Camp-David-Abkommens und des damit verbundenen Autonomieplans und Zivilverwaltung. Im festen Glauben an die Rolle Ägyptens und seines großen Volkes im arabischen Kampf bekräftigt der Palästinensische Nationalrat, daß er an der Seite des Kampfes des ägyptischen Volkes und seiner nationalen Kräfte steht, um der Camp-David-Politik ein Ende zu setzen und die Rückkehr Ägyptens zu seiner kämpferischen Position im Herzen unserer arabischen Nation zu ermöglichen. Der Palästinensische Nationalrat fordert das Exekutivkomitee auf, die Beziehungen der PLO zu den nationalen demokratischen ägyptischen Kräften und Volksorganisationen, die sich jeder Art von Normalisierung der Beziehungen zum zionistischen Feind widersetzen, zu entwickeln.

Der Palästinensische Nationalrat fordert das Exekutivkomitee auf, die Beziehungen zum ägyptischen Regime entsprechend ihrem Abbrücken von der Camp-David-Politik zu definieren, weil dies die grundlegenden Interessen der arabischen Nation zum Ausdruck bringt und den Kampf des palästinensischen Volkes für seine nationalen Rechte unterstützt.

Iranisch-irakischer Krieg

Der Palästinensische Nationalrat würdigt die Anstrengung des Exekutivkomitees der PLO, dem Krieg zwischen dem Iran und dem Irak im Rahmen der Delegation der blockfreien und islamischen Staaten ein Ende zu setzen. Der Nationalrat fordert das Exekutivkomitee auf, diese Anstrengungen zu einer Beendigung des Krieges fortzusetzen, nachdem der Irak den Rückzug seiner Streitkräfte aus den iranischen Gebieten in Antwort auf einen Appell der palästinensischen Revolution erklärt hat, alle Kräfte für den Kampf zur Befreiung Palästinas zu mobilisieren.

Auf internationaler Ebene

I. Breschnew-Plan

Der Palästinensische Nationalrat würdigt und unterstützt die Vorschläge des Breschnew-Plans vom 16. September 1982, die die unveräußerlichen nationalen Rechte unseres Volkes bekräftigen, einschließlich des Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates unter Führung der PLO, seiner einzig legitimen Vertretung. Der Palästinensische Nationalrat würdigt auch die Haltung der Staaten des sozialistischen Blocks gegenüber der gerechten Sache unseres Volkes, die im Prager Kommuniqué zur Lage im Nahen Osten vom 3. Januar 1983 bekräftigt wurde.

II. Reagan-Plan

Der Reagan-Plan erfüllt seiner Methode und seinem Inhalt nach nicht die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, weil er das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates und die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes negiert und internationaler Legitimität widerspricht. Der Palästinensische Nationalrat lehnt deshalb eine Be-

trachtung dieses Plans als solide Grundlage für eine dauerhafte und gerechte Lösung der Palästinafrage und der zionistisch-arabischen Konfrontation ab.

III. Internationale Beziehungen

Der Palästinensische Nationalrat fordert:

a) Entwicklung und Vertiefung der Bündnis- und Freundschaftsbeziehungen zwischen der PLO und den sozialistischen Staaten, an ihrer Spitze der Sowjetunion, und mit allen Kräften der Befreiung und des Fortschritts in der Welt, die gegen Imperialismus, Zionismus, Kolonialismus und Rassismus kämpfen.

b) Die Vertiefung der Beziehungen zu den blockfreien, islamischen und afrikanischen Staaten im Interesse der palästinensischen Sache und anderer Freiheitsbewegungen.

c) Die Konsolidierung der Beziehungen zu den befreundeten Ländern in Lateinamerika und Maßnahmen, um den Kreis der Freunde in diesen Ländern zu erweitern.

d) Die Aktivierung der politischen Arbeit mit den westeuropäischen Staaten und Japan, um ihre Haltung zu entwickeln und die Anerkennung der PLO und das Recht des palästinensischen Volkes auf Gründung des unabhängigen palästinensischen Staates zu erweitern. Der Palästinensische Nationalrat begrüßt alle demokratischen und fortschrittlichen, antiimperialistischen, antizionistischen und Antipartei-Kräfte in den Ländern Westeuropas und in allen kapitalistischen Ländern und betrachtet diese Kräfte als Hauptverbündete in diesen Ländern. Der Palästinensische Nationalrat fordert das Exekutivkomitee der PLO auf, mit diesen Kräften zusammenzuarbeiten, um zu gewährleisten, daß ihre Länder die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und die PLO anerkennen.

e) Die Fortsetzung des Kampfes zur Isolierung des zionistischen Gebildes in der UNO und in anderen Gremien.

f) Der Palästinensische Nationalrat fordert, dem US-Imperialismus und seiner Politik zu begegnen und betrachtet ihn als Kopf des feindlichen Lagers gegen unsere gerechte Sache und die Sache der kämpfenden Völker.

g) Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Wichtigkeit der Fortführung des Kampfes gegen die Politik der Apartheid, die immer noch in verschiedenen Regionen praktiziert wird, insbesondere in Südafrika, das enge Beziehungen zum zionistischen Feind unterhält. Der Rat würdigt den Kampf des Volkes von Namibia unter Führung der SWAPO für Freiheit und Unabhängigkeit und begrüßt den Kampf der Völker Südafrikas gegen Rassismus, Apartheid und Unterdrückung.

h) Der Palästinensische Nationalrat verurteilt entschieden den Terrorismus und den internationalen Terrorismus, an dessen Spitze den organisierten und offiziellen amerikanischen und israelischen Terrorismus gegen das palästinensische Volk, die PLO, das libanesischen Volk, die arabische Nation und alle Befreiungsbewegungen in der Welt.

i) Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt seine Verbundenheit mit allen Prinzipien, Charta und Resolutionen der Vereinten Nationen, die die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes für die Verwirklichung eines umfassenden und gerechten Friedens im Nahen Osten und das Recht aller unter Besatzung leidenden Völker betonen, alle Formen des Kampfes für ihre Befreiung und nationale Unabhängigkeit einzusetzen. Der Rat bekräftigt seine entschiedene Verurteilung aller imperialistischen und israelischen Praktiken, die das internationale Recht, die Menschenrechtserklärungen und die Prinzipien und die Charta der Vereinten Nationen und ihre Resolutionen verletzen.

j) Der Palästinensische Nationalrat würdigt die Aktivitäten der UN-Kommission für die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina und würdigt die Errungenschaften ihrer Mitglieder und begrüßt insbesondere die Entscheidung der Vollversammlung, im Sommer 1983 in Genf eine internationale Konferenz zur Unterstützung und Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes zu organisieren.

Der Palästinensische Nationalrat würdigt auch die Errungenschaften des Sekretariats für die Internationale Konferenz in der UNO und dessen Bemühen, diese Konferenz vorzubereiten und zum Erfolg zu führen. Der Nationalrat ruft alle brüderlichen arabischen Staaten und befreundeten Staaten auf, sich effektiv an den Arbeiten der Konferenz zu beteiligen sowie an den regionalen Vorbereitungstreffen dieser internationalen Konferenz teilzunehmen um ihren Erfolg sicherzustellen.

Abschließend dankte der Palästinensische Nationalrat dem Präsidenten, der Regierung, der Partei und dem Volk Algeriens für seine Anstrengungen, daß diese Sitzung zu einem erfolgreichen Abschluß gelangen konnte. Der Rat würdigte zudem die internationale Unterstützung für unsere Resolution.

Der Palästinensische Nationalrat gelobte, den Kampf in all seinen militärischen und politischen Formen weiterzuführen, bis sich die nationalen Bestrebungen unseres Volkes erfüllt haben.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 8/25.2.1983, S. 3-8)

Nico Biver

Die iranische Revolution auf dem Rückmarsch

„Irans herrschende Mullahs vermehren die Zahl der Signale an die USA, die eine mögliche Verbesserung der Beziehungen andeuten“, stellt die International Herald Tribune am 8. Februar d.J. fest.¹

Zu diesen Signalen zählt, daß Teheran jüngst 26 Mio Dollar an Washington als Abfindung für die Besetzung der US-Botschaft (im November 1979) sowie die Entschädigungen für verstaatlichte US-Unternehmen und -Banken auszahlte. Daß man längst dabei ist, die Beziehungen zu den USA und anderen imperialistischen Staaten zu verbessern, spiegelt sich auch in der Ausweitung des Handels wider. Bei Gesamtimporten im Wert von 12,1 Mrd Dollar im Jahr 1981, betrug der Warenwert aus Japan 1,9 Mrd Dollar, aus der BRD 1,6 Mrd Dollar und aus den USA 0,3 Mrd Dollar.² Ein Jahr später erreichten die Importe aus den USA bereits 1,1 Mrd Dollar.

Arbeiterproteste gegen den Vormarsch der Rechten

Parallel zu dieser Entwicklung haben die rechten Kräfte in der iranischen Führung eine Kampagne gegen die UdSSR und die iranischen Kommunisten entfacht. Die Ereignisse in Afghanistan sowie die angebliche Unterstützung der Sowjetunion für den Kriegsgegner Irak werden zum Anlaß genommen, die Losung „Tod den USA“ durch „Tod der Sowjetunion“ zu ersetzen. Der antiimperialistische Charakter der Revolution (Anti Amerikanismus!) wird damit mehr und mehr verwässert.

Diese Entwicklung ist nicht nur darauf zurückzuführen, daß „westliche Diplomaten in Teheran hart gearbeitet haben, um die Mullahs zu überzeugen, daß die afghanische Situation einer höheren Aufmerksamkeit bedarf.“³ Sie ist auch eine Folge der Verschiebung des Kräfteverhältnisses im Innern des Iran zugunsten der Rechten, der es im vierten Jahr der Revolution gelang, ihre Position innerhalb der iranischen Führung auszubauen.

Ziel der Revolution war es nicht nur, „die Ausbeuter und ausländischen Kolonisatoren“ zu verjagen, wie Imam Khomeini im Oktober 1978 erklärt hatte, sondern auch: „Danach wird man alle Reichtümer unseres Landes der Verbesserung des Loses unserer Bevölkerung, der Werktätigen, widmen, die heute unterdrückt sind und in Elend und Krankheit gehalten werden.“⁴

Doch gerade bei der Durchführung tiefgreifender sozialer Umgestaltungen im Interesse der am meisten „Benachteiligten“ ist es zu einem Stillstand und teilweisen Rückschritten gekommen. Die Arbeitslosenzahl erreichte über 3 Mio und die Agrarproduktion sank wesentlich unter den Stand von 1979.

Das Agrarreformgesetz wurde im Januar 1983 zum zweiten Mal vom „Wächterrat“ (er hat über die Einhaltung der Verfassung zu wachen) abgelehnt, da es angeblich den Prinzipien des Islam widerspricht. Dieser Rat, der von rechten hohen Geistlichen dominiert wird, ist auch verantwortlich

dafür, daß das vom Parlament gebilligte Gesetz zur Verstaatlichung des Außenhandels, auf Eis gelegt wurde. Mit seiner Anwendung wäre die Macht der Großbasaris gebrochen.

Abgeblockt wurde vom „Wächterrat“ ferner das Gesetz zur Verstaatlichung des Besitzes der Emigranten. Ihnen bietet man sogar bei ihrer Rückkehr Schutzgarantien: „Ihr Eigentum gehört ihnen, ihr Reichtum gehört nicht dem Staat“, erklärte Imam Khomeini am 22. Dezember 1982.⁵

Der Vormarsch der Rechten, zu denen die Mehrheit der hohen Geistlichkeit und der Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) sowie die Liberalen um Expremier Mehdi Bazargan zu rechnen sind und deren Kerntruppe die geheime, fanatisch antikommunistische Hodjatieh-Gruppe ist, hat mehrere Gründe. Eine Hauptursache besteht darin, daß die Macht ihrer sozialen Basis, der iranischen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer, weitgehend unangetastet blieb.

Einen anderen wichtigen Grund stellt der Krieg mit dem Irak dar. Er dient dazu, die Massen von den sozialen Problemen abzulenken und wird als Entschuldigung für das Ausbleiben tiefgreifender Reformen benutzt.

Ein weiteres Mittel der Konservativen, ihre Position auszubauen, besteht im Verstärken der Unterdrückungspraktiken (Betätigungsverbote, Folterungen, Massenhinrichtungen u.a.) gegen ihre wirklichen und vermeintlichen Gegner. Anlaß hierfür bot vor allem die Politik ultralinken Gruppen, die – wie die Volksmodjahedin – mit Bombenanschlägen den Klerus bekämpfen, ohne einen Unterschied zwischen diesem antiimperialistischen und dem reaktionären Flügel zu machen.⁶

Die bereits mit dem ehemaligen Staatspräsidenten und Anwalt der iranischen Bourgeoisie, Bani-Sadr, verbündeten Volksmodjahedin erhielten jetzt auch Unterstützung durch den Irak. Bei einem Treffen mit Volksmodjahedin-Führer Massoud Radjavi am 11. Januar d.J. in Paris erklärte der irakische Vizepräsident Tariq Aziz: „Ich werde glücklich sein, meinen lieben Freund Massoud Radjavi als nächsten Premierminister oder Präsidenten zu sehen.“⁷

Um ihren Vormarsch zu erleichtern, lenken die Rechten vom Hauptgegner, dem US-Imperialismus und seinen inneren Verbündeten, ab.

Losungen wie „Tod den Unverschleierten“ und „Tod den Tudehis“ treten immer mehr in den Mittelpunkt. Revolutionäre Moslems werden als Kommunisten bezeichnet, weil einige ihrer Forderungen mit denen der Tudeh-Partei Irans (TPI) oder der Organisation der Volksfedayin Irans/Mehrheit (OVFI/M) übereinstimmen.

Den Rechten ist es mit dieser Politik gelungen, die revolutionären Moslems in die Defensive zu drängen, obwohl sich diese auf Basisorganisationen wie die Pasdaran (Revolutionswächter), die Wiederaufbauorganisation und die islamischen Komitees stützen können. Ein Teil dieser Kräfte der Linie Imam Khomeinis ist auf die Seite der Rechten übergewechselt oder geht Kompromisse mit ihnen ein. So hat Imam Khomeini selbst am 24. Januar d.J., nach der Ablehnung der Gesetze zur Agrarreform und zur Verstaatlichung des Außenhandels, das Parlament kritisiert, da es Gesetze verab-

Gepräch mit Haidar F.

Repressalien gegen die Linke schaden der Revolution

Im März d.J. hatte das AIB die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Führungsmitglied der Tudeh-Partei Irans, Haidar F., über die jüngsten Ereignisse im Iran.

AIB: Am 6. Februar 1983 wurden führende Mitglieder der Tudeh-Partei Irans verhaftet. Haben Sie genauere Kenntnisse über das Ausmaß dieser Verhaftungen?

HAIDAR F.: Über 30 Mitglieder des Zentralkomitees der Partei sind verhaftet worden. Es handelt sich dabei um den größten Teil jener Genossen, die entsprechend den gesetzlichen Regelungen der Regierung ihre Personalien bekanntgegeben hatten, um die Legalität der Partei zu unterstreichen.

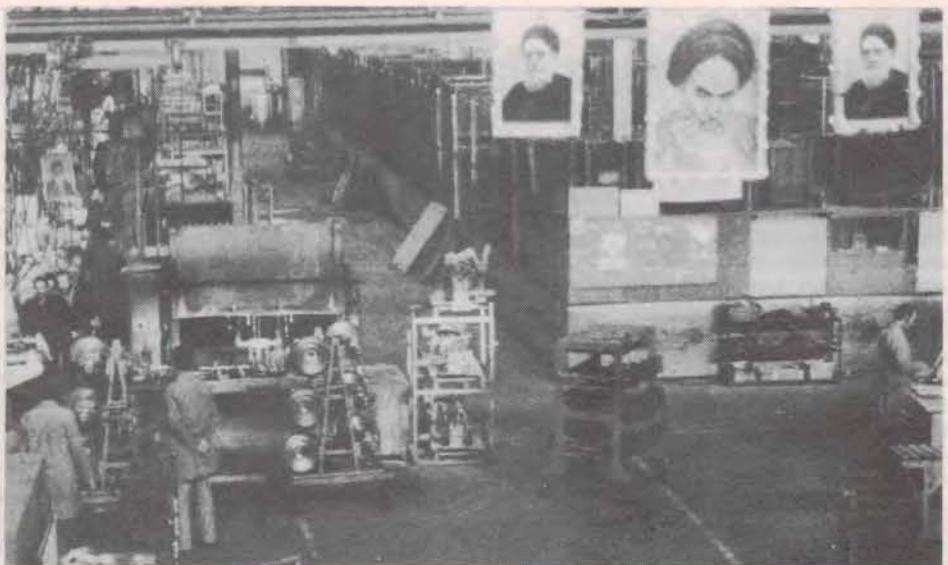
Da wir angesichts der Entwicklungen in den letzten Monaten auf diesen Schlag vorbereitet waren, ist die Fortsetzung der Tätigkeit der Partei nicht gefährdet. Wir haben ja bereits in den letzten Monaten unter schwersten Bedingungen gearbeitet.

AIB: Wie lautete die offizielle Begründung für die Verhaftungen?

HAIDAR F.: In der Presse wurde zunächst behauptet, einige KGB-Agenten seien verhaftet worden. Später wurde bekanntgegeben, daß es sich um Führungsmitglieder der Tudeh-Partei Irans handle, die angeblich unter dem Deckmantel der politischen Tätigkeit die Arbeiter in den Fabriken gegen die Führung aufhetzten.

Dies zeigt, daß der Spionagevorwurf gegen alle progressiven Kräfte gerichtet ist, und daß er nicht der wahre Grund für die Verhaftungen ist. Vielmehr ist unsere Kritik an den rechten Kräften in der Führung, die die alten Verhältnisse wieder herstellen wollen, die Ursache der Verhaftungen.

Hierbei handelt es sich um die Mehrheit der Islamisch-Republikanischen Partei und um die Mehrheit des Wächterrats, der die Einhaltung der Verfassung überwachen soll. Unsere Kritik richtete sich jedoch nicht gegen jene Kräfte, die die Linie von Imam Khomeini verkörpern. Der Druck der Rechten hindert sie momentan, die von ihnen geforderten sozialen Umwälzungen durchzuführen.



Verhafteter Tudeh-Generalsekretär Kianouri (l.); Montagehalle von Daimler-Benz im Iran

AIB: Sie haben eben erwähnt, daß die Tätigkeit der Tudeh-Partei unter den Arbeitern als ein Grund für die Verhaftungen angegeben wurde. Worauf beziehen sich diese Äußerungen?

HAIDAR F.: Gleich nach der Revolution gingen die Arbeiter daran Gewerkschaften aufzubauen, die im Artikel 26 der Verfassung legalisiert sind.

Vor allem in den Kleinbetrieben der Städte wurden Organisationen aufgebaut, während die Bewegung in den größeren Fabriken ins Stocken kam. Dies lag vor allem daran, daß die rechten islamischen Kräfte befürchteten, die Tudehis könnten die Führung dieser Gewerkschaften übernehmen.

Dadurch gerieten die wahren islamischen revolutionären Kräfte, die für die Gründung von Gewerkschaften eintraten, immer mehr in die Defensive. In dieser Situation, stellte der neue Arbeitsminister die Gewerkschaften und selbst die Arbeiterräte als ungesetzlich dar.

Er legte einen Arbeitsgesetzentwurf vor, in dem alle Rechte der

Arbeiterklasse mit Füßen getreten werden: Aufhebung des Mindestlohns, der Arbeitszeitbegrenzung, alles soll zwischen dem Unternehmer und dem einzelnen Arbeiter geregelt werden.

Gegen dieses Gesetz entstand spontan eine Bewegung der Arbeiter, die alle Fabriken umfaßte. Ihre Forderungen waren so klar, daß der Arbeitsminister die meist moslemischen Arbeiter auf den Diskussionsveranstaltungen als Tudehis bezeichnete. Sein Stellvertreter drohte gar jedem, der den Gesetzentwurf kritisierte, mit der Einkerkung im Evin-Gefängnis.

Die Verhaftungen müssen auch in diesem Licht gesehen werden. Sie richten sich nicht nur gegen die Tudeh-Partei, sondern vor allem auch gegen die wahren islamischen Revolutionäre.

AIB: Gibt es noch andere Beispiele die die Rechtentwicklung belegen?

HAIDAR F.: Die Rechten haben allen Bestrebungen, soziale Umwälzungen durchzusetzen, Widerstand entgegengesetzt.

Das Gesetz zur Verstaatlichung des Außenhandels wurde ebenso wie das Gesetz zur Bodenreform, nachdem sie vom Parlament verabschiedet worden waren, vom Wächterrath abgelehnt. Auch eine überarbeitete und abgeschwächte Version des Agrarreformgesetzes wurde vom Wächterrath abgelehnt, da es angeblich den Prinzipien des Islam nicht entspreche.

Außerdem gibt es Anzeichen für eine Wiederannäherung an die USA.

AIB: Was sind Ihres Erachtens die Gründe für den derzeitigen Vormarsch der Rechtskräfte?

HAIDAR F.: Der Krieg mit dem Irak ist ein sehr gewichtiger Anlaß gewesen, um die linken islamischen Kräfte unter Druck zu setzen. So wurde die begonnene Agrarreform mit der Argumentation außer Kraft gesetzt, daß man nicht an zwei Fronten kämpfen könne.

Deshalb haben die Rechtskräfte, die Konterrevolution und der Imperialismus ein Interesse an der Fortführung dieses Krieges. Ein

anderer Grund für die Durchsetzung der Rechten ist aber auch die Nachgiebigkeit der Kräfte der Imam-Linie. Sie hoffen, durch Zugeständnisse den Druck der Rechten verringern zu können. Und sie glauben, daß sie wegen der bestehenden Kräfteverhältnisse ihre Forderungen nicht durchsetzen könnten.

Wir sind nicht dieser Meinung, sondern meinen, daß das Volk fest hinter den Zielen der Imam-Linie – Unabhängigkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit – steht, was auch die Aktionen der Landarbeiter und der Arbeiterklasse beweisen. Gestützt auf das Volk, könnten sie alles hinwegfegen, was sich ihnen entgegenstellt. Sie haben aber Angst davor, daß es zu einer Spaltung der Moslems kommt, die sie mit allen Mitteln verhindern wollen.

Zur Rechtentwicklung haben außerdem noch die Kräfte beigetragen, die wie einige extremistische Gruppierungen nicht die sozialrevolutionären Kräfte in der Führung unterstützt haben, sondern gegen sie mit Terrormaßnahmen vorgegangen sind.

schiede, die vom „Wächterrat“ abgelehnt werden. Dies würde nach außen den Anschein erwecken, daß es zwei Islams gäbe.

Ein Grund für das Zurückweichen dieser Kräfte ist ihr Bestreben, mit allen Mitteln die Einheit der Moslems zu wahren. Diese kompromißloserische Haltung, die Spaltung der revolutionären Kräfte und der Krieg erschweren eine Gegenwehr der Volksmassen.

Dennoch kam es in den letzten Monaten wiederholt zu Protesten, so vor allem als der Arbeitsminister Tawakkoli und sein Stellvertreter Motamed-Rezai, beide Mitglieder der Hodjatieh-Gruppe, den Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzes vorlegten, der das Gesetz aus der Schah-Zeit ersetzen sollte. In islamischer Verkleidung, sollen damit frühkapitalistische Zustände wiederhergestellt werden. „Das alte Gesetz sehen wir deswegen als unislamisch an, weil es einen Zwang enthält. Wenn das alte Arbeitsgesetz auf der Grundlage einer Übereinkunft angewendet wird, dann ist es ohne Mangel...“, erklärte der stellvertretende Arbeitsminister.⁸

Dies heißt konkret, daß eine Sozial- und Rentenversicherung nicht vorgesehen ist, daß der Mindestlohn und die Arbeitszeitbegrenzung aufgehoben werden sollen und Gewerkschaften und Fabrikräte verboten sind.

Gegen diesen Entwurf erhob sich ein einmütiger Protest der Arbeiterräte und -vereine. Als Reaktion darauf, stellte der stellvertretende Arbeitsminister die Proteste der meist moslemischen Arbeiter als Tudeh-Propaganda hin und bedrohte sie: „Diejenigen, die glauben, daß dieses Gesetz gegen die Unterdrückten ist, sollen sich das aus dem Kopf schlagen, wenn sie Moslems sind; wenn nicht, dann steht ihr Schicksal fest: entweder sie kommen in das Evin-Gefängnis oder sie müssen das Land verlassen...“⁹

Daß dies keine leere Drohung war, davon zeugt die Verhaf-

tung von 30 führenden Mitgliedern der TPI, darunter ihres Generalsekretärs Nurreddin Kianouri, am 6. Februar d.J. Ihnen wird Spionage und Subversion vorgeworfen, worauf normalerweise die Todesstrafe steht. Bereits vorher waren die Büros der Partei von rechten Dogmatikern besetzt und ihr Parteiorgan Mardom verboten worden.

Ähnliche Maßnahmen waren auch gegen die OVFI(M) ergriffen worden, die ebenso wie die TPI die revolutionären islamischen Kräfte unterstützt und eine Einheitsfront des Volkes anstrebt. Das einzige „Vergehen“ der iranischen Kommunisten ist es, die antisoziale Politik der Rechten, die Repression und die Fortführung des Krieges kritisiert zu haben.

Das Ziel dieser Maßnahmen besteht darin, alle Kräfte, die die Verwirklichung der sozialen und antiimperialistischen Ziele der Revolution fordern, zu kriminalisieren, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern weiter zu verschlechtern und die revolutionären Kräfte noch weiter zu spalten. Die Perspektive der iranischen Revolution hängt davon ab, ob die revolutionären Moslems erkennen, daß diese Maßnahmen auch gegen sie gerichtet sind. Sie hängt davon ab, ob diese Kräfte erkennen, daß die Weiterentwicklung der Revolution eine Beendigung des Krieges erfordert und daß das Volk zum Widerstand gegen die Rechten mobilisiert werden muß.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 8.2.1983
- 2) Daten nach: Newsweek, New York, 7.6.1982
- 3) IHT, a.a.O.
- 4) Le Monde, Paris, 17.10.1978
- 5) Zit. nach: South, London, März 1983
- 6) Siehe: AIB 10/1981, S. 28-31
- 7) Zit. nach: Middle East, London, Februar 1983
- 8) Zit. nach: Iran aktuell, Januar 1983
- 9) Ebenda

Bijan B. Den Vormarsch der Rechten aufhalten

Die Organisation der Volksfedayin Irans/Mehrheit (OVFI/M) die in den 60er Jahren unter der Bezeichnung Volksfedayin-Guerilla entstand, unternahm von Anfang an bewaffnete Aktionen gegen das Schah-Regime. Dieser Kampf war zwar politisch erfolglos, da er von den Massen getrennt geführt wurde, brachte der Gruppe aber nach der Revolution, vor allem unter der Jugend und der Intelligenz, ein hohes Ansehen ein. Differenzen in der Beurteilung des revolutionären Prozesses führten zu mehreren Spaltungen. Die Mehrheit der Organisation ging 1980 auf Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus über. Sie stehen heute zur Aktionseinheit mit der Tudeh-Partei Irans (TPI) und religiösen revolutionären Kräften des Landes.

Die folgenden Passagen sind Ausschnitte aus einem Gespräch, das das AIB Ende Februar d.J. mit Bijan B., einem Sympathisant der OVFI (M.), führte.

Zur Rechtsentwicklung und den jüngsten Verhaftungen von Tudeh-Führern

In den letzten Monaten ist die Rolle der rechtskonservativen Kreise gestärkt worden. Zeichen dafür sind die Ablehnung der Gesetzesentwürfe zur Landreform, zur Verstaatlichung des Außenhandels und zur Beschlagnahme des Eigentums der geflüchteten Großkapitalisten und Großgrundbesitzer durch den „Wächterrat“, der das Vetorecht über die vom Parlament verabschiedeten Gesetze hat. Zeichen dafür sind weiter die Verschärfung der arbeiterfeindlichen Politik des Arbeitsministeriums und schließlich die Repressalien gegen die linken Kräfte.

Die Linkskräfte sind zur Zielscheibe der Angriffe der Rechtskonservativen geworden, weil sie sich als Verfechter der Vertiefung der Revolution erwiesen haben. Sie sind ein ernstzunehmendes Hindernis auf dem Weg zur Zerschlagung der Revolution. Man will sie zuerst ausschalten, um dann die Anhänger der volksverbundenen und antiimperialistischen Linie Imam Khomeinis angreifen zu können.

Auch die OVFI(M) ist Zielscheibe der Angriffe von Rechts. Hunderte unserer Mitglieder und Sympathisanten sitzen in Haft, ohne daß ein Gericht sie verurteilt hat.

Zu den zwei Strömungen in der islamischen Führung

Das Spektrum der Kräfte, die sich, zumindest in Worten, zur Führung Imam Khomeinis bekennen, ist sehr heterogen: auf der einen Seite gibt es die progressiven Moslems, die ehrlichen Anhänger Imam Khomeinis, welche Unabhängigkeit, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für den Iran anstreben. Auf der anderen Seite geben sich auch die Rechten und die religiösen Dogmatiker als „treue“ Anhänger des Islam aus.

In der künftigen Phase wird es zu einer Differenzierung dieser Kräfte kommen, wozu es bereits Ansätze gibt. Ein Teil der religiösen Kräfte wird den Weg der Zusammenarbeit mit dem Imperialismus einschlagen, um die Machtpositionen der Ausbeuterklassen zu schützen. Ein anderer Teil wird sich den linken Kräften annähern.

Zur Möglichkeit, die Rechten aufzuhalten

Der Prozeß des Erwachens der Volksmassen und ihre Bereitschaft, die Gegner der Weiterführung der Revolution zu bekämpfen, sind ein Faktor, der den Vormarsch der Rechtskonservativen erschwert. Das Gleiche gilt für die revolutionären Einrichtungen wie die „Pasdaran“ (Revolutionswächter), die Wiederaufbauorganisation u.a., die sich vorwiegend aus den werktätigen Schichten rekrutieren. Was die Kommunisten betrifft, so sind sie keine „Zuschauer“ bei dem sich abspielenden Klassenkampf. Sie ergreifen Partei für die revolutionären islamischen Kräfte und beteiligen sich aktiv an den Kämpfen der Werktätigen um ihre Rechte. Sie leisten eine uner müdliche Aufklärungsarbeit unter den Volksmassen und den Anhängern Imam Khomeinis.

Zur Politik der Volksfedayin(M) im Falle eines Sieges der Rechten

Als konsequente Verteidiger der Rechte der Werktätigen werden sich die linken Kräfte mit keiner Herrschaft abfinden, die den Boden des Antiimperialismus verläßt und gegenüber den Volksmassen eine feindselige Haltung einnimmt. Zusammen mit den revolutionären religiösen Kräften, werden wir uns dann zur Wehr setzen.

Aber man kann jetzt für die künftige Situation und die Formen des Klassenkampfes noch kein „Rezept“ entwickeln.

Strategisches Dorf in Xejalbinte

Eine Region wird zum Gefängnis

Sprecher des Guatemaltequischen Komitees der Patriotischen Einheit (CGUP), das die vier Guerillaorganisationen am 18.2.1982 gründeten, erklärten anlässlich des einjährigen Bestehens dieser Organisation, daß von der jüngst durch Ríos Montt angekündigten „Demokratisierung“ des Landes keine ernsthaften Verbesserungen zu erwarten seien. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen kritisierten in den letzten Monaten die vom Montt-Regime errichteten sog. strategischen Dörfer, die an die Praktiken des US-Vietnamkrieges (1964-73) erinnern.

Eines dieser „Modelldörfer“ (so der Montt-Jargon) entstand im Dorf Xejalbinte, nahe der Bezirkshauptstadt von Nebaj/Department El Quiche. Dort gibt es eine Handvoll neuer Häuser, Blech- und Holzhütten, die entlang einer Startbahn angelegt wurden. Sie existieren seit Sommer 1982 und beherbergen 1.500 Menschen, die großteils dem Volksstamm der Ixil und zum kleineren Teil den Quiche angehören. Wie die Einwohner des „Modelldorfs“ von Xejalbinte leben, beschreibt Manuel, einer der Organisatoren des Widerstandes in dieser Region.



Elitetruppen kontrollieren Zwangsarbeiter in den Guerillagebieten

FRAGE: Manuel, könntest du ein wenig schildern, wie die Menschen in diesem „strategischen Dorf“ leben?

MANUEL: Ganze Bauernfamilien sind gezwungen worden, in diese „strategischen Dörfer“ zu ziehen, wo sie ein miserables Leben führen. Sie sind dazu verurteilt, in Abhängigkeit von den Almosen zu leben, die ihnen die Juntaarmee oder nationale und internationale Wohlfahrtsinstitutionen (das Deutsche Rote Kreuz liefert beispielsweise Zelte für diese Dörfer, ein Skandal; d. Red.) gewähren, oder sind angewiesen auf die Hilfe der Nachbarn dieses Dorfes.

Sie sind zu Tatenlosigkeit und ständiger Angst verurteilt, wie sie ihren Lebensunterhalt verdienen können. Sie leben unter strikter militärischer Kontrolle.

FRAGE: Erlauben die Militärs den Einwohnern, sich im Dorf frei zu bewegen?

MANUEL: In diesen „strategischen Dörfern“ existiert der Ausnahmezustand, der bei Einbruch der Nacht gültig ist. Mit anderen Worten: Keiner darf sein Haus verlassen und sich ohne Erlaubnis der Militärs auf der Straße aufhalten.

Um tagsüber in das Dorf zu gelangen oder um es zu verlassen, muß ein Ausweis vorgezeigt werden, der von den Militärs ausgestellt wurde. Jeder Fremde, der in das Dorf kommen will, wird von den Offizieren einem eingehenden Verhör unterzogen. Aus der Hauptstadt wurden „Zivile“ mit dem Auftrag geschickt, den Verkauf auf dem Markt und in den Geschäften zu kontrollieren.

Die Dorfbewohner müssen fast täglich über Lautsprecher Offiziersreden anhören, in denen die Guerilla verunglimpft, die Regierung gerühmt und falsche Versprechen gemacht werden.

Auf diese Weise hat sich jedes „strategische Dorf“ der Region in ein großes Gefängnis verwandelt, dessen unsichtbare Gitterstäbe jedesmal dann zu spüren sind, wenn der Bauer, der Dorfeinwohner, der Indio einen unkontrollierten Schritt gehen will.

FRAGE: Wieviele Soldaten bewachen dieses „strategische Dorf“?

MANUEL: Es gibt hier mindestens 100 Soldaten, die die Einwohner ständig bewachen. Zur Vereinfachung des Überwachungssystems, um die Flucht von Bauern zu verhindern, wurden die Einwohner gezwungen, rund um ihre Häuser in einem Umkreis von mindestens 300 m Gestrüpp und Bäume mit der Machete zu beseitigen.

FRAGE: Gibt es Leute, denen die Flucht aus diesem Dorf gelungen ist?

MANUEL: Trotz ununterbrochener Kontrolle ist es schon hunderten Familien gelungen, zu fliehen – in die Berge oder mit dem Ziel, sich der Guerilla anzuschließen. Viele von ihnen haben die schmerzliche Erfahrung machen müssen, daß ihre Bauernhöfe und Ernten von den Regierungstruppen zerstört wurden. Sie hoffen auf die Solidarität derjenigen, die bereits zuvor geflüchtet sind.

All diese Familien, die durch die Flucht ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, handeln in der Überzeugung, daß der Kampf der einzige Weg ist, der ihnen noch bleibt, auch wenn Verfolgung und Bombenangriffe seitens der Regierungstruppen weitergehen.

FRAGE: Welche Auswirkungen hatten in dieser Region die Politik der Massaker und der „verbrannten Erde“, die von Montt durchgeführt wird?

MANUEL: Ich glaube, daß Montt mit seiner Politik genau das Gegenteil von dem erreicht, was er mit ihr bezweckt. Trotz des Terrors flieht ein Großteil der Bevölkerung in die Berge. Sie glauben den falschen Versprechen der Militärs nicht mehr.

Diejenigen, denen die Flucht gelungen ist, werden niemals die Massaker an den eigenen Familien und ganzen Gruppen von Menschen, die verbrannten Bauernhöfe und abgesäbelten Köpfe vergessen. Sie werden niemals Vertrauen in eine Armee haben, die ihnen die Ernte verbrannt und das Vieh gestohlen hat.

All das sind keine im Radio gehörten oder gelesenen Geschichten – wir haben all das am eigenen Leibe erlebt.

(Quelle: Informador Guerillero (EGP), Guatemala, Nr. 18/Dezember 1982)

Augusta Conchiglia Belastungsprobe für Rawlings



Die menschliche Tragödie, die hervorgerufen wurde durch die brutale und ungerechtfertigte Entscheidung der nigerianischen Regierung, ungefähr 3 Mio Staatsangehörige westafrikanischer Staaten zu vertreiben, hatte ihren letzten Akt noch nicht erreicht, als um den 10. Februar 1983 herum, nach Tagen unbeschreiblicher Leiden und Erniedrigungen, die meisten dieser „Unerwünschten“ sich wieder in den Städten und Dörfern ihrer Heimatländer einfanden.

Die Folgen der wahnwitzigen Maßnahme, zu der Lagos ge-griffen hatte, einer Maßnahme, die in der Geschichte des zeitgenössischen Afrika ohne Beispiel ist, erweisen sich als sehr schwerwiegend und könnten sogar auf die Verantwortlichen in Nigeria zurückfallen. (...)

Von einem Tag zum andern sind die in Nigeria unerwünscht gewordenen Auswanderer aus Ghana, Togo, Benin, Ober-volta und anderen Ländern, ebenso arm wie an dem Tag, als sie von ihrer Heimat aus in das reichste Land Westafrikas aufgebrochen waren, heimgekehrt... Hunger, Durst, Fieber, Cholera und Erschöpfung hatten unterwegs mindestens 100 Personen hinweggerafft, nicht mitgerechnet die, die im Chaos der Abreise umgekommen waren. (...)

Das beängstigende Beispiel „J.J.“

Da die ghanaischen Vertriebenen über verschiedene Grenz-übergänge hereingekommen waren, unter Verhältnissen, die jede Kontrolle unmöglich machten, können die ghanaischen Behörden die Menschenflut nicht abschätzen, die sich über das Land ergossen hat. Aber die ausländischen Beobachter schätzen, daß schon 1,5-2 Mio Ghanaer in ihr Land zurück-gekehrt sind; das wären mehr als 10% der ansässigen Bevöl-kerung.

Und das in einem der ärmsten Länder des Kontinents, das durch die Mißwirtschaft der militärischen und zivilen Regie-rungen ruiniert wurde, die nach dem Sturz Kwame Nkru-mahs 1966 einander abgelöst hatten.

Heute muß sich der Provisorische Rat der Nationalen Vertei-digung (PNDC) des Hauptmanns Jerry J. Rawlings (seit 31. Dezember 1981 wiederum an der Macht; d. Red.) einer Her-ausforderung stellen, bei der nicht weniger auf dem Spiel steht als das Überleben des Landes; sowohl das der Nation als auch das der Regierung.

Die Vertreibungen aus Nigeria haben in Ghana eine solche Situation geschaffen, daß J.J. Rawlings am 13. Februar d.J. die nigerianischen Behörden öffentlich der „Verschwörung gegen sein Land“ beschuldigte. Daß Präsident Shehu Shagari niemals große Sympathien für den Luftwaffenoffizier „J.J.“

hegte, ist allgemein bekannt. Hatte Nigeria nicht am Tage nach der Machtergreifung der progressiven Militärs in Ghana vor einem Jahr sogleich die Ölversorgung Ghanas einge-stellt?

Damals war Libyen J.J. Rawlings zu Hilfe gekommen, der eine der katastrophalsten wirtschaftlichen Situationen in Afrika geerbt hatte. Die westlichen Investoren, die sich schon etwas von den vorhergehenden Regierungen in Ghana abgesetzt hatten, weil sie unfähig waren, ihnen eine ange-messene Kapitalrentabilität zu sichern, schlossen vor dem neuen Regime gänzlich ihre Türen.

Der Internationale Währungsfonds (IMF), von dem die west-lichen Länder grünes Licht erwarteten, um dauerhafte bila-terale Abkommen in Erwägung ziehen zu können, war nicht konzilianter, und die Verhandlungen scheiterten mehrere Male: Die Regierung Rawlings war den Bedingungen unter-worfen, die der IMF regelmäßig für die Gewährung seiner Kredite stellt, Bedingungen die unvereinbar sind mit den Sozialisierungs- und Umstrukturierungsprogrammen vieler fortschrittlicher afrikanischer Länder.

Freier Fall des Kakao-Preises, Produktionsrückgang und ille-gale Ausfuhren haben eine schwierige Finanzlage in diesem Land geschaffen, wo der Bergbau und die weiterverarbei-tende Industrie vom Mangel an Ersatzteilen gelähmt oder behindert sind. Damit befindet sich das Ghana J.J. Raw-lings, das von den Kreditgebern boykottiert wird, in einer gefährlichen Klemme. Eine gewisse Instabilität im Lande wurde durch das Bekanntwerden eines Putschversuches im November 1982 und durch militärische Drohungen aus dem Ausland einen Monat später verstärkt (ein erneuter Putsch-versuch flog im Februar d.J. auf; d. Red.).

Sollte für Lagos der Augenblick gekommen sein, sich eines lästigen Nachbarn zu entledigen, mit dem Segen des CIA, der heute aggressiver ist als je zuvor? In der Tat läßt der Kreuzzug von J.J. Rawlings gegen die Korruption, der in den afrikanischen Armeen schon mehr als einen Anhänger gefunden hat, gewisse Kreise in der nigerianischen Armee nicht gleichgültig. (...)

In der Tat war die Grenze am 21. September 1982 geschlos-sen worden, um den Kakao-Schmuggel bekämpfen zu können. Und im Dezember 1982 wurde sie wegen der Ge-richte über die Vorbereitung eines Söldnerüberfalls auf Ghana abgeriegelt. Außerdem wurden diese Maßnahmen in-mitten des Wahlkampfes für die Präsidentschaftswahlen in Nigeria getroffen, so daß innenpolitische Probleme vielleicht auch eine Ursache dafür waren.

In Krisenzeiten ist tatsächlich nichts einfacher, als die aus-ländischen Arbeiter zu idealen Sündenböcken zu machen

und ein Klima von blindem Fremdenhaß anzuheizen. Doch der Zuwachs an Popularität, die diese Maßnahme Präsident S. Shagari eingebracht hat, ist möglicherweise nur von kurzer Dauer. In Wirklichkeit ist es ungewiß, ob die nigerianischen Arbeitslosen bereit sein werden, die Ausländer zu ersetzen, die meist die unangenehmsten oder Gelegenheitsarbeiten verrichteten, welche in der Regel vom nigerianischen Stadtbewohner abgelehnt werden. (...)

„Sie haben in unserem Land Recht und Ordnung zerstört“, soll der nigerianische Außenminister verächtlich gesagt haben, als er über die vertriebenen Menschenmassen sprach. Nach einigem Zögern fiel die Reaktion der betroffenen Nachbarländer sehr eindeutig aus. Am 10. Februar d.J. wurde Lagos von den fünf französischsprachigen Staaten Togo, Niger, Obervolta, Benin und Elfenbeinküste wegen der Art und Weise, wie die Vertreibung der Ausländer durchgeführt worden war verurteilt. Nigeria hatte sich nicht einmal die Mühe gemacht, sie vorher zu informieren, so daß sie die nötigen Maßnahmen für ihre Aufnahme hätten in Gang setzen können.

Die einzige Stimme zugunsten von Lagos war die von Hissène Habré, für den die 150.000 Staatsangehörigen des Tschad, die mit leeren Händen zurückgekommen sind, nichts bedeuten gegenüber der „Dankbarkeit“, die der Herr von N'Djamena gegenüber Lagos wegen der nigerianischen Haltung im Tschad-Konflikt (siehe AIB 3/1982, S. 36-37; d. Red.), empfindet.

In Ghana hat die Wärme des Empfangs für die Neuangekommenen, die alle Erwartungen übertraf, den Nationalismus wiederaufleben lassen. (...)

Die Situation in Ghana ist schlimm: Zum Beispiel war für 1983 ein Nahrungsmitteldefizit von 380.000 t Getreide vor-

ausgesagt worden. Jetzt wird es auf mindestens 0,5 Mio t geschätzt. Am 2. Februar d.J. veröffentlichte Ghana einen dringenden Appell für internationale Hilfslieferungen von 250.000 t Mais, Kindernahrung, Medikamenten, Reifen, Krankenwagen usw. Aber es wird auch eine beträchtliche finanzielle Hilfe benötigen, um die Wiederbelebung der Wirtschaft zu sichern, besonders des landwirtschaftlichen Sektors, der die Mehrzahl der Vertriebenen wird integrieren müssen.

Einige nordeuropäische Länder, Sonderorganisationen der Vereinten Nationen sowie Libyen haben schon auf diesen Appell reagiert. Sie haben Medikamente und Decken geschickt. Aber die meisten westlichen Länder, vor allem die der EG, haben nur langsam reagiert. Zudem muß die bescheidene Hilfe, zu der sie sich bereithalten, zwischen Ghana, Benin und Togo aufgeteilt werden. Ghana wird zum Beispiel nur 60 von den 720 t Mais bekommen, die die Vereinigten Staaten in diese drei Länder schicken.

Die Heimkehrer „geistig umstellen“

Im übrigen ist die Reagan-Administration dem Regime des Hauptmanns Rawlings ebenfalls nicht wohlgesonnen. Im Plan zur Rückeroberung des revolutionären Afrika, der von der jetzigen Administration – die den Tschad dank der Beihilfe S. Shagaris schon „wiedergewonnen“ hat – aufgestellt wurde, erscheint Ghana immer an der Spitze der Liste. Aber die „nigerianische Karte“, die zu oft ausgespielt worden ist, läuft Gefahr „sich abzunützen“.

Die Rolle, die dieses Land bei der Lähmung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) spielt, offenbart sowohl seine Unterwerfung unter die Washingtoner Strategen wie seinen fortschreitenden Verlust an Vertrauen in der Region und in Afrika. (...)

Für Ghana hat das Spiel erst begonnen mit noch einigen bedrohlichen Unbekannten: der Reaktion der westlichen Länder in der nächsten Zeit, die die wirtschaftliche Lage mehr oder weniger erleichtern könnten, aber auch der Gefahr, daß das massenhafte Hereinströmen von Vertriebenen die Infiltration von Elementen erlaubt hat, die in Sabotage und Terror ausgebildet sind. Eine ideale Gelegenheit für die Feinde Ghanas! ... denkt man in Akkra.

Im Augenblick haben es die Behörden nur mit einigen Fällen von Verbrechen zu tun, wie sie in Lagos vorkommen. Der ghanaische Kommandant Obimpeh, der das Schicksal der vertriebenen Ghanaer beklagte, hat dabei im übrigen erklärt, daß Gewalttätigkeiten streng unterdrückt würden.

In einem Leitartikel des Daily Graphic von Akkra betonte man das Verständnis der Behörden für die Gefühle der Enttäuschung, der Verzweiflung, der Frustration und der Enttäuschung, die die Maßnahme bei diesen Ghanaern ausgelöst hatte. Aber man erinnerte auch an die Notwendigkeit für diejenigen, die unversehrt heimkehren konnten, „sich schnell geistig umzustellen“: „Unsere Brüder und unsere Schwestern“, fuhr die ghanaische Zeitung fort, „müssen sich bewußt sein, daß sie aus einer kapitalistischen und neokolonialen Gesellschaft kommen, wo das Ausmaß an Korruption, an Diebstahl und an Arbeitslosigkeit sehr groß ist ... und daß sie sich in einem Land befinden, das den Aufbau eines Systems begonnen hat, das gerecht und frei von Ausbeutung und Unterdrückung ist.“

Zum Schluß wurden die „Deportierten“ aufgefordert, sich bei den örtlichen Behörden anzumelden, um ihre Integration in die Produktionssektoren zu erleichtern, wie etwa das Bauwesen, oder besonders im ländlichen Milieu der Kakaoanbau und die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Mit anderen Worten, ein Appell zum nationalen Wiederaufbau. (Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 290/28.2.1983, S. 15-17)



Massenexodus von Ghanaern aus Nigeria

Hans Mayer

Von der Reform zur Krisenkur Zum 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission

Drei Jahre sind verstrichen, seit die 1977 ins Leben gerufene Nord-Süd-Kommission unter Leitung des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt ihren Bericht zu Fragen der internationalen Entwicklungspolitik der Öffentlichkeit vorstellte.¹ Jetzt ist ihr 2. Bericht² erschienen – eine Bilanz und ein wahrscheinlich letzter mahnender Versuch der Kommission, eine „Wende“ in der weltwirtschaftlichen Entwicklung einzuleiten, nachdem der Nord-Süd-Gipfel in Cancún/Mexiko im Oktober 1981 ihre Reformvorschläge praktisch zur Makulatur werden ließ.³

Der 2. Bericht ruft zu koordinierten Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene auf, um das auf Grund gelaufene Schiff „Weltwirtschaft“ wieder flott zu machen. Nach Auffassung der Kommission kann dies nur über eine großzügige Ausweitung der Entwicklungsfinanzierung erreicht werden.

Dieses von dem britischen Ökonomen J.M. Keynes entlehnte weltwirtschaftliche Modell zur Krisenbewältigung stellt denn auch eine klare Absage an die in den letzten Jahren vorherrschenden Auffassungen der Monetaristen dar, mit Hilfe von antiinflationistischen Maßnahmen das Investitionskarussell wieder in Gang zu bringen. Ganz im Gegenteil, die Politik des knappen Geldes habe zur Rezession wesentlich beigetragen.

Ein pragmatisches Minimalprogramm...

Zu spüren bekamen das in erster Linie die Entwicklungsländer, die enorme Zinsleistungen und sinkende Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen zu verkraften hatten. Augenfälligstes Ergebnis dieser Entwicklung ist der steigende Schuldenberg in den Ländern der Dritten Welt und in einzelnen Fällen – wie Mexiko – sogar eine vorübergehende Zahlungsunfähigkeit. Umschuldungen wurden nötig. Die Wiederholung eines Bankenzusammenbruchs à la 1929 scheint nicht mehr undenkbar.

Die Kommission konnte sich bestätigt fühlen. Die in ihrem 1. Bericht geäußerten Befürchtungen über sich verschlechternde Nord-Süd-Beziehungen und die düsteren Aussichten für die Weltwirtschaft sind noch übertroffen worden. Wie ein roter Faden zieht sich diese Erkenntnis durch diesen vorliegenden 2. Bericht.

Heute geht es der Kommission allerdings nur noch ganz schlicht um die Verhinderung eines weltwirtschaftlichen Zusammenbruchs. Das ist zweifellos ein recht pragmatischer Ansatz. Zwar soll das von W. Brandt und seinen Mitarbeitern vorgestellte Sofortprogramm kein Ersatz für die längst überfälligen Reformen des Weltwirtschaftssystems sein, aufgeschoben ist schließlich nicht aufgehoben! Aber es ist völlig klar, daß sich darin auch eine Konzession an die besonders harte Haltung der USA gegenüber allen Reformierungsversuchen des Weltwirtschaftssystems widerspiegelt.

Die Brandt-Kommission mußte wiederholt zur Kenntnis nehmen, daß ihre Vorschläge gegenwärtig keine Chance haben, in die politische Praxis der Mehrzahl der kapitalistischen Länder Eingang zu finden. Und sie hat sich dieser Entwicklung, wenn auch widerwillig, angepaßt.

Keine der damals vorgeschlagenen Reformen wurde praktisch in Angriff genommen, so bilanziert der 2. Bericht. Der Nord-Süd-Gipfel von Cancún führte zu keinerlei konkreten Maßnahmen, der Ressourcentransfer ist rückläufig, und die Rohstoffabkommen sind keinen Schritt vorangekommen. Der Bericht versäumt es nicht, die USA für ihre negative Rolle an den Pranger zu stellen. Doch scheint die Rolle anderer Länder kaum ermutigender.

Nun hätte diese Erkenntnis die Kommission dazu bewegen können, ihr 1980 formuliertes Dogma von den „gemeinsamen Interessen von Nord und Süd“ zu überprüfen. Das hat sie nicht getan. Stattdessen beließ sie es bei dem mahnenden Appell, daß die gemeinsame Krise einer gemeinsamen Antwort bedürfe.

Nun also ein Minimalprogramm. Es enthält im wesentlichen zwei Elemente:

Erstens wird die Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel für die Länder der Dritten Welt gefordert, und zwar über eine Erhöhung der Einlagequoten der kapitalistischen Industrieländer beim Internationalen Währungsfonds (IMF), eine Erweiterung der allgemeinen Kreditvereinbarungen, Maßnahmen zur Überbrückungsfinanzierung bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten und eine merkliche Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten.

Von der westlich dominierten Weltbank und ihrer Unterorganisation IDA (Internationale Entwicklungsorganisation) wird eine Ausweitung der Kreditmöglichkeiten für Länder mit niedrigerem Einkommen gefordert. Und schließlich werden die kapitalistischen Industrieländer angemahnt, innerhalb der nächsten fünf Jahre endlich die öffentliche Ent-



Kommissionsvorsitzender W. Brandt 1981 vor der Welternährungsorganisation (FAO) in Rom

wicklungshilfe auf 0,7% des jeweiligen Bruttosozialprodukts anzuheben. Bis 1985 bereits sollen 0,15% des Bruttosozialprodukts für die ärmsten Entwicklungsländer (LLDCs) zur Verfügung gestellt werden. All dies soll ein wesentlicher Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Verschuldungs-, Zahlungsbilanz- und Bankenkrise sein.

Zweitens wird für eine nicht näher bestimmte Zukunft an einer Reform der 1944 und danach geschaffenen Bretton-Woods-Institutionen (vor allem des IMF und des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens – GATT) festgehalten. Gedacht ist dabei an eine Fortentwicklung des IMF in Richtung auf eine Weltzentralbank, eine Reform des Währungssystems und eine größere Teilhabe der Entwicklungsländer an den Entscheidungsprozessen in internationalen Finanzinstitutionen.

Vorläufig beläßt man es jedoch bei Empfehlungen, die darauf zielen, die bekannt scharfen Eingriffe des IMF in die nationale Wirtschaftspolitik unabhängiger Länder abzuschwächen. Dieses zweite Element, das über ein Sofortprogramm hinausgeht, erscheint indes vage und mit äußerster Vorsicht formuliert.

Gleiches kann im großen und ganzen von den restlichen Vorschlägen gesagt werden, sieht man einmal von internationalen Investitionsgarantien für privates Kapital oder der Schaffung einer Energieagentur ab. Die Vorschläge gegen den Handelsprotektionismus oder für den Abschluß neuer Rohstoffabkommen bleiben weitgehend unspezifisch. Insgesamt ist also wenig Substantielles von den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung übriggeblieben.

Wie steht es aber um die Realisierungschancen für das Minimalprogramm? Der IMF fand sich bereit, die allgemeinen Kreditvereinbarungen entsprechend zu erhöhen; aber die jetzt vorgesehene Quotenerhöhung beträgt mit 50% nur die Hälfte der Brandt-Forderung.

Alles weitere steht auf dem Blatt der kommenden Nord-Süd-Verhandlungen. Auf der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), die im Juni d.J. in Belgrad stattfinden wird, geht es um die Gesamtheit der Weltwirtschaftsbeziehungen, insbesondere um die Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer. Die Hoffnung darauf, daß die Verantwortlichen in den kapitalistischen Industrieländern die Erfahrungen aus dem Schuldendilemma zum Anlaß für entwicklungspolitische Zugeständnisse nehmen, ist wohl eher gering einzustufen.

Zwei neue Berichte der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu Entwicklungsfragen verdeutlichen den gegenwärtigen Trend: Sie halten eine Reform der Weltwirtschaft für unnötig und plädieren stattdessen für härtere Kreditbedingungen.⁴ Ob die Entwicklungsländer dem in Belgrad etwas entgegenzusetzen vermögen, wird sich zeigen.

Der Nord-Süd-Gipfel in Cancún und die Umschuldungsverhandlungen mit Mexiko im Herbst 1982 haben jedenfalls deutlich gemacht, daß die USA ihren Finanzhebel wirksam einzusetzen wissen. Ein Verhandlungsergebnis, das eine weitere Verschlechterung des Status quo in den Entwicklungsländern verhindert, wäre deshalb zum jetzigen Zeitpunkt schon ein kleines Wunder. Genau das aber ist es, was der Brandt-Bericht erreichen möchte.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980
- 2) Hilfe in der Weltkrise. Der 2. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Reinbek 1983
- 3) Zu den Ergebnissen des Nord-Süd-Gipfels in Cancún siehe: AIB 1/1982, S. 53-54
- 4) Vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 288/21.1.1983

Wichtigste Vorschläge des 2. Nord-Süd-Berichts:



Finanzen:

- Merkliche Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds (IMF) mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer.
- Quotenerhöhung des IMF um mindestens 100%.
- Dringende Autorisierung des IMF, die Entwicklungsländer durch Ausweitung und Vergrößerung der allgemeinen Kreditvereinbarungen zu unterstützen.
- Erhöhte Kreditaufnahme bei Zentralbanken und auf dem privaten Kapitalmarkt.
- Ausweitung und Verbesserung der kompensatorischen (ausgleichenden) Finanzierungsmöglichkeiten durch den IMF.
- Modifikationen in den Bedingungen für IMF-Kredite (der Lage der Empfängerländer angepaßt; größere Verfügbarkeit von Krediten mit geringen Auflagen; stärkere Berücksichtigung der Angebotsfaktoren; mehr Nachdruck auf Produktion, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und gleichmäßigere Einkommensverteilung; verbesserte Bedingungen für ärmere Kreditnehmer).
- Ausweitung der Kreditmöglichkeiten der Weltbank.
- Verdoppelung der öffentlichen bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe an die ärmsten Entwicklungsländer bis 1985, damit das Ziel von 0,15% am Bruttosozialprodukt der Geberländer erreicht wird.
- Vollständige Erfüllung der Vereinbarung, den am wenigsten entwickelten Ländern (LLDCs) alle Rückzahlungen auf öffentliche Entwicklungskredite zu erlassen.
- Erneute Verpflichtung, das 0,7%-Ziel innerhalb von fünf Jahren zu erfüllen.
- Reform des IMF und der Weltbank in Richtung auf verstärkte Mitspracherechte der Entwicklungsländer.
- Internationale Währungsreform mit den Sonderziehungsrechten als hauptsächlichem Reservemedium.

Handel:

- Erneute Verpflichtung zu den Grundsätzen eines offenen, nach vereinbarten Regeln funktionierenden Handelssystems.
- Baldige Ratifizierung des „Gemeinsamen Fonds“ und Vereinbarung neuer Rohstoffabkommen im Rahmen des Integrierten Rohstoffprogramms der UNCTAD sowie Erhöhung der Kompensationszahlungen bei Exporterlöschwankungen.

Verhandlungen:

- Dringende internationale Wirtschaftsberatungen über Sofortmaßnahmen.
- Möglichst baldiger Beginn der Globalverhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, wobei der UN-Vollversammlung eine zentrale Rolle zukommt.

Alfons I. Bresche

„Dritte Welt und Frieden“



Im Podium (v.l.n.r.): R. Bräuer (BUKO), A. Flues (AAB) und Werner Rätz (KK3W-Sprecher)

„Die geplante Stationierung neuer atomarer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa bzw. der Bundesrepublik bedroht nicht allein Europa. Sie stellt zugleich den Versuch seitens der Reagan-Administration dar, sich Freiraum gegenüber den Völkern und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt zu verschaffen.“

Auf diesen gemeinsamen Nenner brachte Werner Rätz, Sprecher des Koordinierungskreises 3. Welt (KK3W), den Diskussionsverlauf der Veranstaltung „Dritte Welt und Frieden“, die vom 18.-20. Februar in Frankfurt stattfand.

Einigkeit erzielte man auch in der Benennung der **Hauptursache für die derzeit erhöhte Kriegsgefahr**, die man in den Atomkriegsvorbereitungen und den dahinter stehenden Weltherrschaftsansprüchen Washingtons ausmachte. Und in der Betroffenheit von dieser globalen Bedrohung, so hielt man in Frankfurt weiter fest, bestehe die grundlegende Interessengemeinsamkeit zwischen Friedens- und Solidaritätsbewegung hierzulande, zwischen den Völkern Westeuropas und der Dritten Welt.

Aus dieser Erkenntnis leitete das Abschlußplenum des Seminars an praktischen Konsequenzen für das Jahr 1983 ab: Die Solidaritätsbewegung pflegt weiterhin den konstruktiven **Dialog mit der Friedensbewegung** und will sich an deren zentralen Aktivitäten beteiligen, von den Ostermärschen (2.-4. April d.J.) über die Friedenswochen im Mai/Juni 1983 bis hin zur Aktionswoche gegen die Raketenstationierung vom 15.-22. Oktober 1983.

Die Repräsentanten der Dritte-Welt-Gruppen wollen hierbei in zwei Richtungen wirken: Einmal wollen sie in ihren eigenen Reihen das Informationsniveau über die (atlantisch-europäische) Friedensthematik anheben helfen. Zum anderen möchten sie darauf hinarbeiten, daß die Solidaritätskomitees sich vorort stärker in die Friedensbewegung einbringen, d.h. die Zusammenarbeit suchen und ihre Erkenntnisse über die globalen Zusammenhänge der imperialistischen Konfrontationspolitik in die Friedensszene hineinvermitteln.

Dabei sollte die Aufgabenstellung der Friedensbewegung, die in erster Linie auf das Vereiteln der Stationierung neuer

atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik abzielt, respektiert und unterstützt werden. Dies bedeutet nicht, daß die Identität und die ureigenen Anliegen der Dritte-Welt-Bewegung geopfert werden müßten.

Insofern wurde das Anliegen positiv aufgegriffen, das die Veranstalter des Frankfurter Treffens, die im KK3W zusammengeschlossenen acht Solidaritätsgruppierungen (Anti-Apartheid-Bewegung, Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Informationsbüro Nicaragua, Informationsstelle El Salvador, Informationsstelle Guatemala und Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba), im Auge hatten. Anders als auf dem 6. BUKO von Mannheim im November 1982 (siehe AIB 1/1983, S. 46-47) verlief dieses Mal die Debatte mit Vertretern der Friedensbewegung schon im Rahmen der Podiumsdiskussion auffällig konstruktiv.

Die Diskussionsredner Lilo Rademacher (DGB-Jugendsekretärin Rheinland-Pfalz), Karl D. Bredthauer (Blätter für deutsche und internationale Politik), Dietrich Schulze-Marmeling (Bundeskongreß Autonomer Friedensgruppen) und Barbara Lukas (KK3W) stimmten überein, daß das Verhältnis Frieden und Dritte Welt gegenwärtig vor allem über die US-Globalstrategie hergestellt werde.

K.D. Bredthauer leitete seine Thesen (siehe Kasten) vom geheimen **Leitlinien-Dokument des Pentagon** aus dem Jahre 1982 ab. Er begründete, weshalb der darin einkalkulierte Weltkrieg „keinen Bogen um die Dritte Welt machen“ und welche verheerenden Folgen der atomare „Enthauptungsschlag“ gegen den globalen Widerpart Sowjetunion für die Länder der Dritten Welt haben müßte.

D. Schulze-Marmeling verwies auf die Rolle der Bundesrepublik als logistische Basis für die **Schnelle Eingreiftruppe der USA** (Startbahn West, Host Nation Support Programm). Er betonte, daß es u.a. gelte, die Friedensbewegung von eurozentristischer Verengung freizumachen. Denn die Friedensbewegung müsse – ohne ihre erstrangige Aktionsorientierung auf die Mittelstreckenfrage anzuzweifeln – schon deshalb den „kleinen Kriegen“ in der Dritten Welt mehr Aufmerksamkeit schenken, weil diese Ausgangspunkte für globale Kriege werden könnten.

Hans Verheven (Bundestagsabgeordneter der Grünen) merkte an, daß die Entwicklung moderner Präzisionswaffen von enormer Bedeutung für die Dritte Welt sei, da sie der Interventions- und Drohpolitik gegen die Befreiungsbewegungen zusätzliche Möglichkeiten eröffne.

Die hier eingeschnittenen Fragen wurden auf dem KK3W-Seminar in sechs Arbeitsgruppen (AG) – u.a. über regionale Konflikte und Weltkriegsgefahr, Befreiungsbewegungen und bewaffneter Kampf, Alternativen der Sicherheits- und Entwicklungspolitik – weiterdiskutiert.

Das gilt besonders für die AG 1, in der die **Auswirkungen der Raketenstationierung auf die Dritte Welt** anhand der Thesen K.D. Bredthauers erörtert wurde. Hier formulierte man den von W. Rätz wiedergegebenen Konsens, daß der Widerstand gegen die Atomraketenstationierung auch zen-

trale Aufgabe der Dritte-Welt-Gruppierungen sein müsse. Ihr spezifisches Interesse: Die USA und ihre NATO-Verbündeten möchten mit diesen neuen Mittelstreckenraketen in Westeuropa – so begründete D. Schulze-Marmeling in einem Papier zur AG 1 – „ein atomares Erpressungspotential in der Hand haben, das der Sowjetunion die reale Vernichtung glaubwürdig androhen kann, wenn sie die Intervention des 'freien Westens' in der 'Dritten Welt' stören sollte. Atomare Erstschlagskapazität soll den USA einen 'Knüppel' verschaffen, mit dem sie einer arg angeschlagenen und überholten 'Pax Americana' in der 'Dritten Welt' zu neuer Gültigkeit verhelfen kann. Doch muß es nicht bei einer bloßen Drohung bleiben: Vielmehr wird erwogen, einen regionalen Konflikt bewußt zu einer globalen nuklear-strategischen Auseinandersetzung gegebenenfalls eskalieren zu lassen...“ Besondere Beachtung verdient auch das Diskussionsergebnis der AG 6, die sich mit der Militarisierung der Dritten Welt und den Rüstungsexporten befaßte.

Hier wurden, gestützt auf Ausführungen von Lothar Brock (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) und Wolff Geissler (AAB), zwei Gesichtspunkte herausgearbeitet, die von der Dritte-Welt-Szene vordringlich in die Friedensbewegung eingebracht werden sollten: Zum einen führen das globale Wettrüsten wie verstärkte Rüstungsexporte in die Dritte Welt dazu, daß deren Unterentwicklung, Hungerproblem und Massenelend nur weiter verschärft werden. Zum anderen gilt es, den zunehmenden bundesdeutschen Rüstungsexporten in die Dritte Welt, insbesondere an geächtete Diktaturregimes wie in Südafrika oder Chile, den Kampf anzusagen, weil sie den Konfliktstoff und die Kriegsgefahr in der Dritten Welt zusätzlich erhöhen. Alles in allem tat die Solidaritätsbewegung mit der Frankfurter KK3W-Veranstaltung ermutigende Schritte nach vorn, Schritte hin zur solidarischen Aktionseinheit mit der Friedensbewegung, Schritte auch in Richtung einer konstruktiven Diskussion in der Dritte-Welt-Bewegung.

Thesen von Karl D. Bredthauer

A. Die sog. Nachrüstung, d.h. die Stationierung von US-Erstschlagsraketen in Westeuropa, ist zentraler Bestandteil einer politisch-militärischen Globalstrategie der USA, die für die (Wieder)Herstellung der weltweiten Vorherrschaft Amerikas/des Kapitalismus einen Atomkrieg gegen die andere Weltmacht und damit einen nuklearen Weltkrieg zu riskieren bereit ist.

Gültiger Ausdruck dieser Strategie ist zur Zeit das sog. Leitlinien-Dokument des Pentagon – enthüllt von der New York Times (am 31.5.1982, deutsche Übersetzung in: Blätter f. dt. u. int. Politik, Nr. 8/1982), aus dem hervorgeht, daß die USA Gewalt als Hauptmittel zur Durchsetzung ihrer Vorherrschaft betrachten und dementsprechend dazu rüsten, auf jeder Konfliktebene – von „verdeckten Operationen“ z.B. in Osteuropa über offene Interventionen und „konventionelle“ Kriege vor allem in der Dritten Welt bis zu „begrenzten“ oder „allgemeinen“ Atomkriegen – „siegen“ und eine „Nachkriegs-Weltordnung“ nach Maßstab „westlicher Werte“ erzwingen zu können.

(Vgl. „Leitlinien-Dokument“ (LD), S. 1012 f. Ebenda heißt es: „Grundlage der Atomkriegsstrategie wäre die sogenannte Enthauptung“ der Sowjetunion (LD 1012) mit dem Ziel, „die gesamte sowjetische (und mit der Sowjetunion verbundene) militärische und politische Machtstruktur auszuschalten“ (LD 1014). Die ersten – und bis Anfang der 90er Jahre einzigen – für die Durchführung eines solchen „Enthauptungsschlages“ verfügbaren Atomwaffen der USA wären die 108 Pershing-II-Raketen, die laut „Nachrüstungs“-Beschluß von diesem Jahr an in der Bundesrepublik stationiert werden sollen.)

B. Die „Nachrüstung“ – Spitze eines im „Leitlinien-Dokument“ voll sichtbar werdenden Eisbergs – gefährdet also nicht „nur“ die „zweite“ Welt, insbesondere die UdSSR, auf die die neuen US-Erstschlagsraketen zielen, und nicht nur die Stationierungsländer in der „ersten“ Welt, vor allem die BRD (aber auch die USA würden kaum von Gegenschlägen verschont bleiben), sondern teils mittelbar, teils unmittelbar auch die „dritte“ Welt:

1. weil das Pentagon-Programm alle Regionen der Welt erfaßt und einen Weltkrieg einkalkuliert. Ein Weltkrieg würde keinen Bogen um die Dritte Welt machen;

2. weil die „Option“ einer „Ausschaltung“ der anderen Weltmacht durch einen nuklearen Überraschungsangriff, speziell durch einen „Enthauptungs“-Schlag mithilfe der Pershing-II-Raketen, auf die (Wieder)Herstellung der alleinigen Verfügungsgewalt der USA/des Kapitalismus über alle Teile der Welt abzielt. Nach „Ausschaltung“ des einzigen globalen Widerparts der USA sähen sich die Länder der Dritten Welt einem allenfalls mit dem Kolonialzeitalter vergleichbaren Unterwerfungsdruck ausgesetzt;

3. weil als Preis für einen amerikanischen „Sieg“ große Teile Europas geopfert, d.h. dem mehr oder weniger automatischen Gegen- oder Präventivschlag ausgeliefert werden würden. Europa würde also als möglicher Kooperationspartner für die Dritte Welt auf unabsehbare Zeit ausscheiden (auch als Konkurrenz und gewisses innerkapitalistisches Gegengewicht zu den sonst übermächtigen USA);

4. weil eine US-Vorherrschaftsstrategie, die den Nuklearkrieg riskiert und dabei hunderte Millionen Menschen auf der Gegenseite, hunderte Millionen Menschen bei den eigenen Verbündeten und

Millionen Amerikaner zu opfern bereit ist, erst recht im Umgang mit der Dritten Welt kaum noch Skrupel an den Tag legen würde;

5. weil ein Weltkrieg nicht „nur“ Europa und große Teile der UdSSR zerstören, sondern auch die USA lange Zeit mit der Überwindung der Kriegsfolgen im eigenen Bereich beschäftigt halten würde und damit das Weltindustriepotential für die Dritte Welt fast völlig unerreichbar werden würde (als Potential möglicher Finanz-, Ausrüstungs- und know-how-Hilfe für die Lösung der eigentlichen globalen Probleme, die die Zukunft der Menschheit unsicher machen und die in der Dritten Welt als Hunger, Seuchen, Umweltzerstörung usw. in zugespitzter Form in Erscheinung treten, nach einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller drei Welten geradezu schreien);

6. weil die bisher völlig unerforschten und unkalkulierbaren Folgen eines nuklearen Krieges (selbst eines „begrenzten“, wenn so etwas möglich wäre) die Umwelt global schädigen und Klimakatastrophen, Verseuchung usw. auch in der Dritten Welt bewirken würden – selbst wo diese nicht unmittelbar in einen nuklearen Ost-West-Konflikt hineingezogen würde;

7. weil eine Region der Dritten Welt, der Raum des Persischen Golfes, in vielen US-Szenarien neben Westeuropa als zentrales Schlachtfeld eines Entscheidungskampfes gilt, in dem die Sowjetunion durch Androhung der „Enthauptung“ mittels Pershing II „neutralisiert“ oder durch Exekution dieser Drohung ein für allemal ausgeschaltet werden soll (wobei es den USA dann so oder so ermöglicht werden soll, im Iran und im gesamten Golfraum völlig ungehindert „nach dem Rechten zu sehen“);

8. weil das Aufrüstungsprogramm, dessen – in der bundesdeutschen und westeuropäischen Auseinandersetzung zur Zeit ausschlaggebender – Bestandteil die „Nachrüstung“ ist, schon im Frieden die zivilen Wirtschaftspotentiale und Haushalte ruiniert und u.a. Kaufkraft zerstört, die für Handelsaustausch und Zusammenarbeit, für eine kooperative Lösung der Probleme in der Dritten Welt nutzbar gemacht werden könnten;

9. weil dieses Aufrüstungsprogramm die rechtsten und aggressivsten Kräfte in den USA, Westeuropa und Japan stärkt (Reagan, Thatcher, Nakasone usw.), die auf gewaltsame „Konfliktlösung“ nach innen und außen setzen – nicht zuletzt im Umgang mit der Dritten Welt (Mittelamerika, Libanon, Falkland-Krieg usw.);

10. weil eine mit dem Aufrüstungs- und Konfrontationskurs einhergehende Mobilisierung der „öffentlichen Meinung“ in den westlichen Hauptländern nach rechts die ohnehin schwachen Voraussetzungen für die Entwicklung einer gleichberechtigten Nord-Süd-Zusammenarbeit bzw. -Konfliktlösung ebenso untergräbt wie die Grundlagen der friedlichen Koexistenz (Belebung der alten Feindbilder und Bedrohungslügen, Projektion der Krisenängste und -aggressionen nach außen, gegen innere und äußere Sündenböcke: Türken und Scheichs, Kommunisten und Russen usw.);

11. weil eine Solidarität mit den Überlebens- und Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die sich der aktiven Solidarität mit der Bewegung für ein Überleben der eigenen Länder/Völker und für ihre Befreiung von der globalen Vorherrschaftsstrategie der USA enthielte, keine große Hilfe für die Dritte Welt wäre – nicht erst dann, wenn die Realisierung des „Plans Euroshima“ auch der Dritte-Welt-Solidarität in Europa ein physisches Ende machte.

Mahatma Gandhi im Film

Mahatma Gandhis Philosophie der Ahimsa (Gewaltlosigkeit), des gewaltlosen Protestes (Satyagraha), ist seit Jahren Diskussionsstoff in der Friedensbewegung, deren Kampfformen sie mitgeprägt hat. Bücher von und über M. Gandhi erleben eine Renaissance und zeigen auf, daß seine Ideale nach wie vor aktuell sind.

35 Jahre nach seiner Ermordung (am 30.1.1948 durch einen fanatischen Hindu-Chauvinisten) läuft ein breitangelegtes Filmepos über ihn auch in bundesdeutschen Kinos an: „Gandhi – Sein Triumph veränderte die Welt für immer“, Großbritannien 1982. Der Produzent und Regisseur Sir Richard Attenborough („Die jungen Löwen“, „Die Brücke von Arnheim“) drehte den dreistündigen rund 60 Mio DM teuren Streifen mit finanzieller Unterstützung der indischen Regierung.



Mahatma Gandhi (l.) – Filmheld und Symbolfigur der nationalen Befreiungsbewegung und der Friedensbewegung

Als Beraterin fungierte keine geringere als Premierministerin Indira Gandhi, die im übrigen mit Mahatma Gandhi nicht blutsverwandt ist. Dementsprechend ist das Gandhi-Bild im Sinne der britischen und indischen Bourgeoisie von antikapitalistischen Aspekten in seinem Handeln gereinigt.

Der Film zeigt in konventionell einfacher Machart die Person Gandhis und ihr Wirken chronologisch geordnet, angefangen mit seinem Kampf um die Rechte der damals etwa 850.000 Inder in Südafrika vor dem 1. Weltkrieg bis zu seiner Ermordung im Jahre 1948, eine Szene, die den Film sowohl einleitet als auch beendet.

Mahatma Gandhis Widersprüchlichkeiten (man denke an seinen militärischen Einsatz auf Seiten Großbritanniens gegen die Buren), das Werden seiner Persönlichkeit, seiner Anschauungen, fehlt im Film zugunsten einer gradlinig angelegten Story, die Episodenhaftes aus seinem Leben aneinanderreihet.

Wenig Berücksichtigung findet die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit Indiens, die höchstens in ästhetisierten Postkartenbildern indischer Armut zum Ausdruck kommt. Eindringlich und mitreißend ist dagegen die Darstellung des indischen Befreiungskampfes gelungen, wobei die humanistischen Ideale besonders zur Geltung kommen.

Einen der Höhepunkte bildet die Darstellung des Massakers von Amritsar im Jahr 1919, wo die britischen Kolonialtruppen über 1.400 unbewaffnete Demonstranten niederschossen. Hier ist der unerschütterliche Wille der Massen, das koloniale Joch endgültig abzuschütteln, genauso überzeugend dargestellt wie die ungeheure Brutalität des kolonialen Herrschaftsapparats.

Leider wird die letzte Aussage im weiteren Verlauf des Films relativiert, indem Massaker und Repressionen hauptsächlich Einzelpersonen, wie einem mordlüsternen General (verkörpert durch Edward Fox) zugeschoben werden, während die aufgeklärten gebildeten Kolonialisten ihre tiefe Abscheu vor solchem Völkermord und vernünftige, um Einsicht bemühte Ansichten artikulieren.

Inbegriff des gewaltlosen Befreiungskampfes

Herausragend ist die schauspielerische Leistung des Gandhi-Darstellers Ben Kingsley, der in Gestik und Mimik dem Original faszinierend gleicht. Er versteht es souverän, die den Film tragende Rolle lebendig und überzeugend auszugestalten.

Andererseits sind einige Verfälschungen der historischen Wirklichkeit festzuhalten. Beispielsweise wird der Eindruck erweckt, die Hungerstreiks M. Gandhis und seiner Mitstreiter hätten sich allesamt gegen gewalttätige Ausschreitungen von Teilen der Massenbewegung gerichtet.

Zudem schweigt sich der Film über die konkreten Gründe, die Ursachen der Befreiungsbewegung aus. Folglich erscheint sie als eine rein „spirituelle“ Bewegung. Der Geisteshaltung wird Vorrang eingeräumt, die politischen Hintergründe bleiben im wesentlichen ausgespart.

Beeindruckend dagegen sind der „Salzmarsch“ Mahatmas Gandhis (1930), seine Reisen durch das Land, seine asketische Lebensweise dargestellt, die seine Ausstrahlung auf die Massen erahnen läßt, wenn auch manche Szenen überzogen anmuten und, den Bibelfilmen der 50er Jahre ähnlich, Weltanschauungen werbewirksam verkaufen.

Insgesamt bleibt neben den erwähnten Schwächen als gewichtige Pluspunkte die zentrale Aussage des Films zu erwähnen: Die Absage an den Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen sowie das Plädieren für friedliche Konfliktlösungen und in diesem Sinne kämpferische Aktionen. Dies ist gerade in einer Zeit, in der es in hiesigen Breiten gilt, gegen die geplante Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Widerstand zu leisten, von Bedeutung. So gesehen ist der Film, besonders wegen seiner emotionalen Wirkung, ein Erlebnis und erscheint eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung vielversprechend.

A. Kagerer

Vor 15 Jahren starb Martin Luther King

„Ich habe einen Traum...“ So begann seine berühmteste Rede. Sie beschwor ein Amerika der Gerechtigkeit und der Gleichheit aller Rassen, erkämpft ohne Gewaltanwendung. Am 4. April 1968 bedeutete eine Gewehrkegel seinen Kampf, den Kampf des Dr. Martin Luther King für diesen Traum. Stokeley Carmichael, einer der Führer der militanten afroamerikanischen Widerstandsbewegung, verkündete: „Gestern Abend hat das weiße Amerika dem schwarzen Amerika den Krieg erklärt.“ In den Tagen und Wochen darauf gingen die Gettos der Schwarzen in den USA in Flammen auf.

Eine solche Entwicklung hatte der 1929 geborene Prediger der Baptistengemeinde von Montgomery, Alabama, stets vermeiden wollen, seit er sich in der schwarzen Bürgerrechtsbewegung engagiert hatte. Tiefer Glaube an die Macht der christlichen Liebe, Feindseligkeit zu überwinden, und Vertrauen in das Gandhi'sche Prinzip der Gewaltlosigkeit prägten Dr. Kings Politik. Sie bedingten deren faszinierende Wirkung und markierten ihre Grenzen.

Im Dezember 1955 nahm die schwarze Näherin Rosa Parks aus Montgomery, ermüdet von der Arbeit, im Bus auf einem der sog. „neutralen“ Sitze Platz, die Schwarzen zugestanden wurden – solange kein Weißer sie beanspruchte. Sie weigerte sich aufzustehen, als dies geschah. Der Busfahrer ließ sie festnehmen. Dies war das Signal zu einem aufsehenerregenden lokalen Busboykott durch die schwarze Bevölkerung. Unter den Organisatoren befand sich der junge Reverend Martin Luther King.

Der Boykott wurde über ein Jahr durchgehalten. M.L. King wurde zusammen mit Dutzenden anderen Boykottführern verhaftet, ein Bombenanschlag auf sein Haus verübt, Schwarze vom weißen Mob zusammengeschlagen. Dennoch trat er beharrlich für Gewaltlosigkeit der Schwarzen ein. Ende 1956 ordnete der Oberste Gerichtshof die Aufhebung der Rassentrennung in den Bussen von Montgomery an. Das Beispiel machte Schule. Dr. King wurde über die Grenzen der USA hinaus bekannt und erhielt zahllose Einladungen, über sein Konzept zu referieren. Eine wachsende Zahl schwarzer Geistlicher organisierte sich. 1956 gründeten sie die Southern Christian Leadership Conference und wählten Martin Luther King zum Präsidenten. Neben seinem persönlichen aufopfernden Beispiel war es auch seine diesseitsbezogene Art der Glaubensverkündung, die vielen schwarzen Reverends eigen ist, welche die Massen begeisterte. Statt Seifenblasen vom Jenseits zu verabreichen, predigte Dr. King: „Ich befasse mich nicht mit dem Neuen Jerusalem, ich befasse mich mit dem Neuen Atlanta, dem Neuen Montgomery, dem Neuen Süden.“

Widerstandsformen wie „Sit-ins“, „Ride-ins“ usw. wurden weithin praktiziert. Dr. King fand befähigte Mitstreiter, Harry Belafonte etwa, oder Andrew Young, unter Präsident Carter eine Zeitlang UN-Botschafter der USA, heute Bürgermeister von Atlanta. An den Universitäten war die Resonanz besonders stark. Daher fand unter Beteiligung M.L. Kings im April 1960 die Gründung des Student Non-violent Coordinating Committee statt (SNCC). Sein Einfluß wuchs rasch, und es sollte bald zu einem der Zentren der „Black Power“-Bewegung werden.

„Ich habe einen Traum...“

1963 erreichte die Bürgerrechtsbewegung, trotz des Terrors und der Schikanen, vor allem in den Südstaaten ihren Höhepunkt: Den erbittert erkämpften Sieg in der Frage des Rechts auf Einschreibung im Wahlregister und zu wählen in den Staaten des tiefen Südens.

Demonstrationsmärsche unter der Hymne „We Shall Overcome“ („Wir werden siegen“) wurden durchgeführt. Rassistische Polizei erschlug selbst Kinderdemonstrationen gewaltsam. Dessen ungeachtet schlossen sich prominente Schwarze und Weiße den Märschen an, Sidney Poitier und die Bluesängerin Nina Simone etwa, die Schauspieler Marlon Brando und Anthony Perkins.

Der Kampf der Bürgerrechtsbewegung fand weltweite Beachtung. Die dokumentierte rassistische Brutalität ruinierte das saubere Image der USA. Im Juni 1963 leitete Präsident J.F. Kennedy dem Kongreß eine Wahlrechtsvorlage zu. Um den in ihr enthaltenen Forderungen Nachdruck zu verleihen, organisierten Dr. King und andere Führer der Bürgerrechtsbewegung einen Marsch auf die Bundeshauptstadt Washington.

Am 28. August 1963 kamen über 200.000 Menschen zusammen, Schwarze und Weiße. Vor der bis dahin größten Demonstration in der Geschichte der Hauptstadt hielt Martin Luther King jene berühmt gewordene Rede, die mit dem Satz begann: „Ich habe einen Traum, daß eines Tages auf den roten Hügeln Georgias die Söhne der



M. L. King (l.), hier mit dem späteren UN-Botschafter der USA, Andrew Young

ehemaligen Sklaven und die Söhne der ehemaligen Sklavenhalter in der Lage sein werden, sich an den Tisch der Brüderlichkeit zu setzen.“

Drei Monate später wurde John F. Kennedy ermordet. Wider Erwarten drückte sein Nachfolger, der Südstaatler Lyndon B. Johnson, die Vorlage durch. Am 3. Juli 1964 setzte er seine Unterschrift unter das Wahlrechtsgesetz. Noch im selben Jahr erhielt Dr. King den Friedensnobelpreis.

Doch exakt einen Monat nach der historischen Unterzeichnung hatte Präsident Johnson mit einem inszenierten Zwischenfall den Krieg gegen das vietnamesische Volk begonnen. Und in den Sommern 1964 und 1965 brannten die Gettos von New York und Los Angeles, von Newark, Detroit und andere – von Städten des „liberalen Nordens“ vornehmlich, in denen das Wahlrecht schon existierte.

M.L. King wurde sich dieser Probleme zunehmend bewußt. Er orientierte die Bewegung auf soziale Fragen, etwa den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für eine Integration der Wohnbereiche von Schwarz und Weiß. Er blieb – in Auseinandersetzung mit den sich radikalisierenden Kräften – seinen Grundsätzen treu, aber mehr und mehr prägte drängende Ungeduld seine Mahnungen und Appelle. Sie äußerte sich auch in dem programmatischen Buchtitel „Why we can't wait“ („Warum wir nicht warten können“). Und er sprach sich klar gegen den Vietnamkrieg aus, führte die Bürgerrechtsbewegung an die Seite der Antikriegsbewegung.

Im Sommer 1967 standen erneut Zehntausende desillusionierte und verzweifelte Schwarze in den Gettos des Nordens auf. Detroit brannte. „Burn, baby, burn“, hieß der Schlachtruf. Dr. Kings nächster Plan: ein „Marsch der Armen“ im Sommer 1968 auf die Bundeshauptstadt, ähnlich dem von 1963.

Doch im März 1968 eilte er zunächst nach Memphis. Polizeiterror gegen streikende schwarze Müllarbeiter drohte sich dort in einer Revolte niederzuschlagen. Eine erste, als gewaltlos geplante Demonstration scheiterte. Zu groß war der Zorn etlicher schwarzer Teilnehmer. Eine zweite sollte folgen. Es kam nicht mehr dazu. Am Abend des 4. April, als Dr. King auf den Balkon seines Motels trat, traf ihn die von einem Weißen namens James Earl Ray abgefeuerte Kugel.

Bis heute ist unklar, wer die Hintermänner des James Earl Ray, der auffällig viel Geld besaß, eher zufällig in England verhaftet und – wie in den USA üblich – für ein mildes Urteil geständig wurde, waren. J.E. Ray, der sich zunächst als Einzeltäter bezeichnet hatte, widerrief 1979 vor einem Kongreßausschuß sein Geständnis. Der Ausschuß befand, der Mord sei „wahrscheinlich“ das Ergebnis einer Verschwörung gewesen, und das Bundeskriminalamt FBI habe bei der Schaffung eines Klimas geholfen, „das den Mord an King förderte“.

Dafür sprechen allein schon die Haßtiraden von FBI-Chef Hoover gegen Dr. King, den er seit 1956 überwachen ließ. Hatte Martin Luther King doch z.B. zwei Monate vor dem Mord noch dazu aufgerufen, „unseren vernunftswidrigen, besessenen Antikommunismus, der uns in viele Sümpfe geführt (hat)“, abzulehnen. Er gestand damit die Legitimität einer konsequent revolutionären Lösungsperspektive des Rassenproblems zu.

Dieser Kampf geht weiter. Er schließt den Traum des Dr. Martin Luther King mit ein.

J. Ostrowsky

Libanon-Filme

„Warum?“, Regie: M. Maurer, 16mm, 25 Min., Verleih: UNIDOC-Film GmbH, Dante-str. 29, 8000 München 19.

Der Dokumentarfilm, der sich gut zum Einsatz bei Informations- und Solidaritätsveranstaltungen eignet, berichtet über die gezielten Angriffe der israelischen Invasionstruppen im Sommer 1982 auf die Beirut Zivilbevölkerung. Er ist ein erschütterndes Zeugnis der Auswirkungen des Einsatzes international geächteter Waffen im Zuge der zionistischen Aggression und zeigt, mit welcher Grausamkeit hier getötet und verstümmelt wurde.

Ein weiterer neuer Palästina-Film ist „Freiheit – wie meine ich das?“, Libanon 1981, BRD 1982, Regie: W. Bienek, R. Krieg, T. Reuter, B. Schulz, 16mm (sowie umatic und VHS-Kassette), 50 Min., Informationen über Verleih bei: Robert Krieg, Rügen-ufer 80, 4400 Münster.

Die Filmemacher gingen bei ihren Besuchen in Palästinenserlagern der Frage nach, warum das palästinensische Volk trotz jahrzehntelanger Unterdrückung seine kulturelle Identität bewahren und vertiefen konnte.

antimilitarismus information



Geschichte, Strategie, Politik

Politik:

- Ist die BRD souverän?
- Stationierung und Grundgesetz.
- Interessenskonflikte in der NATO.
- NATO und 3. Welt.
- Schnelle Eingreiftruppe.
- KPI: Politik der Anpassung oder der Friedensstrategie?
- Raus aus der NATO oder atomwaffenfreie Zonen?

Übrigens: die ami ist ein monatlich erscheinender Informationsdienst. Kostenlose Probenummer und Bestellung des Themenheftes zum Preis von DM 3,50 – ab 10 Exemplare 30% Rabatt – plus Porto bei: ami-Vertrieb, Deidesheimer Straße 3, 1000 Berlin 33.

Kampagne zur Babynahrung



... weil wir mit den erhaltenen Proben die Verstöße gegen den Kodex dokumentieren wollen.

Sie erhalten Sie ein Exemplar an:
Name des Bundes:
Nachname & V:
Postfach & Ort:
PLZ/Ortsname:

Sie erhalten Sie ein Exemplar an:
Name: Sie erhalten ein:
Adressierte Briefmarke:
10-3 (100 Mark):
Lohn-Geldschein: 3:
100-Markstück:

Eine bundesweite Kampagne gegen die fortgesetzte Werbung für künstliche Babynahrung führt derzeit Terre des Hommes durch. Die Aktion „Still-Leben und Flaschentod“ richtet sich gegen die raffinierte Werbung von Milchpulverproduzenten wie etwa Nestlé, Milupa oder die Humana-Milchwerke aus Herford. Diese gehen mit Slogans wie „Humana – so wichtig wie Liebhaben“ hausieren, mit denen sie über die schädlichen Auswirkungen der Muttermilchersatzprodukte hinwegzutäuschen suchen.

Terre des Hommes weist die schädlichen Folgen der Flaschenmilch-Ernährung hier und – noch mehr – in der Dritten Welt nach, mit einem Faltblatt, einem Plakat und einer sehr informativen Broschüre (Bestellung an: terre des hommes, Postfach 4126, 4500 Osnabrück).

Gezeigt wird darin auch, daß die Gratisproben von künstlicher Babynahrung einen Verstoß gegen den Kodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) darstellen und was die Vorteile des Stillens ausmacht. Terre des Hommes ruft junge Mütter auf, die Gratisproben von Babynahrungsmittelproduzenten demonstrativ an obige Adresse zu schicken, damit sie in einer bundesweiten Aktion öffentlichkeitswirksam einsetzbar wird.

Ausländerpolitik

Mit dem Verbot der beiden türkischen Exilorganisationen Dev-Sol (Revolutionäre Linke) und Halk Der (Solidaritätsverein mit dem Volk der Türkei) am 9. Februar d.J. sollen nicht nur die türkischen Demokraten eingeschüchert werden. Die Verbotsbegründung, daß die beiden Organisationen auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährdeten, könnte auch gegen andere ausländische Organisationen hierzulande gewandt werden. Die Förderung der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik (FIDEF) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Repressalien gegen ausländische Mitbürger seit dem Amtsantritt der CDU/CSU-FDP-Regierung merklich zugenommen hätten.

Die Ende Januar d.J. veröffentlichten Empfehlungen der vom Bundesinnenministerium eingesetzten „Kommission Ausländerpolitik“ sind ein beredtes Beispiel hierfür. Danach könnte ein Ausländer künftig schon

dann abgeschoben werden, wenn er

- länger als ein Jahr Arbeitslosenhilfe bezieht,
- gezwungen ist, von Sozialhilfe seinen Lebensunterhalt zu bestreiten,
- über keine „angemessene“ Wohnung verfügt
- oder mit den bundesdeutschen Gesetzen in Konflikt geraten ist.

Gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit wollen die Initiative Ausländische Mitbürger in Hessen, das Türken-Komitee, die Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen (IAF) und die Gruppe der Grünen im Hessischen Landtag am 4./5. Juli 1983 in Frankfurt ein Tribunal veranstalten.

AAB-Urteil

Allen Fakten über die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika zum Trotz: Die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) behauptet derlei „wider besseren Wissens“, und ihr „kommt es nicht in erster Linie auf den Kampf gegen die Apartheid-Politik an“.

Das darf die Bundesregierung auch weiterhin in ihrer Broschüre „Zur Sache“ behaupten, die sie 1978 anlässlich des Kongresses gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika vorlegte (siehe AIB 1/1979, S. 14-22). Denn, so meinte das Oberverwaltungsgericht Münster am 8.12.1982 in seinem Urteil zu einer Widerrufsklage der AAB, dies seien „Werturteile“. Auch wenn es sich um „ehrverletzende Meinungsäußerungen“ handle, dürfe die Bundesregierung von ihnen zwecks Erregung öffentlicher Aufmerksamkeit Gebrauch machen, „wenn von den Gegenäußerungen publizistische Reizwirkungen ausgehen, d.h. deutliche Worte gebraucht werden“. Gegen das Urteil hat die AAB Beschwerde eingelegt.

Buchtips: Marquez, Pharma-Multis



Ein spannender Beitrag zur Geschichte des Befreiungskampfes in Nicaragua ist: G. García Márquez: Die Geiselnahme, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1982, 112 S., DM 12,80.

In Form eines Drehbuches beschreibt der Literaturnobelpreisträger, wie 1974 Guerilleros der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) mittels einer Geiselnahme die Freilassung von Regimegegnern erzwangen

Südafrika: Unterschriften/Postkarten



8.149 Unterschriften für die Begnadigung der sechs in Südafrika zum Tode verurteilten Befreiungskämpfer – dies war am 23.2.1983 die Zwischenbilanz einer Unterschriftensammlung, mit der die Bundesregierung zur vollen Ausnutzung ihres diplomatischen Einflusses auf Südafrika ersucht wird.

Unterschriftenlisten gibt es bei: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Darüber hinaus bittet das AIB seine Leser, sich für die Begnadigung der Befreiungskämpfer auch direkt an den südafrikanischen Premierminister P.W. Botha zu wenden. Eine vorgedruckte Postkarte des AIB findet sich – wie schon in den letzten AIB-Ausgaben – in der Mitte des Heftes.

und damit eine neue Phase des Kampfes eingeleitet haben. Das Buch, das mit einem Vorwort A. Skármetas („Der Aufstand“) versehen ist, schildert den bewaffneten Kampf als letztes Mittel gegen die Diktatur.

Anschaulich informiert über die Praktiken der Arzneimittelmultis:

M. Bühler: *Geschäfte mit der Armut. Pharmakonzerne in der Dritten Welt, medico international, Frankfurt/M. 1982, 19 DM.*

Oft werden nicht nur Medikamente verkauft, die, wie z.B. Appetitzügler, für die Masse der Bevölkerung in Entwicklungsländern absolut unsinnig sind und sich speziell an den Bedürfnissen der Oberschicht orientieren. Verkauft werden auch solche Mittel, die wegen ihrer gefährlichen Nebenwirkungen in den entwickelten kapitalistischen Staaten längst verboten sind.

Statt 200 Arzneimitteln, die für die Behandlung der meisten Krankheiten ausreichend wären, werfen die Pharma-Multis hunderttausende von Produkten auf die Märkte der Dritten Welt, verkaufen sie zu überhöhten Preisen und oft ohne oder mit unzureichender Beschreibung.

Moçambique-Broschüre

Eine Broschüre mit dem Titel „Mosambik – Bewaffnete Banditen oder Widerstandskämpfer?“ hat der Koordinierungskreis Mosambik (KKM) herausgebracht. Die Broschüre dokumentiert Artikel aus unterschiedlichen internationalen Quellen und vermittelt auf diese Weise ein detailliertes Bild der von Südafrika ausgehaltenen Terrorgruppe, die seit geraumer Zeit unter dem Namen „Nationaler Widerstand Moçambiques (RNM) von sich reden macht.

Die 46-seitige Broschüre kann zu einem Preis von 9 DM bezogen werden bei: KKM, c/o Akafrik, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1

Wahlprüfsteine

Neben dem Duisburger Lateinamerikakomitee hatten im Bundestagswahlkampf auch die Antiinterventionsbewegung (Informationsbüro Guatemala und El Salvador, Informationsbüro Nicaragua und Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba) und die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) Wahlprüfsteine herausgebracht.

Während FDP und CSU in Beantwortung der Duisburger Prüfsteine (Wortlaut in: AIB 3/1983, S. 42) lapidar auf einschlägige entwicklungspolitische Beschlüsse ihrer Parteien verwiesen, wurde CDU-MdB Heinrich Pohlmeier konkreter: „Das Schlagwort von der neuen Weltwirtschaftsordnung führt zu nichts. Am wirksamsten hilft man den Entwicklungsländern durch einen weltweiten wirtschaftlichen Aufschwung und durch eine verstärkte Teilnahme dieser Länder am weltwirtschaftlichen Austausch. Befreiungsorganisationen, die Gewalt anwenden, werden von uns niemals unterstützt...“

SPD-MdB Karsten Voigt, der für seine Bundestagsfraktion antwortete, stimmte den Prüfsteinen „insgesamt“ zu, um sie anschließend in entscheidenden Punkten zu relativieren. So könne er sich vorstellen, daß „es u.U. entwicklungspolitisch sinnvolle Projekte in Ländern geben kann, in denen noch keine voll demokratischen Strukturen herrschen“. Von der PLO forderte K. Voigt – als Gegenleistung zu ihrem Recht auf einen eigenen Staat – „die explizite Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel“. Einen völligen Boykott Südafrikas hält er „leider“ für „unrealistisch“.

Für die DKP antwortete ihr Vorsitzender Herbert Mies u.a., daß „gerade in einer Zeit zunehmender internationaler Spannungen eine Entwicklungspolitik, die diesen Namen verdient, zuallererst Friedenspolitik sein muß“. Ohne eine weltweite Senkung der Rüstungslasten und ihre Umverteilung zugunsten von Entwicklungsaufgaben sind nach Ansicht der DKP die drängenden sozialen Probleme weder bei uns noch in der Dritten Welt zu lösen. „Die DKP verurteilt entschieden alle Spielarten des Neokolonialismus. Sie strebt gleichberechtigte Beziehungen zu den national befreiten Ländern an. Sie fordert eine solche Entwicklungshilfe, die den Entwicklungsländern die Überwindung der vom Imperialismus verschuldeten ökonomischen Rückständigkeit erleichtert.“

Die Grünen haben auf die Duisburger Prüfsteine leider nicht geantwortet.

Sinnvoll lehren und lernen.

Die Zeit der pädagogischen Nebelschau ist vorbei. Sinnvoll Lernen und Lehren heißt, sich den Überlebensfragen unserer Tage zu stellen, sie in die Schule herinzuholen. Wir demokratischen Erzieher sind herausgefordert, aus dem Klassenzimmer hinauszugehen und Stellung zu beziehen in den Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, gegen Militarisierung des Bildungswesens, gegen Rotstiftpolitik, Auslese und Privilegiensicherung.



Demokratische Erziehung

- berichtet über Erfahrungen aus der Friedensarbeit in Schule, Gewerkschaft und außerschulischer Bildung,
- orientiert auf eine handelnde Friedenserziehung,
- nimmt Stellung gegen die Militarisierung des Bildungswesens,
- unterstützt gemeinsames Handeln von Pädagogen in der Friedensbewegung,
- diskutiert friedenspädagogische Ansätze,
- gibt Unterrichtsmaterialien zur Friedenserziehung heraus.

Aus den letzten Heften:

- 1/83: Was ist antifaschistische Erziehung heute?
- 2/83: Bethge/van Dick/Kuhn/Popp: Diskussion um die KMK-Empfehlungen zur Friedenserziehung (erscheint im März)
- 3/83: Lehrer und Schüler gegen die Raketenstationierung (erscheint im Mai)

Unterrichtsmaterialien der Demokratischen Erziehung

Heft 3: Abrüstung, ab 10. Hauptschulklasse, 64 Seiten, DM 10,-.
Heft 13: Kernwaffen in Mitteleuropa, für Klasse 9–13, 64 Seiten, DM 10,-.

Probeheftanfordern. Kennwort LA

Pahl-Rugenstein
Gottesweg 54 5000 Köln 51

Chile

Zum dritten Mal innerhalb von 10 Monaten hat A. Pinochet Ende Februar d.J. sein Kabinett umgebildet. Ebenso wie die zunehmenden Protestdemonstrationen während der letzten Monate, signalisiert dies, in welche Krise das Regime geraten ist, das das Land in den wirtschaftlichen und sozialen Ruin getrieben hat.

Ungeachtet des wachsenden Widerstands hat sich die Menschenrechtssituation weiter verschlechtert. Allein 1982 wurden nach Angaben der chilenischen Menschenrechtskommission 1.789 Menschen wegen regimfeindlicher Tätigkeit verhaftet, 100 gefoltert, 12 ausgewiesen und 66 in die innere Verbannung geschickt. Nur 6 seien formell angeklagt worden; die Foltertechniken seien verfeinert worden. Anfang 1983 verschleppte der Geheimdienst weitere 26 Menschen. Am 8.3.1983, dem Internationalen Frauentag, wurden bei einer Frauendemonstration, zu der die verbotene Gewerkschaftszentrale CNS aufgerufen hatte, 10 Teilnehmerinnen verhaftet; eine weitere Frauendemonstration löste die Polizei auf.

Das neugegründete bürgerliche Oppositionsbündnis um die Christdemokraten „Projekt der Nationalen Entwicklung“ (Proden) forderte Pinochet auf, innerhalb von sechs Monaten Parlaments- und innerhalb von zwei Jahren Präsidentschaftswahlen durchzuführen.

Die US-Behörden haben Anfang März 1983 der Witwe des 1973 gestürzten chilenischen Präsidenten, Hortensia Bussi de Allende, die Einreise verweigert.

Peru

Ein 24stündiger Generalstreik, den die vier peruanischen Gewerkschaftszentralen zum 10. März d.J. ausgerufen hatten, wurde weitgehend befolgt. Valentin Paccho, Generalsekretär der Allgemeinen Föderation der Arbeiter Perus (CGTP), gab an, daß sich 60% aller Arbeiter der Bergwerke, Banken und der Ölwirtschaft beteiligt hätten.

Im Department Lima war am Vorabend des Ausstands der Ausnahmezustand verhängt und ein Aufmarsch von Militär- und Polizeikräften veranlaßt worden. F. Belaunde Terry, seit Juli 1980 Staatspräsident (siehe AIB 11-12/1980, S. 56-57), hatte das Streikvorhaben als „Landesverrat“ verurteilt. Bei Straßenschlachten wurden dann am 10. März in Lima vier Demonstranten erschossen und hunderte verhaftet, darunter mehrere Führungsmitglieder der CGTP, die der Kommunistischen Partei nahesteht.

Indochina

Auf einer Gipfelkonferenz, die vom 22.-23.2.1983 in Vientiane/Laos stattfand, erörterten die Regierungen Vietnams, Laos' und Kampuchreas die aktuelle Situation in Indochina und die Perspektiven ihrer weiteren Zusammenarbeit. In der Abschlusserklärung wurde u.a. festgehalten, „alle Anstrengungen (zu) unternehmen, mit der Volksrepublik China wieder normale Beziehungen auf der

Grundlage der friedlichen Koexistenz im Interesse der drei Völker Indochinas und auch im Interesse des chinesischen Volkes“ anzustreben. Die Region solle gemeinsam mit der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) „zu einer Zone des Friedens, der Stabilität und Zusammenarbeit“ entwickelt werden.

Auf der Konferenz wurde außerdem der schrittweise Abzug der in Kampuchea stationierten vietnamesischen Truppen beschlossen. Er soll von 1983 an alljährlich durchgeführt werden, wenn dies mit der Sicherheit Kampuchreas zu vereinbaren ist. In diesem Jahr sollen mehrere Einheiten das Land verlassen.

Die Regierung der VR China legte ihrerseits am 1.3.1983 einen 5-Punkte-Plan zur Lösung des Kampuchea-Konflikts vor. Darin wird ein bedingungsloser vietnamesischer Truppenabzug als Voraussetzung für die Aufnahme von Normalisierungsverhandlungen gefordert. Die von Vietnam verlangte Friedensgarantie für die kampucheanisch-thailändische Grenze als Bedingung für einen Truppenabzug lehnte Beijing unmißverständlich ab. Die Regierung Vietnams bezeichnete den neuen chinesischen Vorschlag als „arrogant und absurd“.

Libanon

Von einem Durchbruch bei den israelisch-libanesischen Verhandlungen, die unter Vermittlung der USA seit Dezember 1982 andauern, konnte Mitte März d.J. noch immer nicht die Rede sein.

Anfang März hatten US-Sonderbotschafter Habib und die Regierung des Libanon einen Kompromißvorschlag (10-Punkte-Plan) vorgelegt, der jedoch von Israels Außenminister Yitzak Shamir pauschal verworfen worden war. Im Gegensatz zu dem Vorschlag, der einen vollständigen Abzug der israelischen Besatzungstruppen in drei Phasen vorsieht, will Israel militärisch für Jahre präsent bleiben. Während im Habib-Vorschlag erst im Anschluß daran weitergehende zwischenstaatliche Beziehungsfragen zwischen Israel und dem Libanon verhandelt werden sollen, fordert Tel Aviv, daß solch ein politisches Arrangement bereits vor seinem Truppenabzug mit ausgehandelt werden müsse. Das Begin-Regime spielt auf Zeit.

Unterdessen verhalten die israelischen Besatzer dem Separatistenmajor Haddad dazu, seine kontrollierte Zone („Freier Libanon“) auf etwa 1/4 des Landesterritoriums auszuweiten. Desweiteren begannen sie im Südlibanon Mitglieder für eine sog. „Nationalgarde“ zu rekrutieren, die – nach dem Vorbild der Dorfligen im palästinensischen Westjordangebiet – als „Sicherheitsdienst“ von Kollaborateuren gedacht sind. Im Grenzgebiet haben bislang fünf Ortschaften der israelischen Verordnung Folge geleistet, 25 hingegen antworteten mit Protestschreiben an die UNO.

Mitte März d.J. verstärkte Israel demonstrativ seine Besatzungstruppen, besonders entlang der Küstenstraße Beirut-Tyr, und kündigte eine „Volkszählung“ im okkupierten Südtel des Libanon an. Im Fragebogen werden u.a. Einzelheiten über Ortsfremde oder die Infrastruktur jeder Gemeinde verlangt.

Westsahara

Neue Bewegung in der Westsaharafrage könnte von einem Treffen zwischen dem algerischen Präsidenten, Chadli Benjedid, und dem marokkanischen König, Hassan II., ausgehen, das überraschend am 26.2.1983 stattfand. Gegenstand der Gespräche waren die Normalisierung der 1976 von Marokko abgebrochenen diplomatischen Beziehungen und das Westsaharaproblem.

Wie der außenpolitische Verantwortliche der Frente POLISARIO am 28.2. d.J. in Algier erklärte, unterstützt seine Bewegung „jede Initiative, woher sie auch komme, die zu Verhandlungen zwischen uns und Marokko über die Erzielung einer friedlichen und dauerhaften Lösung des Konflikts führen könnte.“ (Le Monde, Paris, 3.3.1983) Die Pariser Zeitschrift Afrique Asie meldete unterdessen am 14.3.1983 unter Berufung auf diplomatische afrikanische Quellen, daß die marokkanische Regierung das Prinzip der direkten (allerdings geheimen) Verhandlungen mit der Frente POLISARIO akzeptiert habe.

Libyen



Sudanesische Truppen – von Libyen bedroht?

Mitte Februar d.J. entsandte die Reagan-Administration vier AWACS-Frühwarnflugzeuge nach Ägypten und den Flugzeugträger Nimitz vor die libysche Küste. Grund für diese militärischen Manöver war ein angeblich bevorstehender Überfall Libyens auf den Sudan. Da aber Libyen nicht in der Lage ist, den mit Ägypten durch einen Verteidigungspakt verbundenen Sudan zu besiegen, und dem UN-Sicherheitsrat anbot, eine Delegation in das Gebiet des angeblichen Truppenaufmarsches zu entsenden, scheint dies ein Vorwand für eine neuerliche Provokation der USA gewesen zu sein.

Das Ziel des Manövers bestand wohl eher darin, Libyen zu einer militärischen Reaktion zu zwingen, um dann einen Anlaß zu haben, selbst das Land anzugreifen. Da dies nicht funktionierte, gab Washington das Ganze als einen großen Erfolg aus, da es gelungen sei, Libyen von einem Angriff auf den Sudan abzuhalten.

Angesichts des bevorstehenden Nichtpaktgebundenen-Gipfels, auf dem Ägypten seine Position stärken wollte, bemühte sich Präsident Mubarak, die Sache herunterzuspielen. Die AWACS wären nur zu Schulungsaufgaben in Ägypten, und von einem libyschen Angriff auf den Sudan könne nicht die Rede sein.

Nur der Sudan sah sich weiterhin von M. el-

Ghaddafi bedroht und nahm 76 angeblich aus Libyen gesteuerte Sudanesen fest, die den 15. Putsch gegen Präsident Numeiri versucht haben sollen. Wie mittlerweile in ganz Nordafrika üblich, wird Libyen auch diesmal zum Sündenbock gemacht, um gegen die Opposition vorzugehen und von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen im Lande abzulenken.

Senegal

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im westafrikanischen Staat Senegal am 27. Februar d.J. erhielten Präsident Abdou Diouf und seine Sozialistische Partei (PSS) 83,6 bzw. 79,9% der Stimmen. Die progressive Demokratische Partei Senegals (PDS), die einzige Oppositionspartei im vorherigen Parlament, mußte Stimmeneinbußen hinnehmen und erhielt 8 von 120 Sitzen. Ein Sitz ging an die Nationaldemokratische Vereinigung (RND). Die restlichen vier linken und eine rechte Liste gingen leer aus. Erstmals war es allen Parteien gestattet worden, an den Wahlen teilzunehmen.

Am schwachen Ergebnis der Linksparteien waren nicht nur die Wahlfälschungen und Behinderungen durch die PSS schuld, sondern vor allem ihr getrenntes Auftreten. Zwar war es im Januar d.J. zu einem gemeinsamen Aktionsprogramm von acht marxistischen und nationaldemokratischen Parteien gekommen, doch wurde eine gemeinsame Kandidatur durch das darauf erfolgte Verbot von Listenverbindungen erschwert.

Im März d.J. trat erstmals ein gemeinsames Parlament von Gambia und Senegal zusammen. Damit ist ein weiterer Schritt zur Bildung der Staatenkonföderation Senegambia getan worden. Zwar wollen beide Staaten formell selbständig bleiben; doch soll künftig ein gemeinsamer Kurs in der Außen- und Verteidigungspolitik gefahren werden. Eine Wirtschafts- und Währungsunion ist geplant.

Zimbabwe

Premierminister Robert Mugabe schickte Anfang Februar 1983 Elitesoldaten der 5. Brigade in die Matabele-Region im Südwesten des Landes, um Armeedeserteure zu fassen, die er für mehrere Überfälle und Morde verantwortlich gemacht hatte. Nach Schätzungen von Kirchen und Hilfsorganisationen wurden dabei 400-1.000 Zivilisten ermordet. Schweden sperrte wegen dieser Vorfälle eine Aufbauhilfe von 40 Mio DM.

Anfang März d.J. wurden dann die Wohnbezirke von Matabele-Stammesangehörigen in Bulawayo, Hauptstadt der Region, abriegelt und durchsucht. Das Haus des Vorsitzenden der Afrikanischen Volkunion von Zimbabwe (ZAPU), J. Nkomo, wurde dabei schwer beschädigt. Er selbst verschwand im Untergrund. Nach verschiedenen offiziellen Angaben sollen bei diesen Aktionen 900-1.700 Matabele verhaftet und in Lagern interniert worden sein. Es gab mehrere Tote. J. Nkomo tauchte am 8.3.1983 in Botswana wieder auf und kam vier Tage darauf in London an. Dort warf er der Regierung vor, ihn ermorden und die oppositionelle ZAPU zer-



Zimbabwes Premierminister Mugabe

schlagen zu wollen, um von den eigentlichen Problemen des Landes und dem ungenügenden Fortschritt abzulenken. Tatsächlich wurden inzwischen 9 Mitglieder des Zentralkomitees der ZAPU und mehrere lokale Repräsentanten ermordet. Am 6.3.1983 wurden sieben ZAPU-Büros geschlossen. Zwei Kommandanten der ZAPU-Armee ZIPRA (Revolutionäre Volksarmee Zimbabwes) sind wegen Hochverrats angeklagt. R. Mugabe, der J. Nkomo inzwischen mehrfach zur Rückkehr nach Zimbabwe aufforderte und offiziell die Zusammenarbeit mit der ZAPU fortsetzen will, mußte allerdings eingestehen, keine Beweise für die ständig unterstellte Verschwörung der ZAPU mit Südafrika zum Sturz seiner Regierung vorlegen zu können.

OPEC

Nach dem Scheitern der Genfer OPEC-Konferenz im Januar d.J. (siehe AIB 3/1983, S. 47) ist es Mitte März in London doch noch zu einer Einigung der erdölexportierenden Länder über einen einheitlichen Richtpreis und die Aufteilung der Förderquoten gekommen. Zwischenzeitlich war das OPEC-Kartell in seiner Existenz bedroht, nachdem Preissenkungen der Nichtmitglieder Großbritannien und Norwegen und das Ausscheren Nigerias aus der OPEC das internationale Preisgefüge ins Rutschen gebracht hatten.

Mit den jetzigen Beschlüssen haben die OPEC-Länder erstmals in ihrer Geschichte eine Preissenkung, und zwar von 34 auf 29 Dollar pro Barrel (159 Liter) Rohöl, vorgenommen. Die tägliche Fördermenge soll bis zum Jahresende weiterhin bei insgesamt 17,5 Mio Barrel liegen, wobei die Quoten der Mitgliedsländer allerdings teilweise neu aufgeteilt wurden. Am auffälligsten ist die Ausweitung der Förderquote des Iran von 1,2 auf 2,2 Mio Barrel pro Tag. Geringere Erhöhungen ihrer Fördermengen konnten Algerien, Libyen und Venezuela durchsetzen, während man Nigeria zugestand, sein Öl zeitweise einen Dollar über dem Festpreis zu verkaufen. Die Neuverteilung der Quoten geht vor allem zu Lasten Saudi Arabiens, das sich dafür mit seinen Preis-Vorstellungen durchsetzte.

Französische Kolonien

Am 20. Februar d.J. fanden in den vier französischen „Überseedepartements“ (DOM) Wahlen zu den Regionalräten statt.

Die durch die Regierung in Paris neugegründeten Räte sind Teil der in Frankreich durchgeführten Dezentralisierungspolitik und nicht als Schritt zu der von den Linksparteien geforderten Autonomie gedacht. Nichtsdestotrotz ist der Spielraum für autonome Entscheidungen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich gewachsen. Grund genug für die Rechtsparteien, die sich gegen die Einführung der Regionalräte gewehrt hatten, die Wahlen zu einem Referendum über die Zugehörigkeit der DOMs zu Frankreich zu erklären.

Die Linksparteien konnten in allen vier DOMs die absolute Stimmenmehrheit erreichen. Die Kommunalwahlen am 6. und 13. März d.J. bestätigten diesen Trend. Die Linke gewann 15 Gemeinden dazu und kontrolliert jetzt 58 von 114 Kommunalverwaltungen in den DOMs. Durch die Einführung einer 5%-Klausel und eines proportionalen Wahlsystems konnte die Rechte auf Réunion im Indischen Ozean und auf Guadeloupe in der Karibik die meisten Sitze erringen. In Französisch-Guyana (Südamerika) und auf Martinique in der Karibik erreichte die Linke die Sitzmehrheit.

Führende Kräfte unter den Linken sind die Kommunisten auf Réunion und Guadeloupe, die Volkspartei Martiniques und die Guyanische Sozialistische Partei. Parteien, die für eine sofortige Unabhängigkeit eintreten, konnten nur Teilerfolge erringen. Die niedrige Wahlbeteiligung auf Guadeloupe (51%) ist teilweise auf den Boykottaufruf verschiedener Linksgruppen zurückzuführen. In Guyana erreichte die Liste der Union der Guyanischen Arbeiter (UTG) fast 1/10 der Stimmen.

Zypern

Der bisherige Präsident der Republik Zypern, Spyros Kyprianu, wurde bei den Präsidentschaftswahlen am 13. Februar d.J. mit 56,5% aller abgegebenen Stimmen für weitere fünf Jahre wiedergewählt. Entscheidend für den Wahlsieg S. Kyprianus, dessen Demokratische Partei (DIKO) nur 19,5% der Stimmen erhielt, war die Unterstützung durch die kommunistische Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL), die mit 33% der Wählerstimmen deutlich besser abschnitt.

S. Kyprianus stärkster Gegenkandidat, der Führer der rechtsgerichteten Demokratischen Sammlung (DISY), Glafkos Klerides, errang 33,9%, der Kandidat der Sozialistischen Partei (EDEK), Vasos Lyssarides, 9,5% der Stimmen.

Die Zusammenarbeit zwischen AKEL und S. Kyprianus Demokratischer Partei gründet sich auf ein im April 1982 vereinbartes Minimalprogramm für eine demokratische und unabhängige Entwicklung der Inselrepublik. Die Ziele, die dieser gemeinsamen Plattform zugrunde liegen, einigt breite Bevölkerungskreise: Durchsetzung politischer und sozialer Reformen, Abzug aller ausländischer Truppen von der seit 1974 faktisch geteilten Insel, Herstellung der ungeschränkten Souveränität und Beendigung der imperialistischen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten Zyperns.

Kommentar: Zur Papstvisite in Mittelamerika

„Ich habe den Heiligen Vater gesprochen... Aber ich habe den klaren Eindruck, daß er mich nicht verstand“, erklärte der salvadorianische Erzbischof Oscar Arnulfo Romero, nachdem er im Februar 1980 in Rom von Papst Johannes Paul II. empfangen worden war. Der am 24. März 1980 ermordete „Bischof der Armen“ beklagte nicht nur in Worten die soziale Ungerechtigkeit, sondern unterstützte auch den Weg zu ihrer Beseitigung, den Befreiungskampf der Volkskräfte.

Drei Jahre später, am 6.3.1983, betritt derselbe Papst salvadorianischen Boden und warnt davor, Oscar A. Romeros „Opfer im Interesse einer Ideologie zu manipulieren“. Unterstützt wurde er in diesem Ansinnen von den Herrschenden in El Salvador, die alles versuchten, um zu verhindern, daß der Papst in diesen ideologischen Sumpf hineingezogen wird. In San Salvador mußten deshalb eiligst 12.000 Plakate aus den Straßen verschwinden, die die beiden Kirchenführer nebeneinander zeigten.

Auch wenn er nicht umhin kam, das Grab des vom Volk verehrten Märtyrers zu besuchen, ließ der reisefreudige Papst keinen Zweifel daran, daß er noch immer kein Verständnis für O.A. Romeros Ansichten hat.

Die Unterdrücker konnten aufatmen

Zwar benannte er die – sozialen – Ursachen für die Konflikte in Mittelamerika, doch verlor er kein Wort darüber, von wem die Gewalt ausgeht und wer mit allen Mitteln versucht, diese Zustände aufrechtzuerhalten. Sowohl in El Salvador, als auch in Guatemala überhörte er die Bitten von Priestern und Gläubigen, gegen die Intervention der USA und gegen die Massenmorde ihrer Regierungen zu protestieren.

Dabei hätte es genug Anlässe dafür gegeben. So will Ronald Reagan die Militärhilfe für die salvadorianische Junta von 26 Mio Dollar auf 136 Mio Dollar und die Zahl der Militärbereiter auf 55 erhöhen. Zwar rief der Papst wieder zum Friedensdialog zwischen den Militärs und denen, „die sich des Terrorismus bedienen“ auf, doch sei dieser Dialog „schwierig und steril, wenn eine der Parteien sich auf Ideologien stützt, die den Kampf zum Motor der Geschichte machen“.

Nicht nur diese faktische Absage an den von der FMLN/FDR geforderten Dialog ließ die Unterdrücker aufatmen, sondern auch die originelle Definition der Armut, die der Papst entwickelte. Danach gehören auch jene zu den Armen, die „von der Macht, der Lust, dem Geld und der Gewalttätigkeit versklavt“ sind. Diese reichen Armen waren allerdings nicht gemeint, als der Papst die Priester aufforderte, „der Sache der Armen zu dienen“, doch ohne „ideologische und militante Erwägungen“.

Dies kommt einer Reinwaschung jener gleich, die in Guatemala mehrere hundert Priester, Nonnen und Katechisten ermordet haben, weil diese die Indios organisiert und mit ihnen gekämpft hatten. Nicht einmal dort, wo Efraim Rios Montt, Mitglied einer fanatischen protestantischen Sekte, mit Feuer und Schwert regiert (vor dem sogar sein eigener



Nicaraguas Regierungskordinator Daniel Ortega (am Mikrofön) bei der Begrüßung des Papstes

Bruder, Bischof Enrique Montt, geflohen ist), nannte er die Massenmörder beim Namen.

Den Indios riet er zwar sich zu organisieren, doch er verbot ihnen gleichzeitig, sich gegen die Gewalt zu wehren, mit der ihre Organisationen zerschlagen werden.

Erst in Nicaragua, wo die Unterdrückung der Kirche beseitigt ist, wo die von ihm geforderte Landreform durchgeführt wird und sich die Landarbeiter in Organisationen zusammenschließen, wurde Johannes Paul II. deutlich. Anstatt für die Märtyrer der Revolution oder für 17 kurz vor seinem Besuch ermordete Jugendliche zu beten, segnete er ihre Mörder, die somozistischen Söldner.

Gleichzeitig wettete er gegen die Christen, die die Revolution unterstützen. Er warf ihnen vor, eine Volkskirche „neben der Kirche, um nicht zu sagen gegen die Kirche, die sich um den Bischof konstituiert hat“, gründen zu wollen. Diese Unterstellung gegenüber den kirchlichen Basisgemeinden (sie erkennen die Kirchenhierarchie weiter an, haben aber eine andere politische Position) war Wasser auf die Mühlen des nikaraguanischen Erzbischofs Obando y Bravo, der die Führung der inneren Konterrevolution übernommen hat.

Entsprechend war auch die Reaktion der 800.000 Teilnehmer einer Papst-Messe in Managua, denen doch die sandinistische Regierung kostenlose Transportmittel zur Verfügung gestellt hatte. „Revolution und Christentum sind kein Widerspruch“ und „Wir wollen den Frieden“ riefen Hunderttausende auf dem Platz des 19. Juli, so daß der Papst achtmal um Ruhe bitten mußte.

Obwohl nicht die nikaraguanische Revolutionsregierung, sondern der Papst selbst diesen Zwischenfall provoziert hatte, warf ihr der Vatikan Manipulation und Gotteslästerung vor. Im übrigen hatten die Massen in Managua dem Papst nur widersprochen, weil er nicht eine Kirche repräsentierte, die „auf Seiten der Armen steht“. Wo er steht, machte er hinreichend klar, indem er dem sandinistischen Kulturminister und Priester Ernesto Cardenal die Hand verweigerte, während er sie dem Mörder von Erzbischof Romero, Robert d'Aubuisson, reichte.